Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Schaller. — Breslau: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: G. Schoenwald. — Halle a. S.: J. Barck & Co. — Minden: C. Marowski. —

Wien: A. Opelick, Stubenbastei 9, M. Dukes, I., Schuler-Strasse No. 6. — Auswärtige: A. de la Mar Ann., N. 8, Voorburgwal 245. — Frankreich: John F. Jones Nachf. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. — England: John F. Jones Nachf. in London, 166 Fleet Street, Aug. Siegle in London, 30 Lime Street, E. C.

Nr. 119. [30. Jahrgang.] **Berlin, Donnerstag den 12. März 1891, Morgens.** [30. Jahrgang.] **Nr. 119.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expedition 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.**

Telegraphische Korrespondenz.

(Wolff's Bureau.)

Danzig, Mittwoch 11. März. An Stelle des verstorbenen Rittergutsbesitzers Pohl-Senslau wurde heute der Rittergutsbesitzer von Graß-Klanin zum Mitgliede des Herrenhauses gewählt.

Pest, Mittwoch 11. März. Die Donau ist im Fallen begriffen und jede Gefahr kann als beseitigt betrachtet werden.

Innsbruck, Mittwoch 11. März. In dem zweiten Wahlkörper des Tiroler Großgrundbesitzes wurden zwei Deutsch-Liberale und zwei italienische Liberale gewählt. Infolge dessen gewinnen die Deutsch-Liberalen zwei Sitze, während die Konservativen zwei Sitze verlieren.

Paris, Mittwoch 11. März. Wie verlautet, wird durch das englisch-französische Abkommen, betreffend Neu-Fundland, das heute im Auswärtigen Amt in London unterzeichnet werden soll, der status quo aufrechterhalten bis dahin, wo die Angelegenheit durch einen Schiedsspruch geregelt ist, der durch zu ernennende Schiedsrichter gefällt werden soll. — Der französische Vertreter in Kairo, Graf d'Aubigny, richtete ein Schreiben an den Minister des Auswärtigen, Ribot, in welchem er alle ihm, in Bezug auf die Reorganisation der egyptischen Eingeborenengerichte von Journalen zugeschriebenen Erklärungen und Auffassungen für rein erfunden erklärt. — Der diesseitige Botschafter in Berlin, Herbette, ersuchte den Minister des Auswärtigen, Ribot, die Nachricht, daß er mit irgendwelchen Berichterstattern eines Journals bezüglich der Betheiligung der französischen Maler an der internationalen Berliner Kunstausstellung eine Unterredung gehabt habe, als falsch zu bezeichnen. — Nach Bissago in Guinea, wo sich nur eine kleine portugiesische Garnison befindet und wo jüngst ein Beamter des französischen Vizekonsulats bei einem Aufstand getödtet wurde, ist ein französisches Kriegsschiff beordert worden, um die Interessen der französischen Unterthanen zu schützen. — Der Dampfer „Cécil" ist von Toulon nach Algier abgegangen, um während der Anwesenheit des Großfürsten Georg dort zu stationiren.

Konstantinopel, Dienstag 10. März. Die Ratifikationen zu dem deutsch-türkischen Handelsvertrage vom 26. August v. J. sind gestern hier ausgetauscht worden. Dem Vernehmen nach werden die in dem Vertragstarif vorgesehenen Erhöhungen der türkischen Eingangszölle nicht sogleich in Kraft gesetzt werden.

(Siehe auch Seite 3.)

Amtliche Nachrichten

aus dem Reichs- und Staats-Anzeiger.

Se. Majestät der **König** haben Allergnädigst geruht: den nachbenannten Offizieren 2c. die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen nichtpreußischen Insignien zu ertheilen, und zwar:

des Offizierkreuzes des königlich sächsischen Albrechts-Ordens: dem Major z. D. v. Thümen zu Liegnitz; des Ritterkreuzes erster Klasse desselben Ordens: dem Zeughauptmann Goetze vom Artilleriedepot in Magdeburg und dem Zeughauptmann Krahn vom Artilleriedepot in Posen; des Kommandeurkreuzes zweiter Klasse des großherzoglich badischen Ordens vom Zähringer Löwen: dem Obersten Frhn. Schilling von Canstatt, Kommandeur des Infanterieregiments von Lützow (1. Rheinisches) Nr. 25, und dem Obersten Frhrn. Boecklin von Boecklinsau, Kommandeur des 2. Thüringischen Infanterieregiments Nr. 32; des Ritterkreuzes erster Klasse mit Eichenlaub desselben Ordens: dem Oberstlieutenant v. Gönnig, Abtheilungschef im Kriegsministerium; des Ritterkreuzes zweiter Klasse desselben Ordens: dem Sekondlieutenant Freiherrn v. Türcke im 2. Thüringischen Infanterieregiment Nr. 32, Adjutanten des Bezirkskommandos II. Cassel und dem Lazareth-Verwaltungs-Inspektor Riese beim Garnisonlazareth zu Freiburg in Baden; der großherzoglich badischen silbernen Verdienstmedaille: dem Büchsenmacher Keßler beim 2. Badischen Grenadierregiment Kaiser Wilhelm I. Nr. 110 und dem Hoboisten Wirth im 1. Badischen Leib-Grenadierregiment Nr. 109; des Ritterkreuzes erster Klasse des großherzoglich hessischen Verdienstordens Philipp's des Großmüthigen: dem Oberstlieutenant Bendemann, etatsmäßigen Stabsoffizier des Niederrheinischen Füsilierregiments Nr. 39; des Ritterkreuzes zweiter Klasse desselben Ordens: dem Premierlieutenant Zwenger im Infanterieregiment Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig (Ostfriesisches) Nr. 78, Assistenten der Gewehr-Prüfungskommission, und dem Premierlieutenant Korf von Rosenroth im Kürassierregiment Graf Wrangel (Ostpreußisches) Nr. 3; des Ritterkreuzes des großherzoglich mecklenburgischen Hausordens der Wendischen Krone: dem Rittmeister v. Trotha im Leib-Garde-Husarenregiment; des Ritterkreuzes des großherzoglich mecklenburg-schwerinschen Greifenordens: dem Sekondlieutenant Grafen v. Montgelas im dritten Bataillon; des Kommandeurkreuzes zweiter Klasse des herzoglich braunschweigischen Ordens Heinrich's des Löwen: dem Obersten Freiherrn v. Funck, Kommandeur des Infanterieregiments Graf Barfus (4. Westfälisches) Nr. 17; des Ritterkreuzes erster Klasse des herzoglich sachsen-ernestinischen Hausordens: den Hauptleuten Bieler und v. Klitzing im 2. Schlesischen Jägerbataillon Nr. 6; des Ritterkreuzes zweiter Klasse desselben Ordens: dem Sekondlieutenant von Zimmermann in demselben Bataillon; der demselben Orden affiliirten silbernen Verdienstmedaille: den Feldwebeln Menzel, Sachon und Rath in demselben Bataillon; des fürstlich waldeckschen Militair-Verdienstkreuzes erster Klasse: dem Obersten v. Mayer, Kommandeur des Infanterieregiments von Wittich (3. Hessisches) Nr. 83; der fürstlich waldeckschen Verdienst-Medaille: den Feldwebeln Ebert und Baumann in demselben Regiment und dem Wiesefeldwebel Trommer im 5. Thüringischen Infanterieregiment Nr. 94 (Großherzog von Sachsen), Divisionsschreiber der 22. Division; sowie des Ritterkreuzes des Ordens vom königlich niederländischen Löwen: dem Flügeladjutanten Sr. königl. Hoheit des Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten des Herzogthums Braunschweig, Rittmeister v. Seydewitz, à la suite des Königs-Ulanenregiments (1. Hannoversches) Nr. 13, und dem persönlichen Adjutanten Sr. königl. Hoheit des Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten des Herzogthums Braunschweig, Rittmeister Grafen von Bismarck-Bohlen, à la suite des 1. Garde-Dragonerregiments Königin von Großbritannien und Irland.

Deutsches Reich.

Se. Majestät der **Kaiser** haben Allergnädigst geruht:

den ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität zu Halle a. S. Dr. **Renk** zum außerordentlichen Mitglied des Gesundheitsamts zu ernennen.

Königreich Preußen.

Se. Majestät der **König** haben Allergnädigst geruht:

dem **Kreisphysikus,** Sanitätsrath Dr. **Wilhelmi** zu Swinemünde den Charakter als Geheimer Sanitätsrath zu verleihen.

Der ordentliche Lehrer Dr. **Weitsweiler** am Gymnasium in Koblenz ist zum Oberlehrer am Marien-Gymnasium in Posen befördert worden.

Der praktische Arzt Dr. **Kaemmerer** in Erfurt ist zum Kreis-Wundarzt des Stadt- und Landkreises Erfurt ernannt worden.

Billige Arbeiterwohnungen!

Es ist unlängst die öffentliche Aufmerksamkeit durch eine Broschüre aufs Neue auf eine überaus wichtige Frage gelenkt worden, nämlich auf die Arbeiter-Wohnungsfrage. Herr Dr. **Bensch,** städtischer Armenarzt, hat eine Broschüre herausgegeben, in welcher er an die Stadt Berlin die Forderung richtet, für „innere Kolonisation" zu sorgen, d. h. kleine Arbeiterhäuser im Vorlande der Stadt zu errichten, welche nach und nach in den Besitz der Miether übergehen hätten. Er stellte die Forderung auf, es sollen solche „Arbeitervillen", wie man es genannt hat, in solcher Zahl gebaut werden, daß hiermit eine thatsächliche Aenderung der allgemeinen Berliner Wohnverhältnisse herbeigeführt werde.

Wenn dem Fachmanne dieser Wunsch alsbald als stark utopisch erscheinen muß, so ist es doch interessant, diese Forderungen in Vergleich zu stellen mit dem Inhalte höchst interessanter Verhandlungen über die Arbeiter-Wohnhausfrage, die am 5. d. Mts. in der „Vereinigung Berliner Architekten" stattfanden, welchen u. A. Herr Geheimrath Dr. Koenigs beiwohnte. Hier kamen zum Worte eine Anzahl von Baumeistern, welche nicht bloß vom humanitairen Gesichtspunkte, sondern als erfahrene Erbauer von Arbeiterhäusern vom rein praktischen der Frage gegenübertraten. Es stellte sich hierbei heraus, daß die Architekten einstimmig die Arbeitervilla als zwar eine sehr erfreuliche Erscheinung und sehr geeignet für die besser Situirten unter den kleinen Leuten betrachten, daß sie aber die städtische Arbeiter-Miethswohnung für jene Wohnform halten, welche thatsächlich für die große Mehrzahl der Wohnungsfuchenden die maßgebende bleiben wird.

Diese Ansicht wurde dadurch begründet, daß die nur auf dem Wege der öffentlichen Fürsorge durch Behörden oder Vereine zu beschaffende Arbeitervilla schwerlich je in genügender Zahl werde gebaut werden können. Nach statistischen Ausweisen hatte Berlin am 1. April 1890 etwa 381 000 Wohnungen, darunter 152 100, welche nur aus einem Zimmer mit Küche oder bloß aus einem Zimmer bestehen. Von den 304 000 Haushaltungen Berlins waren 174 000 ohne Dienstmädchen. Es dürfte also dies die Zahl der „kleinen Leute" sein. Es handelt sich also um die Aenderung von 40—50 pCt. aller Berliner Wohnungen. Der jährliche Bevölkerungszuwachs von Berlin beträgt 50 bis 60 000 Seelen, die etwa 12 000 Wohnungen und darunter mindestens 5000 für kleine Leute brauchen. Die gesammte Thätigkeit der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaften hat bisher (seit 1849) 971 Wohnungen für 3440 Einwohner beschafft, also etwa soviel als die Privathauthätigkeit durchschnittlich in zwei Monaten herzustellen hat. Und wirklich leistet diese auch das von ihr Geforderte.

Im Jahre 1890 standen von allen Wohnungen Berlins etwa 2,6 pCt. leer, von kleineren Wohnungen aber 4582 d. i. 3 pCt. Wenn nun auch etwa 2,5 pCt. aller Wohnungen bei normalem Stande leer stehen müssen, um das Umzugsgeschäft zu ermöglichen, so ist doch der Beweis geliefert, daß ein Mangel an Wohnungen augenblicklich nicht vorliegt, daß es ferner zunächst noch ein frommer Wunsch ist, von der öffentlichen Thätigkeit einen Erfolg sich zu versprechen, der den ungeheuren Anforderungen der Großstadt auch nur zu geringem Theile genüge.

Ohne den Bestrebungen für Arbeitervillen auch nur im Entferntesten feindlich gegenüber zu treten, sagten sich die Baupraktiker, daß das Hauptaugenmerk zunächst darauf zu richten sei, die bestehenden Wohnungen thunlichst zu verbessern und vor Allem zu verbilligen. Wenn festgestellt wurde, daß der Berliner Arbeiter 25, ja 32 pCt. seines Einkommens für die Wohnungsmiethe hergeben müsse, so liege hierin ein schweres Mißverhältniß. Es zwinge den Miether, sich aus der Wohnung andere Einnahmequellen zu schaffen, d. h. das leidige Schlafstellenwesen zu pflegen. Es sind nachweisbar gegen 50 pCt. aller Arbeiterhaushaltungen gezwungen, fremde, das Familienleben störende, Elemente in ihren Kreis aufzunehmen. Wer das Leben kennt, weiß, welche Fülle von Unsittlichkeit hierdurch gezeitigt wird, daß dieser Uebelstand einer der am schwersten wiegenden ist. Namentlich wenn das Vermiethen von Schlafstellen gewerbsmäßig betrieben wird, wenn die Zahl der Bewohner in einer solchen Wohnung mehr und mehr steigt, treten die Mißstände immer krasser hervor. Waren doch 46 000 solcher Wohnungen von 5 bis 9 Personen 554 von 10—14 Personen, einzelne von bis zu 20 Personen bewohnt!

Diesem Uebelstande hat ja die Bauordnung und polizeiliche Kontrolle etwas entgegengearbeitet, Abhülfe ist aber nur zu hoffen, wenn man die Sache an der Wurzel anfaßt — durch Verbilligung der Miethen.

Diese ist auf verschiedene Art zu ermöglichen, wenn man an der Güte der Wohnungen nicht sparen will, was jedenfalls die verkehrteste Maßnahme wäre. Im Gegentheil: Man sollte an dem Satze festhalten, daß 10 Kubikmeter Luftraum das Mindeste für jede Person sei, daß das Zimmer unter 20 Q.-Meter Grundfläche nicht zu weit zurückgehen dürfe, und daß Küche und Aborte eine zweckmäßige Gestaltung erhalten. Es bleibt also unter solcher Forderung nur möglich, zu sparen an den Kosten des Grund und Bodens, indem man diesen einestheils rationell ausnutzt, anderentheils billig zu beschaffen sucht.

Bei den Versuchen für Arbeiter-Miethshäuser, welche seitens des „Vereins für Verbesserung kleiner Wohnungen" und der „Berliner Baugenossenschaft" gemacht wurden, hat sich übereinstimmend herausgestellt, daß das Bauen großer Komplexe nicht rationell sei. Namentlich hat es sich immer als schwierig erwiesen, solche Gebäude hypothekarisch genügend zur Beleihung zu bringen, da sie meist unverkäuflich sind. Selbst die Ausnutzung des Hinterlandes großer Häuserblocks, die auf den ersten Blick als so rationell erscheint, hat sich als praktisch erwiesen, weil in diesen zu viel Raum für Höfe verloren geht — wenn man die Höfe wirklich zu Licht und Luft bringenden Anlagen machen will. Deshalb halten die Baumeister an dem Grundsatz fest, es sei das Rationellste, die Arbeiterwohnung in Verbindung mit Häusern für bessere Wohnungen zu bringen, sie also gewissermaßen über die ganze Stadt zu verbreiten, schon weil dadurch die sozialen Gegensätze eher ausgeglichen würden, als wenn die Arbeiterviertel eine Stadt für sich in der Stadt bilden. Die Schmuckanlagen in den besseren Stadtvierteln kommen somit allen Theilen der Bevölkerung zu Gute.

Uebereinstimmend sprach man sich für das Arbeitermiethshaus im Gegensatze zur Arbeiterkaserne aus. Die Verschiedenheit besteht darin, daß in der Kaserne viele Wohnungen in einem Stockwerke an einem Flur liegen, während das Miethshaus, lothrecht getheilt, bis zu vier Wohnungen in jedem Stockwerke und mehrere Treppenhäuser hat. Die Trennung der Parteien verhindert das Ausbrechen von Streitigkeiten und die Verbreitung der Unsittlichkeit. Für die Schlafhäuser für unverheirathete Arbeiter schien die Stimmung nicht sehr günstig. Diese sind nur bei strengster Hausordnung in Zucht zu halten. Die Arbeiter ziehen aber das Wohnen in einer Familie vor, wo sie nicht beaufsichtigt werden. Solche Schlafhäuser würden also erst dann zur Nothwendigkeit werden, wenn es gelungen wäre, durch Schaffung billiger Arbeiterwohnungen die Gelegenheit zur Aftermiethe zu verringern.

Im Allgemeinen kann man den Unterfichted in der Behandlung der Wohnfrage seitens der Baumeister und der Vertreter der Arbeitervilla darin zusammenfassen, daß Letztere durch unmittelbares Eingreifen in die Privatthätigkeit langsam ein Fortschreiten herbeizuführen hoffen, während Jene das von einem kühnen Schritt der Gesetzgebung oder der öffentlichen Gewalten erwarten. Nur nach einer Richtung wurde der entschiedene Wunsch laut, daß die Stadt eingreifen solle: Nämlich zur Herabminderung der Grundwerthe. Es wurde laut darüber geklagt, daß, obgleich Berlin nach allen Seiten Platz habe, sich ins Ungemessene zu erweitern, die Grundstücke in Berlin wesentlich theurer seien, als in anderen Großstädten, selbst als in dem inmitten eines wahren Gartens liegenden Paris. Der Grund hierfür sei das mangelnde Angebot, welches seinerseits wieder daher komme, daß die Stadt nicht genug thue zur Erschließung großer Bauterrains. Sie solle damit vorgehen, selbst Straßenzüge anzulegen und mit einem Schlage weite Felder zum Angebot zu bringen. Thatsächlich wurde von allen Seiten hervorgehoben, die Wohnungsfrage sei jetzt in Berlin in erster Linie eine Frage des Grunderwerbes. Hier sei der Punkt, wo die öffentlichen Gewalten zur Besserung der Verhältnisse eingreifen und der unmäßigen Spekulation Zügel anlegen könnten.

An der Darlegung der Verhältnisse, deren allgemeines Ergebniß wir hiermit skizzirt zu haben glauben, nahmen die Herren Baurath **Boeckmann,** Bauinspektor **Goecke,** Baumeister **Mefsel** und **Wieck** theil. Ihre auf voller Beherrschung des Gegenstandes beruhenden Auseinandersetzungen, die durch Pläne erläutert wurden und im Allgemeinen nur eine wechselseitige Ergänzung der im Prinzip gemeinsamen Anschauungen boten, sollen der Allgemeinheit in einer Denkschrift zugänglich gemacht werden. Jedenfalls gebührt den Herren und der „Vereinigung Berliner Architekten" für ihr Eingreifen in die so wichtige Frage der vollste Dank.

Gestern begann in München der Hauptheil jener festlichen Veranstaltungen, durch welche das bayerische Volk den heutigen **70. Geburtstag des Prinz Regenten von Bayern** feiert.

Se. königl. Hoheit Prinz Luitpold von Bayern hat in für sein Haus und sein Land trüber Zeit das schwere Amt als Verweser des Königreichs Bayern übernommen und hat in Ausübung seiner

---

Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.

67 Berlin, den 12. März 1891.

Der Gjöngenhäuptling.

Roman von Carl Ettar.

Autorisirte Uebersetzung von Mathilde Mann.

(Fortsetzung.)

XXX.

Eine erfüllte Prophezeiung.

Inzwischen war die Sonne untergegangen und die Dämmerung brach herein. Der Wald duftete und die Nachtigal schlug in dem lichtgrünen Laub der Birkenwipfel. Das tiefe Schweigen und der Abendfriede wurden nur unterbrochen durch den anhaltenden Lärm, das Schreien und Singen, das durch die Fenster des Schlosses drang, wie durch das leise, unterdrückte Flüstern einiger Männer, die sich vorsichtig von Baum zu Baum durch die Allee bis an das Schloß schlichen. Lange war nicht länger zwischen ihnen, Svend hatte ihm, als er mit Ib zurückgekehrt war, gestattet, sich zu entfernen. Nachdem die Gjöngen die letzten Bäume vor dem Schlosse erreicht hatten, machten sie Halt. Svend und Ib krochen auf allen Vieren jeder auf einer Seite des Grabens entlang, um einen Uebergang zu finden. Sie benutzten jeden Busch, jede Erhöhung des Erdreiches als Deckungsmittel. Ib hatte selbst bei dieser Gelegenheit seine gewohnte Fürsorge für seine schöne Uniform nicht außer Auge gelassen. Noch im Walde hatte er das Wamms ausgezogen und es über einen Busch gehängt und war dann in Hemdsärmeln fortgekrochen.

In den Zimmern war es nach und nach ruhiger geworden. Die Schweden ahnten die heranziehende Gefahr.

„Tod und Teufel!" schrie Manheimer, „wir wollen ihnen einen Streich spielen und gleichzeitig gaffen, wo sie sind!"

Er theilte den Soldaten seinen Plan mit, der mit lautem Jubel aufgenommen wurde.

„Wir müssen es auf andere Weise versuchen", sagte Svend, als er und Ib zurückkehrten. „Das Schloß hat nur den einen Eingang über die Brücke. Die Finsternis nimmt zu und der Mond geht erst in einer Stunde auf. Ein Mann muß durch den Graben schwimmen und sich über den Wall schleichen, damit er und das Thor öffnen kann. Wer will das Wagstück unternehmen?"

„Ich", erwiderte Abel's tiefe Stimme.

„Es gilt Dein Leben, wenn sie Dich sehen", fügte Svend hinzu.

„Das weiß ich", entgegnete Abel. „Aber ich gelobte Dir eines Abends im vergangenen Winter so etwas Aehnliches, und ich habe bis dahin mein Versprechen noch nicht halten können. Wenn es gut geht, komme ich wieder, wenn es schlecht geht, nimmst Du Dich wohl meines Weibes und Kindes an?"

Nach diesen Worten machte Abel ein Zeichen des Kreuzes und ließ sich über die Erde bis an den Graben gleiten. Gleich darauf sah man einen dunklen Gegenstand das Wasser schnell zertheilen und dann den Wall hinaufkriechen. Svend folgte jeder Bewegung mit athemloser Aufmerksamkeit.

„Gebt wohl Acht!" flüsterte er den Gjöngen zu, „sobald Ihr seht, daß sich ein Schatten vor dem offenen Fenster bewegt, geben die beiden Nächsten Feuer. Aber, daß Ihr gut zielt!"

Gleich darauf sah man wirklich einen dunklen Gegenstand zum Vorschein kommen und vor dem offenen Fenster stehen bleiben. Svend gab ein Zeichen, zwei Schüsse fielen, die Gestalt blieb regungslos stehen. Ein lautes Hohngelächter beantwortete die Salve.

Manheimer's List war geglückt: man hatte ein Kissen auf einen Karabiner gesteckt und eine Uniform darüber gehängt. Ein Mann lag auf dem Fußboden und bewegte diese Figur an den Fenstern hin und her. Beide Schüsse der Gjöngen hatten getroffen. Die Kugeln fielen, als die Uniform abgezogen wurde, aus dem Kissen.

„Ich dachte mir es wohl, daß sie in der Nähe wären", rief der Hauptmann mit zufriedenem Lachen, „jetzt müssen wir uns etwas Neues ausdenken, um uns die Zeit zu vertreiben, morgen erhalten wir Verstärkung aus der Stadt. Geht zum Voigt hinab und laßt Euch einen frischen Korb mit Wein geben!"

Einer der Soldaten nahm ein Licht und verließ das Zimmer.

„Kortvoral!" rief Manheimer, „stelle Er eine Wache an die Brücke und sorge Er für häufige Ablösung. Der Mann kann eine Flasche Wein mitnehmen gegen die nächtliche Kälte."

Einer der Dragoner lud seinen Karabiner und ging. Manheimer hielt ihn an der Thür an: „Gieb gut Acht", sagte er, „Dein eigenes Leben hängt davon ab; und sobald Du etwas Verdächtiges bemerkst, warne uns rechtzeitig."

Dieser Auftritt ereignete sich im Wohnzimmer, das die Dragoner mit allen möglichen Beutegegenständen angefüllt hatten. Nachdem sie den Versuch mit der ausgekleideten Puppe aufgegeben hatten, holten sie die Betten aus Frau Elsebeth's und Karen's Schlafkammern und stapelten sie vor den Fensteröffnungen auf, um vor den Schüssen der Feinde sicher zu sein. Gleich darauf öffnete sich die Thür, und der Dragoner, den Manheimer zum Voigt hinabgesandt hatte, kam zurück. Ihm folgte Lange, der einen gefüllten Flaschenkorb übern Arm trug.

„Tod und Teufel!" schrie Manheimer beim Anblick des Kaplans, „wo ist Er den ganzen Nachmittag gewesen? ich glaubte wahrhaftig schon, Er sei uns ausgekniffen!"

„Ich nein", erwiderte Lange, „ich habe oben auf meiner Kammer gesessen und meines Amtes gewartet."

„Und jetzt, wo er merkt, daß wir uns über den Wein der gnädigen Frau hermachen wollen, kommt er herunter?"

„Das ist nicht der Grund", antwortete Lange mit unheilverkündendem Lächeln, „aber als ich vorhin in der Dämmerung auf dem Walle umherspazierte, rief mich von der anderen Seite des Baches ein altes Weib an und bat mich, Euch zu sagen, daß die vier Mann, die Ihr zur Mittagszeit ausschicktet, unterwegs von Svend Gjöge's Leuten überfallen seien. Das alte Weib führt im Munde der Leute den Namen „Kullsög"."

Manheimer brach in ein schallendes Gelächter aus. „Kullsög" wiederholte er und schlug mit der Faust auf den Tisch. „Das ist ja meine alte Freundin, die Hexe, die mir prophezeite, daß ich meinen Tod weder zu Lande noch zu Wasser finden werde."

In diesem Augenblick wurde die Thür aufgerissen und ein Dragoner stürzte herein.

„Die Wache unten an der Brücke meldet, daß einer der Gjöngen über den Graben geschwommen und oben auf die Thorwölbung vor der Zugbrücke gekrochen ist."

„Tod und Teufel!" rief Manheimer, „weshalb schießt der Schlingel ihn denn nicht herunter?"

„Das war auch seine Absicht, gestrenger Herr, aber als der Gjönge ihn den Hahn seines Karabiners spannen hörte, drückte er sich hinter den hohen Mauerkranz des Portals."

„Nun und dann?" fragte der Hauptmann, „er muß ihn ja trotzdem erreichen können, indem er auf den Wall steigt."

„Der Herr Hauptmann vergessen die Leute, die auf der anderen Seite des Walles lauern", entgegnete ein Fähnrich.

„Es ist ja jetzt dunkel, laßt uns hinabgehen. Ein Dukaten für den, der den Mann trifft."

Die Dragoner stießen ein Jubelgeschrei aus, griffen zu ihren Karabinern und folgten Manheimer in den Schloßhof hinab.

Der Mond verbreitete bereits einen schwachen Lichtschimmer über die Baumwipfel des Waldes, ehe man ihn vom Schlosse aus erblicken konnte. Schweigend und vorsichtig schlichen die Dragoner in den Hof hinab und standen vom Wall gedeckt da, während sie ihre Waffen prüften.

„Wer will den ersten Schuß wagen?" fragte Manheimer.

Ein Mann trat vor.

„Warte einen Augenblick", fuhr der Hauptmann fort, „wir wollen doch einmal sehen, wie wachsam die Leute sind. Nimm Deinen Hut ab, stecke ihn auf den Lauf des Karabiners und hebe ihn über den Rand des Walles."

Der Dragoner gehorchte. Gleich darauf fiel von jenseits des Grabens ein Schuß, der den Hut vom Karabiner herabriß.

„Diese Bauern zielen nicht schlecht!" flüsterte Manheimer.

Dieser Vorfall dämpfte die Lust der Reiter, auf den Wall zu steigen, ein wenig. Während sie einander zögernd und schweigend ansahen, hörte man eine tiefe, deutliche Stimme von der Mauerkrone über der Thorwölbung rufen: „Gebt gut Acht daheim! Sie sind Alle hier unten im Schloßhof!"

„Ich will Dich lebendig aus Thor nageln lassen, wenn ich Dich gefaßt kriege", rief der Hauptmann wüthend.

„Ja, wenn Ihr mich gefaßt kriegt", gab die Stimme spottend zurück.

„Holt uns ein Kissen", flüsterte Manheimer, „dann wollen wir es noch einmal versuchen."

Ein Reiter ging hinauf und kam gleich darauf mit einem Kissen zurück.

„Nehme Einer von Euch das Kissen und trage er es hoch vor sich her, die Kugeln können nicht hindurchdringen. Ihm folge ein Anderer mit geladenem Karabiner, er halte sich wohl gedeckt; so könnt Ihr über den Wall spazieren."

(Fortsetzung folgt.)

Regentenpflicht nicht nur seinem engeren Vaterlande, sondern auch dem weiteren, dem Deutschen Reiche, so hervorragende Dienste geleistet, daß mit Bayerns Volk sich das deutsche in dem Wunsche eint, es möge dem edlen Sproß des Wittelsbacher Königsgeschlechtes noch lange vergönnt sein, für die Wohlfahrt seines Landes und des Reiches zu wirken.

Der Stand der Verhandlungen über den preußischen Staatshaushaltsetat scheint die Möglichkeit auszuschließen, daß der Etat vor dem Beginne des neuen Etatsjahres zu Stande komme. Nach den „B. P. N." würde man in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Staatsregierung selbst die Initiative zur Sanirung der zwischenzeitigen Ausgaben bis zur Feststellung des Etatsgesetzes auf dem Wege nachträglicher Genehmigung nach dem vorjährigen Muster ergreifen werde.

Von den verschiedensten Seiten wird übereinstimmend gemeldet, daß der Rücktritt des Kultusministers Dr. v. Goßler bereits zur Thatsache geworden sei. Ueber die Person seines Nachfolgers liegen dagegen durchaus verschieden lautende Mittheilungen vor. Genannt werden der Oberpräsidenten v. Schlieckmann und Graf Zedlitz-Trützschler, welch Letzterer übrigens das ihm angebotene Portefeuille abgelehnt habe, ferner der Wirkliche Geheime Rath Dr. v. Lucanus u. A. Den „Berl. Pol. Nachr." zufolge wird anscheinend keine der bisher genannten Personen Herrn v. Goßler's Nachfolger sein, sondern ein gemäßigt konservativer Politiker von der Richtung des Abg. v. Helldorff, welcher zur Zeit dem Herrenhause angehört und Mitglied des Staatsraths ist, bisher aber nicht im Staatsdienste stand.

Als künftigen Unterstaatssekretair im Kultusministerium nennt die „Kreuzzeitung" den Regierungspräsidenten v. Holwede; eine Bürgschaft für alle die vorstehenden Angaben ist jedoch augenscheinlich keines der zitirten Blätter zu übernehmen im Stande.

Unter dem 5. d. M. hat die königliche Ministerial-Baukommission neue Bedingungen formulirt, welche bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen im Bereiche der Allgemeinen Bauverwaltung, der Staats-Eisenbahn- und Bergverwaltung zur Anwendung kommen. Die Bekanntmachung derselben erfolgt durch die demnächstige Ausgabe des „Reichs- und Staats-Anzigers".

Der **Reichstag** überwies im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung zunächst die schon im Abendblatte erwähnte Petition der Aktiengesellschaft für Bergbau 2c. „Union" in Dortmund dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung und füllte dann den ganzen Rest der Sitzung mit Berathung zweier Petitionen aus, welche die Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin betreffen. Die Petitionskommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Dem entgegen begründete Abg. Schrader eingehend den Antrag, die Petitionen dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Ebenso trat Abg. Dr. Harmening für die Berechtigung der Petitionen ein, und empfahl, dieselben wenigstens dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Abg. Dr. Oerterer erklärte sich gegen beide Ueberweisungsanträge, machte dabei namentlich geltend, daß die Gestaltung des Unterrichtswesens nicht zu den Aufgaben des Reichs, sondern zur Kompetenz der Einzelstaaten gehöre. Abg. Bebel entgegnete, daß der Vorredner die Kompetenzbedenken nur deshalb so betont habe, weil die ganze Sache selbst nicht sympathisch sei. Thatsächlich handele es sich aber um eine soziale Frage, die von besonderer Wichtigkeit gerade für die höheren, aber bestsituirten Stände sei, und von Jahr zu Jahr dringender werde. Sittlichkeits- und Anstandsrücksichten könnten gegen den ärztlichen Beruf des weiblichen Geschlechts schon mit Rücksicht auf dessen zahlreiche Verwendung als Krankenpflegerinnen nicht geltend gemacht werden. Abg. Hultzsch kann dagegen keinen Grund erkennen, von unserer alten bewährten Sitte abzugehen. Abg. Rickert stellt für den vielleicht eintretenden Fall der Ablehnung der Ueberweisungsanträge event. einen Initiativantrag auf Aenderung der ärztlichen Prüfungsordnung in Aussicht. Das Anstandsgefühl der Frauen erhebe die natürliche und berechtigte Forderung, bei gewissen Krankheiten nicht von Männern, sondern von Geschlechtsgenossinnen behandelt zu werden. Die Frage habe zudem ihre große soziale Bedeutung und werde nicht von der Tagesordnung verschwinden, bis sie gelöst sei. Abg. Wisser sprach für die Petitionen mit Rücksicht auf den in manchen ländlichen Gegenden vorhandenen Nothstand. Abg. Dr. Harmening suchte namentlich die Ausführungen des Abg. Oerterer zu widerlegen. Eine Partei sage sei die Frage höchstens für das Zentrum, welches da, wo ein Licht aufgehe, sich die Hand vor Augen zu halten pflege. — Demnächst wurden die Anträge auf Berücksichtigung, bezw. Erwägung der betreffenden Petitionen abgelehnt und der Kommissionsantrag auf Tagesordnung angenommen. Schluß der Sitzung 6 Uhr. — Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung (1 Uhr Nachmittags) steht außer dem Rest des Etats die zweite Lesung der Novelle zum Patentgesetz.

In der Strikebewegung haben die sozialdemokratischen Führer wiederholt versucht, die Arbeiter dadurch besser in ihre Gewalt zu bekommen, daß sie ihnen Geldunterstützungen gegen Wechsel gaben. Ebenso wie in Erfurt hatten in Hamburg und Altona strikende Arbeiter solche Wechsel auf Unterstützungen unterschrieben und waren dann, als sie den Ausstand nicht fortsetzten, auf Rückzahlung der Strikeunterstützungen verklagt worden. Das königliche Amtsgericht in Altona hat jetzt entschieden, daß der Kläger abzuweisen sei. Was den Thatbestand betrifft, so hatte der Verklagte als Mitglied des Unterstützungsvereins deutscher Tabaksarbeiter sich an dem Strike betheiligt und deshalb die eingeklagte Summe von Vereine als Unterstützung empfangen. In Gemäßheit § 12, 1 des eingereichten Statuts des gedachten Vereins ist diese Unterstützung als Darlehn gegen die vorgelegten Wechsel verabreicht. Verklagter hat aber später den von den Tabaksfabrikanten verlangten Revers ausgestellt, in welchem er sich verpflichtet hat, aus dem Unterstützungsverein deutscher Tabaksarbeiter auszutreten, und ist dann aus dem gedachten Verein ausgetreten. In Folge dessen klagte der Vorsitzende des Unterstützungsvereins deutscher Tabaksarbeiter die Wechsel ein, während Verklagter sich auf Grund des zweiten Satzes des § 12 des Statuts den Einwand, daß der Wechsel nicht für verpflichtet erachtet.

Die Gründe des abweisenden Erkenntnisses lauten:

Nach § 12, 1 des eingereichten Statuts lautet: „Alle Unterstützungen an Strikende sind nur Darlehen des Vorstehenden des Vorstandes und werden nur gegen Wechsel verabreicht. Bis spätestens ein Jahr nach beendigter Arbeitseinstellung sind jedoch die Darlehen den am Strike Betheiligten als bezahlt zu quittiren, wenn dieselben ihre satzungsmäßigen Pflichten erfüllt haben."

Die Absicht dieses Paragraphen kann nur die gewesen sein, daß die den Strikenden gewährte Unterstützung denselben definitiv verbleiben soll, falls sie ihre satzungsmäßigen Pflichten treu erfüllt haben, für den entgegengesetzten Fall ist die Form eines Darlehens gegen Wechsel gewählt worden, um dem Vorstehenden für diesen Fall die Wiedereinziehung der Unterstützung zu erleichtern. Es fragt sich also nur, ob der Verklagte seine satzungsmäßigen Pflichten dem Verein gegenüber treu erfüllt hat. In dem Austritte aus dem Verein nach vorgängiger Vollziehung des bekannten Reverses ist dies Gericht aber eine Pflichtverletzäumniß des Verklagten dem Verein gegenüber nicht erkennen können. Der Austritt aus dem Verein steht selbstfolglich jedem Mitgliede zu, was auch der § 3 des Statuts voraussetzt; aus welchen Gründen der Austritt erfolgt ist, bleibt unwesentlich. Die entgegengesetzte Auffassung würde zu einer exorbitanten Konsequenz führen, daß der Verein von jedem Mitgliede, welches während des Strikes oder während eines Jahres nach Beendigung desselben austrat, die gewährte Unterstützung zurückverlangen könnte. Dem Kläger steht daher ein Rückforderungsrecht der gewährten Unterstützung nicht zu und war somit die Klage abzuweisen. Die Entscheidung über die Kosten gründet sich auf § 87 der Zivilprozeßordnung.

In der Tagespresse wurde neuerdings mehrfach erörtert, aus welchen Gründen die Marineverwaltung sich veranlaßt sehe, von der Verwendung **amerikanischen Salzfleisches** für die Verpflegung der Marinemannschaften abzusehen. Dabei wurde dem amerikanischen Ersatzerzeugniß neben dem relativ guten eine besonders gute Beschaffenheit nachgerühmt, welche sich daraus erklären soll, daß bei dem außerordentlichen Wiederbedürfniß der Vereinigten Staaten die Ausmahl der zu pökelnden Fleischstücke mit großer Sorgfalt getroffen werden könne. Der lang angekündigte und als nothwendig erkannte Ausgleich mit der Vorlage nunmehr wenigstens in so weit geschaffen, daß die Einkommen bis zu 900 ℳ von direkter Staatssteuer gänzlich frei sind und die Einkommen über 900 ℳ bis in die mittleren Stufen mit einem geringeren Steuersatze belegt sind als nach der früheren Klassen- bezw. Einkommensteuer. Dazu kommt noch, daß bei Einkommen bis 3000 ℳ für jedes Kind von dem steuerpflichtigen Einkommen des Haushaltungs-Vorstandes der Betrag von 50 ℳ in Abzug gebracht werden muß und daß bis zu Einkommen von 9500 ℳ Veranlagungsfähigkeit der Steuerpflichtigen wesentlich herabgemindert, die wirthschaftliche Verhältnisse berücksichtigt werden können."

Die konservativen Vermittlungsvorschläge zu dem Gesetzentwurfe über die Verwendung des Sperrgeldersfonds, welche die jetzt begonnenen Berathungen in der Kommission des Abgeordnetenhauses beschäftigen werden, stellen sich, nach der Ansicht der „Pol." „augenscheinlich als eine wesentliche Verbesserung gegenüber der Regierungsvorlage dar. Sie vermeiden in vorsichtiger und geschickt, die Zuwendungen an die Geschädigten als die Folge eines Rechtsanspruches derselben zu bezeichnen, und schließen so jede retrospektive Kritik über das Sperrgesetz selbst und das Recht des Staates zu der 1875 getroffenen Maßregel aus. Zugleich wird die staatliche Einwirkung sowohl auf die Zuwendungen an die Geschädigten, als auf die Einrichtung und Verwaltung der aus den etwaigen Restbeständen zu bildenden Dispositionsfonds in angemessener Weise gesichert. Immerhin gehen auch diese Vermittelungsvorschläge noch weit über die Vorlage von 1890 hinaus; es gilt namentlich auch von der Zuständigkeit der Kommission nach der Restbestände des Kapitals an die Bischöfe, wo die Gewährung einer Summe bis zu erreichenden Zwecken in gleichem Maße dienen würde. Prinzipiell unstatthaft erscheint auch der Vorschlag, daß die staatlichen Mitglieder der Entschädigungs-Kommission der römisch-katholischen Konfession angehören müssen. Es erscheint daher mehr als zweifelhaft, ob die konservativen Vorschläge die Linie erreichen, auf welcher eine Verständigung mit den Mittelparteien möglich ist. Die Zentrumspresse spricht sich gleichfalls noch gegen die Zustimmung zu den konservativen Vorschlägen. Man ist indessen zu der Annahme berechtigt, daß es sich dabei nur darum handelt, sich vor den Bischöfen und den Zentrumswählern noch etwas zu sperren und zugleich der unseres Erachtens sicheren Zustimmung des Zentrums den Charakter eines freiwilligen Entgegenkommens zu verleihen. Jedenfalls wird es an dem Zentrum liegen, wenn ein neuer, weit über die noch jüngst als äußerstes Maß des Entgegenkommens bezeichnete Linie hinausgehender Vorschlag zur endlichen Erfüllung der Zusage des § 9 des Gesetzes vom 22. April 1875 abermals resultatlos verläuft."

Zur Adresse des Zentrumsabgeordneten-Ausschusses schreibt die „Kölnische Zeitung": „Die Adresse hat thatsächlich eine kühle Aufnahme gefunden, die Abordnung wird natürlich in der liebenswürdigsten Weise empfangen, den einzelnen Persönlichkeiten wird es nicht an einem auszeichnenden Entgegenkommen fehlen; aber in der Sache ist eine veränderte Auffassung der Adresse nicht zu erwarten. Jeder, der zu beurtheilen weiß, wie viel guter Wille sich bei dieser Gelegenheit in Straßburg angespannt hat, wird es lebhaft bedauern, daß diese angestrengten Bemühungen nicht schon jetzt mit einem besseren Erfolge belohnt werden. Wir haben den patriotischen Männern, welche im Interesse der Reichslande wie des weiteren deutschen Vaterlands die Adresse betrieben haben, volle Anerkennung gethendet und ihnen Gelegenheit gegeben, ihre Auffassung geltend zu machen. Aber wir können die Politiker nur ärgern, wenn er diese Auffassung mit kühler Skepsis betrachtet. Es hat doch keinen Zweck, daß wir uns über die Lage der Dinge täuschen und, um zu angenehmen Verstellungen zu kommen, über die kennzeichnende Vergeschichte der Adresse einen vollständigen Schleier legen. Es ist vielmehr am besten, wenn wir die Dinge einfach sehen und nehmen, wie sie sind."

Die Arbeiterfrage in England behandelt ein Artikel der „Deutschen volkswirthschaftlichen Korrespondenz; in demselben wird bemerkt: „Die Trade-Unions haben sich eigentlich stets von politischen Fragen ferngehalten, nur in ihren Anfängen waren sie mit dem Chartistenthum verquickt, sie haben sich in Wahrheit darauf beschränkt, die wirthschaftliche Lage der Arbeiter heben zu wollen. In dieser Beschränkung und in der relativen Mäßigung, mit welcher, nachdem die Zeit des Sturms- und Drangperiode vorbei, die wirthschaftlichen Bestrebungen der Gewerkvereine verfolgt wurden, lag das Geheimniß ihrer relativ großen Erfolge. Die Sozialdemokratie aber läßt sofort an die Stelle der wirthschaftlichen Bestrebungen die politischen in den Vordergrund treten, sie nur in den Gewerkvereinen zur Wahl gelangt ist; ihr gilt die wirthschaftliche Lage der Arbeiter sehr wenig, Alles aber die Organisation des Proletariats, und während die alten Gewerkvereine stets daran festgehalten haben, nationale Organisationen sein zu wollen, sprechen die neuen, unter sozialdemokratische Leitung gekommenen, sofort über den nationalen Zaun und gingen an die Organisation des internationalen Proletariats heran. Alle Dem entspricht es, wenn in den letzten Jahren die friedliche Beseitigung entstandener Streitfragen über das Arbeitsverhältniß durch die früheren Regel zur Gewohnheit geworden ist und wenn die öffentliche Meinung je länger je lauter die Regierung stimulirt hat, jenen Terrorismus zu brechen, den man als bitteren Hohn auf die wirthschaftliche und politische Freiheit des Landes empfindet... Wenn in dieser Situation die englische Regierung den so bequemen Standpunkt des laisser-faire aufgiebt und durch eine königliche Kommission aktiv in diese Materie einzudringen sich anschickt, so darf man der weiteren Entwicklung der Dinge mit Interesse entgegensehen. Die erste Entdeckung, welche der königlichen Kommission zu machen hat, wird die sein, daß die Gewerkvereine nicht die Vertreter sein, daß das sozialrevolutionaire Element in der Arbeiterschaft Englands eine Verbreitung gefunden hat, von der man sich weder dort noch hier zu Lande etwas träumen ließ."

Parlamentarisches.

* Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung 1. des Entwurfs eines Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reichs, 2. des zwischen dem Deutschen Reich, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Oesterreich-Ungarn — zugleich für Liechtenstein —, Rußland und der Schweiz am 14. Oktober v. J. in Bern abgeschlossenen internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr besteht aus den Abgg.: Adr., Graf v. Arnim, Dr. v. Bar, Beckmann, Bödiker, Freiherr v. Buol-Berenberg, Friedländer, Schellstädter, Berger, Bureau v. Gustedt-Badlacken, Dr. Hammacher, Kurtz, Vorsitzender, Lucius, Dr. Graf v. Matuschka, Schriftführer, v. Motzenski, Reichsgraf v. Pückler, Schmidt (Frankfurt), Schrader, Stellvertreter des Vorsitzenden, Dr. Siemens, Stadthagen, Schriftführer, von Steinau-Steinrück, Symula, Wenzel.

* Die „Konservative Korrespondenz" schreibt zur Sperrgelder-Vorlage: „Dieselbe ist bekanntlich seitens der konservativen Parteien im Wesentlichen dahin amendirt worden, daß der Verwendungszweck der Sperrgelder dahin zu umgrenzen und für den Staat Garantieen zu schaffen seien, um die erforderliche Kontrolle durchführen zu können. Die jetzt begonnenen Berathungen der betr. Kommission haben erfreulicherweise gezeigt, daß allseitig guter Wille vorhanden ist, die Frage aus der Welt zu schaffen. Freilich werden auch jetzt wieder, wie im Frühjahr, die ausschlaggebenden Parteien daran festhalten, daß das Zentrum zustimmen muß; daran wird dasselbe nicht vorbeikommen, wenn es eine Regelung wünscht! Vorgestern wurden in der Kommission die Art. und 2 in der Fassung der Konservativen angenommen, mit dem Zusatz am Schlusse (nach Streichung der Worte „bezw. deren Rechtsnachfolgern") „oder deren Rechtsnachfolger, denen dieser Anspruch ausdrücklich übertragen ist, soweit die Rechtsvorgänger für die Einbuße einen Ersatz nicht erhalten haben und die auf die Leistungen eines vorhandenen Pflichten erfüllt worden sind." Voraussichtlich wird derselbe noch durch eine Bestimmung erweitert werden, wonach auch denjenigen Institutionen, Gemeinden 2c, welche seiner Zeit den Stellenbehörden, deren Bezüge gesperrt wurden, aus Eigenem Entschädigungen gewährt haben, mit Beschluß der Oldesan-Entschädigungskommission die entsprechenden Beträge zurückerstattet werden können."

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, den 12. März.

* Der königlich sächsische Gesandte am hiesigen Allerhöchsten Hofe, Graf v. Hohenthal und Bergen, ist von kurzem Urlaub nach Berlin zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Gesandtschaft wieder übernommen.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

* Die Kommission für die zweite Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches soll, nach der „Post", durch Berufung neuer Mitglieder erneuert werden. Der Bundesrath dürfte sich bereits in diesen Tagen über die Berufung schlüssig machen. Der Vorsitz dürfte auf den neuen Staatssekretair im Reichs-Justizamt, Dr. Bosse, übergehen. Die Berathungen, welche am 1. April ihren Anfang nehmen, dauern zunächst bis Mitte Juli, zu welcher Zeit eine längere Sommerpause eintritt, und werden dann im Oktober wieder aufgenommen.

* Während bei mit dem Schlusse dieser Woche beginnenden und voraussichtlich mit dem Ablaufe der nächsten Woche beendeten Umzuges des kaiserlichen Patentamtes in dessen neues Dienstgebäude, tritt eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes nur hinsichtlich der Verabfolgung von Büchern ein; die öffentliche Auslegung der Patentanmeldungen und der Patentrolle, sowie die Entgegennahme neuer Gesuche und Zahlungen erfährt keinerlei zeitliche Einschränkung. Vom 19. d. M. ab befinden sich die Auslegehalle, die Briefannahmestelle und Kasse des kaiserlichen Patentamts in dessen neuem Dienstgebäude W. Kochstraße 31, Luisenstraße Nr. 33/34.

* Militairisches.] -1. Gestern Nachmittag von 2—4 Uhr exerzirten die zu den hiesigen Garderegimentern eingegangenen Rekruten Sr. Majestät dem Kaiser auf dem Tempelhofer Felde im Feuer. Der Kaiser war in offener Equipage nach der Kaserne des 1. Garde-Dragonerregiments gefahren und hier zu Pferde gestiegen. Als auf Befehl des Kaisers der zurückweichende Feind sollte in seinem Vorgehen aufgehalten und zurückgeworfen werden. Zu diesem Zweck sandten die zwischen der Kolonnenbrücke und der Brauerei Tivoli postirten Truppen, das Gardeschützler- und 2. Gardergeregiment, sowie das zwischen der Brauerei und der Chaussee Rixdorf-Berlin postirte Regiment der Schützen vor; ein Gleiches that das Kaiser Franz-Regiment, welches das Wäldchen der Hasenhaide besetzt hatte. Das Vorgehen der Truppen wurde von der Artillerie, welche auf dem Plonier-Exerzirplatz an der Brauerei abgeprotzt hatte, durch lebhaftes Feuer unterstützt, das von der feindlichen Artillerie vom Eisenbahndamm bei Tempelhof lebhaft erwidert wurde. Der Feind, durch das Garde-Schützenbataillon markirt, mußte Schritt für Schritt weichen und, als die angreifenden Regimenter sich schließlich mit Hurrah! zum Sturm vorgingen, sich hinter den Eisenbahndamm zurückziehen. In diesem Moment ließ der Kaiser, der bald hier, bald da den Angriff und das Zurückgehen der Truppen aus nächster Nähe beobachtet hatte, Halt blasen und versammelte die Kommandeure und Offiziere um sich zur Kritik. Der Standpunkt des Kaisers war an der rothen Purpurstickerei deutlich erkennbar. Die Truppen sammelten sich nun zum Parademarsch unweit des Kavallerie-Exerzirplatzes. Die Landwehrleute setzten Alles ein, um sich auch durch einen stammen Vorbeimarsch das Lob des

---

Aus Berlin.

* Wie die Charlottenburger „Gem.-Z." schreibt, ist die Abtretung des nach dem neuen Bebauungsplan zum Kgl. Viktoriaplatz zugehörigen Stücks des Zoologischen Gartens nunmehr seitens des Finanzministeriums geschieht. Dem evangelischen Kirchenbauverein ist es außerdem gelungen, noch die Abtretung eines weiteren 8 Meter breiten Streifens zur Vergrößerung des Platzes zu erhalten, so daß der Platz auch nach Errichtung der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche genug für den Verkehr bietet. Die Grundsteinlegung dürfte am 22. März, wenn nicht ganz unvorhergesehene Hindernisse eintreten, bestimmt stattfinden. Die seitens des Kirchenbauvereins veranstalteten Sammlungen haben bis zum 1. März die Höhe von 302 424 ℳ 11 ₰ erreicht.

---

* Die „Deutsche medizinische Wochenschrift" bringt die folgende Erklärung des Sanitätsraths Dr. Libbertz:

Bei der Herstellung des Tuberkulins kann nicht mit Sicherheit verneidet werden, daß in seltenen Fällen vereinzelte Tuberkelbacillen in die Flüssigkeit gelangen. Aber diese Bacillen sind durch langdauernde Siedehitze abgetödtet und daher vollkommen unschädlich. Koch sagt zwar in seiner letzten Publikation, daß abgetödtete Tuberkelbacillen, unter die Haut gebracht, Eiterung erregen. Indessen gilt das nur von Aufschwemmungen von Kulturen, also von Tuberkelbacillen in außerordentlicher Menge. Vereinzelte Exemplare derselben erzeugen örtlich keine Reaktion. Ebensowenig allgemeine. In den Blutstrom können sie vom Unterhautzellgewebe nicht gelangen, es sei denn, sie wären direkt in ein Gefäß injizirt. Das Tuberkulin wird aus Reinkulturen von Tuberkelbacillen gewonnen. In dem fertig gestellten Mittel sind daher keine anderen Batterien vorhanden. Daß zufällig Luftkeime während des Einfüllens in die Fläschchen oder später beim Oeffnen derselben hineingerathen, ist selbstverständlich möglich. Es wird sich dann fast stets nur um harmlose Mikroorganismen handeln, z. B. gelbe Sarcine, die beim ersten Anblick für M. tetragenus oder Staphylococcus aureus gehalten werden kann. Vermehren können sich solche Mikroorganismen hier sogen des starken Silberzeingehalts der Flüssigkeit nicht. Das Tuberkulin reagirt stets alkalisch. Aus dem städtischen Krankenhause am Urban, Abtheilung des Prof. A. Fraenkel, berichten die Assistenten Dr. Renk und Dr. Meyer, daß sie mit der Lymphe, in welcher Tuberkelbacillen nachgewiesen waren, Impfungen in der vorderen Augenkammer, in die Dörone gemacht haben, welche ohne irgliches Erfolg geblieben sind. Durch diese Untersuchungen erhält die Annahme, daß die in der Lymphe gefundenen Tuberkelbacillen abgetödtet seien, ihre volle Bestätigung."

* Die „Pharm. Ztg." berichtet, in ärztlichen Kreisen verlaute, daß Prof. Brieger demnächst mit einem neuen Mittel gegen Tuberkulose hervortreten werde.

---

* Im Museum für Völkerkunde sind in diesen Tagen einige neue Erwerbungen und Zuwendungen zur Ausstellung gelangt. In der Abtheilung nordischer Alterthümer ist, wie die „B. Börs. Ztg." berichtet, ein kleiner Sarkophag von Blei mit zugehörigem Deckel aufgestellt worden, welchen man beim Bau des neuen Zentralbahnhofes zu Köln am Rhein ausgrub, fand. Im Innern des Sarkophags, welcher Asche und eine Steinumwandung ziemlich stark zerfrißt ist, fand sich nichts weiter als ein bronzener Zopf — alles Uebrige war zergangen. Die eingelagerte Leiche war wahrscheinlich diejenige eines jungen, etwa achtjährigen Mädchens. Allem Anscheine nach hat man es mit einem Ueberrest aus der römischen Kaiserzeit zu thun. Die zur Verwendung gelangten Bleiplatten, welche stark erydirt sind, haben eine Stärke von etwa drei Millimeter, sind an den Ecken umgebogen und verlötet und oben an Rande umgefanzet, so daß der Deckel fest und sicher aufsagen konnte. In demselben Saal, in welchem dieser wertvolle Fund vorgeführt wird, ist den Skeletten aus Klein-Rösseln noch ein Skelett aus Lengyel, Komitat Tolna in Ungarn, welches der Pfarrer Wosinski in Agar geschenkt hat, hinzugefügt worden. Das Skelett, aus der neolithischen Periode stammend, liegt mit zusammengezogenen Beinen und nach oben gebeugten Armen halb auf dem Bauch. Zwischen den Beinen steht man Reihen von Steinperlen, mit welchen das Gewand besetzt war. Auf der linken Seite finden sich Topfscherben, auf der rechten, dem Rücken zugewendeten Seite Knochen von Thieren, welche man dem Todten mit auf Grab gegeben hatte. Weitere Bereicherungen finden sich in den Sammlungen von Vorderindien. Einige von der jüngsten Reise des auch gute Nahrung erhalten, so hat sie sich, nach Erklärung des „Reichs-Anz.", außer Stande gesehen, den erkrankten Bestrebungen der Amerikanischen Exporteure, ihren Erzeugnissen in der deutschen Marine Eingang zu verschaffen, nachzugeben. Im Uebrigen würden die Versuche mit verschiedenen Sorten amerikanischen Salzfleisches von der Marineverwaltung fortgesetzt.

Journal-Revue.

Zur Frage der Unteroffizier-Prämien bemerkt die „Konservative Korrespondenz": Von allen Seiten mehren sich in der Presse die Stimmen, welche die Bestimmung, wonach, gemäß dem Antrage Windthorst, erst nach Ablauf einer 12jährigen Dienstzeit eine Prämie von 1000 ℳ zu gewähren sei, für nicht dem gewollten Zweck entsprechend halten und den Wunsch aussprechen, daß es in der dritten Lesung zur Annahme des für weit besser zu erachtenden Antrages Hammacher kommen möge, der bereits nach Ablauf des neunten Dienstjahres eine Prämie von 550 ℳ bewilligen will. So beträchtlich diese Stimmen sind, zumal sie fast ausnahmslos aus den Reihen der Armee oder aus Kreisen, welche derselben sehr nahe stehen, kommen — so wenig Aussicht ist leider vorhanden, dergleichen Wünschen schon jetzt verwirklicht zu sehen. Wohin wird es im Interesse der Armee somit dröhnen mißen, daß das Bessere nicht der Feind des Guten sein darf. Man wird sich daher mit dem Erfolge begnügen müssen, daß mit Annahme des Antrages Windthorst wenigstens das Prinzip gesichert ist, worauf es zukünftig bei jeder Erörterung von Unteroffizier-Fragen ankommen wird — mögen dieselben nun eine Verbesserung der materiellen Lage der Unteroffiziere bezwecken, oder eine moralische und intellektuelle Hebung des Standes anstreben. Zweifelsohne werden sich auf Grund der Wirkung des Antrages Windthorst mit der Zeit in der Armee einzelne Anstände ergeben, welche zu beseitigen sind, falls nicht gar Mißstände entstehen sollen. Dann wird es an der Zeit sein, an die Verbesserung des Prämienwesens zu gehen und eventuell auf den Antrag Hammacher zurückzukommen. Sofern die dann gemachten Erfahrungen und Untersuchungen nicht andere Maßnahmen als noch zweckmäßiger erscheinen lassen.

„Die Einkommensteuer-Novelle", äußert die „Kölnische Volkszeitung", wird, wie man ziemlich allgemein annimmt, in der Form Gesetz werden, in welcher dieselbe vom Abgeordnetenhause beschlossen worden ist. In ihrer gegenwärtigen Gestalt beruht die Vorlage nach verschiedenen Richtungen hin auf Kompromissen; es steht daher zu erwarten, daß die Staatsregierung ihren Einfluß für die möglichst unveränderte Annahme im Herrenhause einsetzen wird. Wenn es heißt, das andere Haus werde wohl die Progression bis zu 4 Prozent abändern und die Besteuerung der Aktien-Gesellschaften, gemäß dem ursprünglichen Regierungs-Entwurf, nicht zustimmen, so muß das doch sehr bezweifelt werden. Insbesondere ist die verhältnißmäßig höhere Heranziehung der hohen Einkommen seiner Zeit von sozialpolitischen Reformgedanken der Vorlage, dessen Abschwächung Manche selben sehr herabdrücken würde. Das Mittel will mit den armen Millionairen, welchem der Abg. Geistt wiederholt einen so verhöhnten Ausdruck gab, wird im Lande ganz und gar nicht getheilt; man ist dort vielmehr durchaus der Ansicht, daß Diejenigen, welche in der glücklichen Lage sind, die Steuern von ihrem Ueberschusse zahlen zu können, zu den Staatslasten einen stärkern Prozentsatz beitragen können und sollen. Wer dafür kein Verständniß hat, thäte gut daran, über Steuer-Reform überhaupt nicht mitzureden. Worin sollte dieselbe denn bestehen, wenn nicht in der gerechteren Vertheilung der Steuerlast, zumal im Hinblick auf die stark angeschwollenen indirekten Steuern, welche erfahrungsmäßig die kleinen Leute verhältnißmäßig am meisten belasten? Der lang angekündigte und als nothwendig erkannte Ausgleich mit der Vorlage nunmehr wenigstens in so weit geschaffen, daß die Einkommen bis zu 900 ℳ von direkter Staatssteuer gänzlich frei sind und die Einkommen über 900 ℳ bis in die mittleren Stufen mit einem geringeren Steuersatze belegt sind als nach der früheren Klassen- bezw. Einkommensteuer. Dazu kommt noch, daß bei Einkommen bis 3000 ℳ für jedes Kind von dem steuerpflichtigen Einkommen des Haushaltungs-Vorstandes der Betrag von 50 ℳ in Abzug gebracht werden muß und daß bis zu Einkommen von 9500 ℳ Veranlagungsfähigkeit der Steuerpflichtigen wesentlich herabgemindert, die wirthschaftliche Verhältnisse berücksichtigt werden können."

Die konservativen Vermittlungsvorschläge zu dem Gesetzentwurfe über die Verwendung des Sperrgeldersfonds, welche die jetzt begonnenen Berathungen in der Kommission des Abgeordnetenhauses beschäftigen werden, stellen sich, nach der Ansicht der „Pol." „augenscheinlich als eine wesentliche Verbesserung gegenüber der Regierungsvorlage dar. Sie vermeiden in vorsichtiger und geschickt, die Zuwendungen an die Geschädigten als die Folge eines Rechtsanspruches derselben zu bezeichnen, und schließen so jede retrospektive Kritik über das Sperrgesetz selbst und das Recht des Staates zu der 1875 getroffenen Maßregel aus. Zugleich wird die staatliche Einwirkung sowohl auf die Zuwendungen an die Geschädigten, als auf die Einrichtung und Verwaltung der aus den etwaigen Restbeständen zu bildenden Dispositionsfonds in angemessener Weise gesichert. Immerhin gehen auch diese Vermittelungsvorschläge noch weit über die Vorlage von 1890 hinaus; es gilt namentlich auch von der Zuständigkeit der Kommission nach der Restbestände des Kapitals an die Bischöfe, wo die Gewährung einer Summe bis zu erreichenden Zwecken in gleichem Maße dienen würde. Prinzipiell unstatthaft erscheint auch der Vorschlag, daß die staatlichen Mitglieder der Entschädigungs-Kommission der römisch-katholischen Konfession angehören müssen. Es erscheint daher mehr als zweifelhaft, ob die konservativen Vorschläge die Linie erreichen, auf welcher eine Verständigung mit den Mittelparteien möglich ist. Die Zentrumspresse spricht sich gleichfalls noch gegen die Zustimmung zu den konservativen Vorschlägen. Man ist indessen zu der Annahme berechtigt, daß es sich dabei nur darum handelt, sich vor den Bischöfen und den Zentrumswählern noch etwas zu sperren und zugleich der unseres Erachtens sicheren Zustimmung des Zentrums den Charakter eines freiwilligen Entgegenkommens zu verleihen. Jedenfalls wird es an dem Zentrum liegen, wenn ein neuer, weit über die noch jüngst als äußerstes Maß des Entgegenkommens bezeichnete Linie hinausgehender Vorschlag zur endlichen Erfüllung der Zusage des § 9 des Gesetzes vom 22. April 1875 abermals resultatlos verläuft."

Zur Adresse des elsaß-lothringischen Landesausschusses schreibt die „Kölnische Zeitung": „Die Adresse hat thatsächlich eine kühle Aufnahme gefunden, die Abordnung wird natürlich in der liebenswürdigsten Weise empfangen, den einzelnen Persönlichkeiten wird es nicht an einem auszeichnenden Entgegenkommen fehlen; aber in der Sache ist eine veränderte Auffassung der Adresse nicht zu erwarten. Jeder, der zu beurtheilen weiß, wie viel guter Wille sich bei dieser Gelegenheit in Straßburg angespannt hat, wird es lebhaft bedauern, daß diese angestrengten Bemühungen nicht schon jetzt mit einem besseren Erfolge belohnt werden. Wir haben den patriotischen Männern, welche im Interesse der Reichslande wie des weiteren deutschen Vaterlands die Adresse betrieben haben, volle Anerkennung gethendet und ihnen Gelegenheit gegeben, ihre Auffassung geltend zu machen. Aber wir können die Politiker nur ärgern, wenn er diese Auffassung mit kühler Skepsis betrachtet. Es hat doch keinen Zweck, daß wir uns über die Lage der Dinge täuschen und, um zu angenehmen Verstellungen zu kommen, über die kennzeichnende Vergeschichte der Adresse einen vollständigen Schleier legen. Es ist vielmehr am besten, wenn wir die Dinge einfach sehen und nehmen, wie sie sind."

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, den 12. März.

* Der königlich sächsische Gesandte am hiesigen Allerhöchsten Hofe, Graf v. Hohenthal und Bergen, ist von kurzem Urlaub nach Berlin zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Gesandtschaft wieder übernommen.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

* Die Kommission für die zweite Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches soll, nach der „Post", durch Berufung neuer Mitglieder erneuert werden. Der Bundesrath dürfte sich bereits in diesen Tagen über die Berufung schlüssig machen. Der Vorsitz dürfte auf den neuen Staatssekretair im Reichs-Justizamt, Dr. Bosse, übergehen. Die Berathungen, welche am 1. April ihren Anfang nehmen, dauern zunächst bis Mitte Juli, zu welcher Zeit eine längere Sommerpause eintritt, und werden dann im Oktober wieder aufgenommen.

* Während bei mit dem Schlusse dieser Woche beginnenden und voraussichtlich mit dem Ablaufe der nächsten Woche beendeten Umzuges des kaiserlichen Patentamtes in dessen neues Dienstgebäude, tritt eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes nur hinsichtlich der Verabfolgung von Büchern ein; die öffentliche Auslegung der Patentanmeldungen und der Patentrolle, sowie die Entgegennahme neuer Gesuche und Zahlung

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Aus Budapest, 8. März, wird uns berichtet:

Der wichtigste Gesetzentwurf über die Verwaltungsreform, die Administration und Selbstverwaltung der Komitate betreffend, wurde vom Ministerpräsidenten Grafen Julius Szapary in der gestrigen Sitzung der Legislative unterbreitet. Stürmische Eljenrufe begrüßten den Ministerpräsidenten, als er den Gesetzentwurf einbrachte, weil alle Parteien einig darüber sind, daß seit den Ausgleichsgesetzen kein Gesetzentwurf von so großer Bedeutung dem Hause vorgelegt ward. Ungarn soll nämlich durch diese Reform die Gebrechen der Komitatsverfassung gründlich heilen und eine neue Verwaltungsorganisation erhalten, welche nicht mehr der Ausfluß der Lokalinteressen, sondern der der höheren Staatsinteressen sein wird.

Die Unabhängigkeitspartei freilich ist mit einer solchen Reform nicht einverstanden, weil sie jede Stärkung der Regierungsgewalt mit Mißtrauen betrachtet. Die gemäßigte Linke oder Nationalpartei unter der Führerschaft des Grafen Apponyi aber hat seit ihrer Konstituirung die Verstaatlichung der Verwaltung als ihr Programm proklamirt. Sie sollte sich mit der Regierungspartei über den Reformgesetzentwurf freuen. Doch ist ihre Stellungnahme heute noch ein Räthsel, und Apponyi bemerkte bei der Einreichung der Vorlage bloß die Worte: „wir werden den Gesetzentwurf durchlesen und dann erst wissen, ob wir denselben mit Freude begrüßen können."

Nach der letzten heftigen Fehde, welche Graf Apponyi und seine Partei mit dem Justizminister Szilagyi in der Frage der Konsulargerichtsbarkeit ausgefochten hat und in welcher der Führer der Nationalpartei — denn so nennt sich jetzt schon diese Partei — sich ganz auf den Standpunkt der Unabhängigkeitspartei stellte, was seinem politischen Renommée großen Abbruch that, ist die Annahme nicht unberechtigt, daß die Apponyi'sche Opposition auch in der Verwaltungsreform mit der Unabhängigkeitspartei zum Angriff gegen die Regierung schreiten wird, denn es dürfte ihr nicht schwer fallen in der Art und Weise der Durchführung der Verstaatlichung eine Ursache zum Opponiren zu finden. Doch ist auch das Andere nicht ausgeschlossen, daß die Nationalpartei den Regierungs-Gesetzentwurf annimmt und bloß einzelne Punkte desselben bekämpfen wird. Damals, als vor Wochen die Verwaltungsreform in einem balkanmilchen Communiqués ausführlich gekennzeichnet wurde, hat sowohl das ungarische, als das deutsche Organ der Nationalpartei ein tiefes Schweigen beobachtet, aus dem keines von beiden sich herauslocken ließ, obwar die regierungsfreundlichen Blätter dies Schweigen dahin deuteten, daß die Nationalpartei mit der Reform zufrieden zu sein scheint.

Die Unabhängigkeitspartei aber ist so entschieden gegen die Verstaatlichung der Verwaltung, daß sie sogar mit der Obstruktion droht, um nur die Durchführung der Verstaatlichung zu verhindern. Ich glaube aber, daß, wenn die Regierung auf der Unabhängigkeitspartei den eingebrachten Gesetzentwurf nicht etwas näher ansehen werden, sie sich unmöglich vor der Ueberzeugung verschließen können, daß Ungarn durch diesen Gesetzentwurf auf dem Gebiet der Administration einen ebenso großen Schritt vorwärts machen kann, als es durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen auf verkehrspolitischem Gebiete gemacht hat. Und da wird es doch Manchen unter ihnen in ihrer Seele bange werden, sich aus Parteipolitik zum Werkzeug der Verhinderung solchen Fortschrittes hinzugeben. Die Gentry auf dem Lande war schon zu jener Zeit, als noch Baron Paul Sennyey an der Spitze der konservativen Opposition stand, für die Verstaatlichung der Verwaltung. Ich hatte zu jener Zeit öfters Gelegenheit, in solchen Kreisen die Ansicht zu hören: „Wir können das Komitatswahlsystem unmöglich aufrecht erhalten, denn so werden wir nie tüchtige Beamte haben, weil wir immer unsere herabgekommenen Leute zu Stuhlrichtern, Notaren und dergleichen wählen, und dann ist es kein Wunder, daß die Waffengelder verschwinden."

Der kleinere Landmann ist in rein magyarischen Gegenden meistens für die Aufrechterhaltung der Wahlen, weil er jedes politische Recht hochschätzt, und es auch eine Thatsache ist, daß die Wahlen in solchen Fällen, wo der Familiennexus nicht überwiegt, größtentheils zur allgemeinen Zufriedenheit ausfallen. Doch bricht sich auch in diesen Kreisen immer mehr die Ueberzeugung Bahn, daß die Unabhängigkeitspartei mit ihrer Behauptung: die von der Regierung ernannten Beamten werden das Volksinteresse nicht so zu fördern wissen, als die gewählten Beamten — nicht ganz im Recht ist, weil gerade jene Zweige der Verwaltung, die am ersten verstaatlicht wurden, wie der Sicherheitsdienst, das Bauwesen, Verkehrswesen, den größten Aufschwung bekunden und zur wenigsten Klage Anlaß geben, wohingegen die unter dem Komitatseinfluß gebliebenen Angelegenheiten gar so sehr verwahrlost sind.

Die Agitation der Unabhängigkeitspartei gegen den Gesetzentwurf findet also keinen besonderen Anklang auf dem Lande. Und die ganze künstliche Mache der Herren Irany und Helfy, eine Massen-Petitionsfluth gegen den Regierungsentwurf loszulassen, fällt sehr kümmerlich aus. Die Regierungspartei dagegen ist von freudigem Schaffensdrang getragen und von unerschütterlichem Vertrauen zur Regierung, die bereits so große Verdienste sich erworben. In dem Bewußtsein, daß durch die Verwaltungsreform Ungarn in politischer, kultureller und volkswirthschaftlicher Beziehung erstarken wird, ist die Durchführung derselben im Voraus gesichert.

Frankreich.

Aus Paris unter dem 9. März wird geschrieben:

„Der bereits telegraphisch gemeldete Rückkritt des Senators Edouard Bocher von der Leitung der Angelegenheiten des Grafen von Paris giebt der hiesigen Presse vielfach Veranlassung, ihre Spalten mit mehr oder weniger schlechten bon mots über den „armen" Prätendenten, insbesondere über sein Boulangistenabenteuer zu füllen. Da dieses letztere noch in Zedermanns Erinnerung sein dürfte, lohnt es wohl kaum der Mühe, noch ein Wort darüber zu verlieren; hingegen entbehren die Mittheilungen des „Gaulois" über das „Haus des Fürsten" nicht ganz des akuten Interesses. Nach diesem hochroyalistischen Blatte hat der Graf von Paris die Dienstleistungen einer gewissen Zahl von Freunden, die sich ihm zur Hülfe in seinen vielfachen und schweren Sendung angeboten haben, angenommen und er hat sie in die verschiedenen Zweige der Verwaltung der monarchischen Partei je nach ihrer verfügbaren Zeit, ihrem Geschmacke und ihren Fähigkeiten eingereiht. Zwölf unter ihnen liegen dem Ehrendienste bei seiner Person ob. Es sind dies Herzog de la Trémoille, Graf d'Haussonville, Marquis Bernard d'Harcourt, Emanuel Bocher (Sohn), Aubry-Vitet, Marquis Pauleyer, Marquis de Ganay, Marquis de Lastevrie, Baron de Chabaud, La Tour, Graf Olivier de Bondy, Saint-Marc Girardin. Diese Herren haben weder Titel noch Pension. Sie verbringen der Reihenfolge nach einige Zeit bei dem Grafen von Paris, als Freunde, die Sorge tragen, ihm die Verbannung zu versüßen. Sie begleiten ihn auf seinen Reisen. Sie empfangen seine Besuche, führen Sie bei ihm ein u. s. w. Der Prätendent hat einen früheren Beamten, den die Republik seiner Gesinnungen halber seines Amtes entsetzt hat, Herrn Camille Dupuis, zum Sekretair. Herr Dupuis ist der arbeitslustigste, einsichtigste, pünktlichste und treueste Mensch der Welt. Als Schatzmeister fungirt bei dem Prinzen Capitain Morbain, Grossier des Jägerforps, der älteste und bewährteste Diener des Grafen von Paris und des Herzogs von Chartres. Er ist seit 1856 bei dem Prinzen.

Unter der Oberleitung von Herrn Bocher stehen zwei Bureaux in Paris. Das eine hat die Erledigung der Wahlangelegenheiten, was nicht wenig sagen will, an seiner Spitze steht Herr Dufeuille, dem als Mitarbeiter Herr Adrien Maggiolo zur Seite steht. Das andere leitet der Marquis de Beauvoir, ein Jugendfreund des Grafen von Paris, ein Diplomat aus der Schule Décazes'. Diesem Bureau sind vorzugsweise die persönlichen Angelegenheiten des Prinzen anvertraut, der Verkehr mit der französischen Presse und den Vertretern der auswärtigen Zeitungen. Im zur Seite steht Graf von Cheylu, der Sohn des einstigen Ministers Ludwig Philipp's. Eine intime Ideengemeinschaft hat allezeit zwischen Herrn Bocher und seinen jüngeren Mitarbeitern bestanden, welche alltäglich Rue de Varenne mit ihm über Alles, was die monarchische Sache betraf, konferiren kamen. Wöchentlich einmal vereinigt sich gleichfalls unter dem Vorsitze von Herrn Bocher der Aktionsausschuß, bestehend aus den Herren Graf d'Haussonville, Mis. d'Harcourt, General de Charette, Ferd. Duval, Calla, General Humann, Marquis de Beauvoir, Eugen Duseuille. Endlich versammelte Herr Bocher, immer unter seinem Vorsitze, so oft der Graf von Paris es für nöthig fand, den großen Rath um sich, dem Herzog Larochefoucauld-Doudeauville, Herzog de Broglie, Herzog d'Audiffret-Pasquier, Edouard Hervé, Ferdinand Duval und de Cazenove de Pradine angehörten.

Die republikanischen Blätter erklären den Rücktritt Bocher's, des alten Faktotums des Hauses Orleans, als einen Akt der Entsagung, des Verzichts auf die Erfüllung der monarchischen Hoffnungen und als Tadel gegen den Grafen von Paris selbst. Zum Nachfolger soll nun in „Rüstestand getretenen" Senators wird wohl allem Anscheine nach, so fast mit Sicherheit, der heute von hier zur Einholung von Instruktionen abgereiste Graf Othenin d'Haussonville ernannt werden, doch ist bis zur Stunde noch kein Entschluß darüber gefaßt."

Dänemark.

† **Kopenhagen**, 8. März. Im Landsthing fand am Freitag die dritte und letzte Berathung des von der Regierung vorgelegten Zollgesetzes statt. In derselben brachte die „agrarische" Minderheit des Ausschusses, die Rechtsmitglieder Graf Frijs und Breinholdt, ihren angekündeten Vorschlag eines Zolls auf Talg im Betrage von 4 Oere pro Pfund, und auf Oleomargarine zu 6 Oere pro Pfund ein. Diese Zölle wurden aber, obwohl der Finanzminister den Vorschlägen beitrat, ebenso verworfen, wie der dritte, daß die Schiffsabgaben erst dann aufgehoben werden sollten, wenn der Freihafen in Gebrauch genommen wäre. Dieser letzte Vorschlag würde, wenn angenommen, der Staatskasse etwa noch bis 1895 eine große Einnahme gesichert haben. Die Kammer hatte indeß in die Beibehaltung des Kohlenzolles nur unter der allgemeinen Bedingung gewilligt, daß die Aufhebung der Schiffsabgaben erfolge, und der Minister mußte das anerkennen. Seiner früheren Ankündigung entsprechend, gab der Finanzminister

Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.

Berlin, den 12. März 1891.

Thermidor.

-t. „Das Ende der Schreckenszeit in szenischen Illustrationen dargestellt von Victorien Sardou." Wenn der Titel des vielberufenen Theaterstückes also gelautet hätte, so hätte der Meister der virtuosen Bühnenmache zu manchem Anderen, was an seinem Schaustück anerkennenswerth ist, sich noch das Verdienst erworben, gleich den zutreffenden Gesichtspunkt für dessen Beurtheilung angedeutet zu haben. Ein Drama im strengeren Sinn des Worts ist „Thermidor" nicht, namentlich kein historisches Drama von jener Art, wie Schiller oder Shakespeare geschichtliche Dramen zu gestalten vermochten. Nimmermehr wird bei Sardou uns zu Muthe, als „lähen wir die ungebeueren Bücher des Schicksals vor uns aufgeschlagen", keine Spur jenes tiefen Erfassens des Geistes der Geschichte, welches die Gegensätze der Menschheitsentwickelung, zum Kampf auf Leben und Tod gewappnet, in ihrer Gleichberechtigung aufeinanderstoßen läßt, nichts von jenen gewaltigen Leidenschaften, in welchen Menschengröße sich vermißt, den Kampf mit dem übermächtigen Schicksal herauszufordern!

Ohne Hippolyte Taine's Origines de la France contemporaine wäre Sardou's Stück nicht geschrieben worden. Die Methode der aktenmäßigen Schilderung der für die Zustände der französischen Hauptstadt während der Jakobinerherrschaft charakteristischen Szenen ist bei Taine bereits vorgezeichnet. Sie unterscheidet sich bei beiden Darstellern eben nur so, wie sich das Buch von der Bühne unterscheiden muß. Und das Fazit, bei dem Einen offen ausgesprochen, bei dem Andern durch den Gesammteindruck der Schilderungen angekündigt, ist wiederum bei Beiden dasselbe: eine große, aber alles Gemeinsinnes und aller Ideen baare, darum auch des öffentlichen Muthes entbehrende Mehrheit der Bevölkerung läßt sich widerstandslos niedertreten, plündern und hinwürgen von einer handvoll Schufte und Fanatiker, deren Macht einzig und allein auf dem Beifallsgebrüll der Kanaille, auf der Seelenangst der „Gemäßigten" beruht.

Daß Sardou die Pfeile seiner Satire nur gegen Robespierre und die eigentlichen Terroristen richtet, dagegen im Munde der vornehmsten Träger der dramatischen Handlung die Danton und Camille Desmoulins als „gute Revolutionaire" gelten läßt, ist eine Finte, darauf berechnet, den voraussgesehenen Muthausbruch der Radikalen einigermaßen abzulenken. Der politische Geist des Sardou'schen Stückes ist durchaus anoien régime oder wenigstens, es ist die Kritik des Ordnungsmanns quand même an Zuständen, welche herbeigeführt sind durch die Entfesselung der Volksleidenschaft.

Aus dieser Charakteristik ergeben sich zur Genüge die Gründe der lärmenden Opposition, auf welche „Thermidor" in Frankreich gestoßen. Aber was wird Berlin sagen? was ist uns Hekuba? was gehen uns die französischen Parteiungen des Jahres 1794 an?

Nicht mehr so viel wie vor vierzig, fünfzig Jahren, aber doch wäre es entschieden unrichtig, zu behaupten, daß an der beifälligen Aufnahme, welche Sardou's Schauspiel im Lessing-Theater gefunden, die politische Tendenz nicht auch ihren Antheil gehabt habe. Die Nachricht vom Sturz Robespierre's verbreitete sich auch an, welche Wirkung das neue Zollgesetz mit dem in der zweiten Behandlung ihm gegebenen Inhalte für die gesammte finanzielle Stellung haben würde. Unter der Annahme, daß der Austernzoll beschlossen würde, sagte er, träte eine Minderung der Gesammteinnahmen im Betrage von 166 000 Kronen ein, ohne jenen Zoll aber von 186 000 Kronen. Als dann die Verhandlung über die große Vorlage zu Ende ging, erklärte das Mitglied der Linken Pedersen, daß er für den Uebergang des Gesetzes an das Volksthing stimmen wollte in der Erwartung, daß es dort „wesentlich geändert würde"; er hätte aber nicht viel Hoffnung, es in diesem Jahre wieder zu sehen. Der Wortführer der Mehrheit, Prof. Matzen, hoffte dennoch, es aus dem Volksthing, wenn auch etwas verändert, so doch in der Gestalt zurückkehren zu sehen, daß es für das Landsthing annehmbar wäre. Bisher wäre das allerdings nie geschehen; er würde es aber bei dem großen Einfluß, den ein Zollgesetz auf die ganze volkswirthschaftliche Entwickelung hätte, beklagen, wenn es auch diesmal nicht geschehe. Schließlich erklärte er unter dem Beifall der Kammer, daß, wenn auch diesmal die Zollreform mißglücken sollte, er wünschen müßte, daß weitere Versuche aufgegeben werden, damit die Gewerbtreibenden mit Ruhe auf Grundlage der bestehenden Zollgesetze arbeiten könnten.

Das Volksthing ist bei seiner dritten Berathung des Finanzgesetzes, nachdem die Budgets der Ministerien des Innern und der Justiz erledigt waren, zu dem des Kultusministers gelangt. Hier waren es die verschiedenen Unterstützungssummen für Schriftsteller und Künstler, und unter diesen wieder besonders die von sieben Männern der Linken für den Dr. Georg Brandes begehrte, welche die hohe Versammlung lange Zeit beschäftigten. Brandes' Thätigkeit wurde weitläufig besprochen und nicht bloß von Männern der Rechten, Prof. Scharling und Dinesen, sondern auch von einzelnen aus der Linken als mehr schädlich, denn nützlich bezeichnet. Der Kultusminister Scavenius erkannte Brandes' Bedeutung willig an, bedauerte indeß die frivolen Angriffe auf das, was Vielen heilig. Der beantragten Unterstützung wollte er sich, wenn sie beider Kammern Zustimmung fände, nicht widersetzen. Die Entscheidung über die schwierige Frage wäre dadurch noch erschwert, daß Brandes' Freunde ihn gleichsam auf ein Piedestal gehoben hätten, indem sie unbeauftragt den Antrag stellten, während Brandes selbst hätte kommen müssen. Mit 52 gegen 25 Stimmen ward schließlich die Unterstützung bewilligt; Einzelne von der Linken stimmten mit der Mehrzahl der Rechten gegen den Antrag; Mehrere von der Linken enthielten sich des Stimmens.

Das Finanzgesetz ist gestern noch vom Volksthing erledigt und an das Landsthing geschickt worden. Die Unterbilanz ist von der Mehrzahl um mehr als 3 Millionen gekürzt.

Der betreffende Ausschuß des Volksthings hat gestern die Vorlage über die Herstellung eines Freihafens und Aufhebung der Hafenabgabe einstimmig angenommen. Dieses Unternehmen ist also gesichert.

„Dagbladet" schreibt heute halbamtlich: „Wie wir erfahren, ist gestern ein größeres Einverständniß zwischen der Regierung und Abgeordneten sowohl von der Rechten, wie von der „bänischen Linken" beider Kammern über Durchführung einer Reihe wichtiger Gesetzgebungsfragen erreicht worden. Welche Ausdehnung die getroffenen Abreden haben, läßt sich noch nicht mit Sicherheit sagen; aber es wird vermuthet, daß Aussicht eröffnet sei zur Annahme des Freihafens und der Aufhebung der Schiffsabgabe, des Armengesetzes und eines Gesetzes über Altersversorgung mit einem Staatszuschuß von 2 Millionen Kronen, einer Biersteuer von 7 bis 10 Kronen pro Tonne, des Zuckergesetzes u. a. m."

Schweiz.

Neuerdings beschäftigt die Frage, welche Vorsorge die Schweiz für den Fall eines Krieges zur Aufrechthaltung ihrer Neutralität zu treffen hätte, die schweizerischen Journale. Die Gotthardbefestigung vermag Militairs und Politiker noch nicht zu beruhigen. Schon letztes Jahr hatte der Vorsteher des Militairdepartements, Bundesrath Hauser, im Nationalrathe die Befestigung von St. Maurice im Rhonethal (Kanton Wallis) als nothwendig erklärt. Daß die Schweiz ihre Südgrenze gegen Ueberraschungen zu sichern bemüßigt ist, spricht dafür, daß sie gegen Italien großes Mißtrauen hegt, und insbesondere haben die jüngsten Vorgänge in Paris, welche neuerdings die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich erkennen ließen, die schweizerischen Blätter veranlaßt, die Frage zu erörtern, in welcher Weise die Schweiz bei Ausbruch eines Krieges in Mitleidenschaft gezogen werden könnte. Dabei kamen vor Allem die Operationen der mit Deutschland und Oesterreich verbündeten italienischen Armee zur Sprache. Nach dem Winterkurer „Landboten" stehen dem italienischen Heere zum Stoß gegen Frankreich und zur eventuellen Besetzung mit den deutschen Streitkräften drei Haupt-Operationslinien zur Verfügung, nämlich: 1. Turin-Susa-Mont-Cenis-Chambéry, 2. Mailand-Domo d'Ossola-Simplon-Lausanne-Pontarlier-Dijon, 3. Mailand-Gotthard-Luzern. Die fürzeste von diesen Linien ist die Gotthard-Route, sie ist aber durch die dort angelegten Befestigungen gesperrt. Aus diesem Grunde soll auch der französische Generalstab der Ansicht sein, daß in einem Kriege zwischen Italien und Frankreich der Simplon als Haupt-Operationslinie benutzt werden dürfte. Den Weg über den Mont-Cenis dürften die italienischen Streitkräfte wegen der dortigen französischen Festungen kaum benutzen können. Um so verlockender wäre für die italienische Armee der Simplon. Durch eine schnelle Truppenentfaltung am Gotthard könnten die Italiener im Rhonethale zwar in die Flanke bedroht werden, allein in dem schmalen Thale würde es nicht besonders schwer sein, einen solchen Angriff zu entkräften. Darum erscheine die Sperrung des Rhonethales bei Saint-Maurice absolut nothwendig. Das genannte Blatt meint, die Schweiz dürfe noch aus einem besonderen Grunde das Rhonethal nicht offen lassen, denn der französische Generalstab die Ueberzeugung erlangen würde, daß die Schweiz nicht im Stande ist, das Eingangsthor bei St. Maurice zu verschließen, so könnte er in Versuchung kommen, einen Vorstoß über den schweizerischen Jura zu machen, um einen Keil zwischen die italienischen und deutschen Streitkräfte zu treiben. Der Marsch der Oesterreicher aus Italien durch den Kanton Wallis gegen die linkende Macht Napoleon I. zeige der Schweiz, was im Drange der kriegerischen Ereignisse wieder geschehen könnte. Der Winterthurer „Landbote" bezeichnet daher die wirksame Sperrung des Rhonethales bei St. Maurice als dringlichste Aufgabe der schweizerischen Militairverwaltung.

Serbien.

Der ehemalige serbische Ministerpräsident Garaschanin hat an den Grafen von Takowo (König Milan) auf dessen Schreiben vom 4. ds. einen Antwortsbrief gerichtet, welcher, dem „N. W. T." zufolge, nachstehenden Wortlaut hat:

„Mein Herr! Ihren Brief, aus Wien vom 4. März an mich gerichtet, habe ich erhalten. Ich beabsichtige nicht, Ihnen Lektionen über Anstand und Höflichkeit zu ertheilen; diesen Mangel hätte seinerzeit eine bessere Erziehung ersetzen sollen. Von einem Grafen konnte mehr Kenntniß der Anstandsregeln vorausgesetzt werden, als Sie in Ihrer letzten literarischen Elukubration gezeigt haben. Daß Souveraine stets gewissen Eventualitäten dehutsam ausweichen, kommt daher, weil solche Eventualitäten ebenso für Grafen wie für die übrigen Leute von unter Erziehung bedürfend sind. Ich lasse diese Mühe der Seite, weil es mir scheint, daß sowohl ich, als auch Sie die Jahre überschritten haben, wo noch Aussicht auf Erfolg möglich wäre. Dagegen erachte ich es für nothwendig, Sie von einem Irrthum zu befreien, in welchem Sie mit einer gewissen Berechnung befangen zu sein scheinen. Ihre Meinung über mich ist mir ganz gleichgültig; wenn sie schlecht ist, beträbt sie mich nicht, wenn gut, so kann dies mir auch nicht schmeicheln. Ich setze auch bei Ihnen dieselbe Gleichgültigkeit über mein Urtheil voraus. Es ist also nicht der Mühe werth, weiters darüber zu sprechen, um so weniger, weil ich Anstoß nehme, Ausdrücke aus Ihrem ungewöhnlich wortreichen Wörterbuche zu schöpfen, die außerhalb meiner Erstehung gelegen sind. Doch muß ich bei diesem einen Ihrer falschen Begriffe richtig stellen, der bei all' seiner Dehnbarkeit dennoch befürchten läßt, bei Ihren gewaltsamen Dehnungsversuchen aus Ihren Händen zu schnellen und Sie selbst mit voller Gewalt ins Gesicht zu treffen! Die „Wahrheit ist, daß Helene Knicanin eines Morgens in Belgrad erkrankt, und später Helene Markovics in Pozarevac erdrosselt aufgefunden wurde."

Mein Herr! Diese Erscheinungen scheinen Ihnen heute wunderbar und unklar; Sie verlangen Aufklärung. Deshalb stelle ich Ihnen hier bereitwilligst Daten zur Verfügung, deren Glaubwürdigkeit ich verbürge. Alle wegen des bekannten Attentats Verhafteten wurden sofort ohne vorherige Polizeiverhörung direkt vor das ordentliche Gericht gestellt. Die Untersuchung führte ein Richter erster Instanz mit Gerichtsadjunkten unter. Aufsicht eines Mitgliedes des Kassationshofes. Das ist ein Faktum. Sämmtliche Untersuchungshäftlinge waren in der Belgrader Festung internirt und von der Gendarmerie, welche meinen Befehlen unterstand, bewacht. Während dieser Zeit ist Niemandem ein Leid widerfahren. Kurz darauf wurde die Gendarmerie auf Befehl des Königs durch aktives Militair, über welches ich als Minister des Innern nicht disponirte und auch nicht disponiren konnte, abgelöst. Ist nun auch die Thatsache „Wahrheit", daß Helene Markovics todt aufgefunden wurde, nachdem sie vom Landesgerichte zum Tode verurtheilt, durch die Gnade des Herrschers zu zwanzigjähriger Kerkerstrafe begnadigt und an die Pozarevacer Strafanstalt, welche außer dem Bereich meiner ministeriellen Macht lag, abgegeben worden war, so ist auch dies Faktum eine Wahrheit, daß auch Helene Knicanin in der Belgrader Festung eines Morgens erhenkt aufgefunden wurde, aber zur Zeit der gerichtlichen Untersuchung und unter militairischer Bewachung stehend, zu einer Zeit, als ich weit außerhalb Serbiens in Südfrankreich auf Urlaub weilte. Das ist ebenfalls ein Faktum . . . Wahr ist ferner auch, daß gleichzeitig auch ein Soldat, der Nachts Schildwache bei den Häftlingen stand, getödtet wurde, daß aber durch die Untersuchung der Militairbehörde konstatirt wurde, daß dieser Tödtung kein Verbrechen zu Grunde liege. Auch das ist ein Faktum; das, mein Herr, sind die von mir zur Verfügung gestellten Daten, für die ich hafte!

Allerdings beweisen diese Daten nichts Besonderes, aber ich gestehe, daß sie auch mit Ihrer Ansicht nicht kollidiren werden, daß es möglicherweise Jemanden in Serbien gegeben habe, der Willen, Macht und Belieben gehabt hätte, zu befehlen, daß Weiber in den Staatsgefängnissen erdrosselt werden ohne Rücksicht darauf, ob ich als Minister im Dienste oder beurlaubt war, ohne Rücksicht darauf, ob diese Weiber sich in den Händen der mir als Minister unterstellten Organe oder solcher Organe befinden, über welche sich meine ministerielle Gewalt nicht erstreckte.

Uebrigens werden Sie jedenfalls zugeben, daß zur Vollbringung einer solchen Monstrosität eine viel größere Macht als die eines Ministers erforderlich war. Aber wissen Sie, mein Herr, nicht etwa glauben, ich wolle jede Verantwortung von mir abwälzen, will auch ich einen Theil der Verantwortlichkeit übernehmen, indem ich eingestehe, daß mich thatsächlich eine ungewöhnlich große Schuld trifft, weil ich einfältig genug war, an Selbstmorde zu glauben, und unterlassen habe, sorgfältiger nach dem Vorgänger des Bauchaufschlitzers „Jack" zu fahnden. Hätte ich einmal Zeit dies gethan, so enthielt heute die Nothwendigkeit so unangenehmer öffentlicher Aufklärungen. Aber auch Sie, mein Herr, werden einen Theil der Verantwortlichkeit übernehmen müssen, weil Sie bis jetzt darüber geschwiegen. Hätten Sie rechtzeitig gesprochen, wäre der damalige Herrscher nicht der Unannehmlichkeit ausgesetzt gewesen, mich nach einem Jahre als Ministerpräsidenten, den damaligen Justizminister zum Präsidenten des Kassationshofes und jenes Mitglied des Kassationshofes, welches die betreffende Untersuchung leitete, später zweimal ins Kabinet als Justizminister aufnehmen zu müssen. So viel, mein Herr, über das in Ihrem Briefe berührte Geheimniß.

Zum Schlusse erachte ich es für nöthig, Ihnen zu bemerken, sich mit mir in keine weiteren Korrespondenzen einzulassen. Es ist nothwendig, Ihnen zu sagen, daß ich Ihnen Solches verbiete, denn, obwohl Sie in Ihrem Briefe erwähnten, dies sei Ihr letztes Wort, so muß ich — nachdem ich sehr gut weiß, welches Gewicht Ihrem Worte, das nach Bedarf zu verpfänden pflegen, beizulegen ist — dennoch diese Erinnerung als durchaus nicht überflüssig bezeichnen. M. Garaschanin m. p."

Einem Belgrader Telegramm der „Köln. Ztg." zufolge hat der Staatsanwalt gegen Garaschanin in Folge der von König Milan erhobenen Beschuldigung bereits die Klage angestrengt. Der Exminister erklärt, er sei im Besitz eines eigenhändigen Briefes, welchen Garaschanin an seine an dem Mordversuch der Markowisch mitschuldige Verwandte Lenka Knitschanin geschrieben, die später auch im Gefängniß erdrosselt gefunden wurde. In diesem Briefe sagt angeblich Garaschanin wörtlich: „Ich freue mich, daß du Jemanden gefunden hast, der die That verübt, und bedaure nur, daß es ein Weib ist. Möge ihre Hand nicht zittern." Der Brief war mit G. unterschrieben, kurz vor dem Mordversuch datirt und wurde unter den Papieren der Ermordeten aufgefunden.

Reichstags-Verhandlungen.

86. Sitzung vom 11. März. 2 Uhr.

Die heutige Sitzung ist den Berichten der Petitionskommission gewidmet.

Die Petition der Vereine zur Wahrung der Interessen des Viehhandels zu Dresden, Leipzig, Magdeburg, Berlin und Köln verlangt die Aenderung der Frachtberechnung für die Beförderung lebenden Viehes auf Eisenbahnen. Bisher muß auch unbenutzter Raum mitbezahlt werden, wenn statt des verlangten kleineren Wagens nur ein größerer, oder bei Extrazügen von Schafen statt des verlangten Etagewagens, der zufällig nicht disponibel ist, nur zwei einfache Wagen gestellt werden können.

Abg. Klemm, der die Petition überreicht hat, ist über diesen Erfolg sehr erfreut, der sogar schon in nächster Zeit ein wenig in der Praxis zu bemerken sein wird: bei der Stellung von einfachen statt Etagewagen wird der Frachtsatz nächstens ermäßigt werden. Freilich ist noch mehr zu wünschen: nämlich das System der Frachtberechnung nach einem allgemeinen Gewichtssatz oder nach Grundlagen, welche in jedem einzelnen Fall bei der Verladung des Viehs die Annahme eines allgemeinen Gewichtssatzes zulassen. Die Sache ist wichtig. Es handelt sich um die Verborgung des Publikums mit Fleisch durch einen möglichst leicht funktionirenden Apparat und im Interesse der Viehzüchter und Landwirthe um die möglichste Ausnutzung der Transportanstalten, damit sie ihr Absatzgebiet leicht erweitern. Also beide, das berühmte Agrarierthum wie die Industrie, d. h. die Konsumenten müssen sich für die Tendenz der Petition und ihren Erfolg interessiren. (Beifall.)

Das Haus überweist sie einstimmig den verbündeten Regierungen zur Erwägung.

Die Dortmunder Union petitionirt um Rückzahlung von gesetzwidrig erhobenem Roheisenzoll im Betrage von 140 000 ℳ.

Die Kommission beantragt, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Referent Abg. Goldschmidt: Die Petition hat schon zweimal das Haus beschäftigt. Die Kommission hat jetzt den früheren Beschluß, die Petition

Aus Berlin.

br. (Sterblichkeits- und Gesundheitsverhältnisse.) Gemäß den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamts sind in der Zeit vom 22. bis 28. Februar cr. von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 20,5, in Breslau 28,7, in Königsberg 21,4, in Köln 22,7, in Frankfurt a. M. 24,5, in Wiesbaden 18,2, in Hannover 22,6, in Cassel 20,5, in Magdeburg —, in Stettin 26,4, in Altona 27,5, in Straßburg 27,1, in Metz 22,2, in München 26,3, in Nürnberg 24,3, in Augsburg 44,1, in Dresden 17,1, in Leipzig 17,3, in Stuttgart 30,8, in Karlsruhe 26,4, in Braunschweig 19,3, in Hamburg 22,8, in Wien 24,9, in Budapest 29,5, in Prag 31,5, in Triest 37,9, in Krakau 37,7, in Basel —, in Amsterdam 26,3, in Brüssel 31,4, in Paris —, in London 23,7, in Liverpool 22,7, in Glasgow 27,9, in Dublin 29,4, in Edinburg 24,6, in Kopenhagen 17,9, in Stockholm 23,6, in Christiania 14,5, in Petersburg 31,1, in Warschau 27,9, in Odessa 22,4, in Rom 29,9, in Turin 26,1, in Venedig 38,2, in Alexandria 39,3. — Ferner in der Zeit vom 1. bis 7. Februar in New-York 23,1, in Philadelphia 19,7, in Baltimore —, in Kalkutta 37,2, in Bombay 24,5, in Madras 37,2. — In der Berichtswoche hat sich der Gesundheitsstand in Berlin wieder günstiger gestaltet, und auch die Sterblichkeit hat abgenommen. Zwar kamen noch immer akute Darmkrankheiten, Darmkatarrhe und Brechdurchfälle, in großer Zahl zum Vorschein, doch zeigte die Zahl der durch dieselben bedingten Sterbefälle eine erhebliche Abnahme (sie sank auf 104 von 160 der Vorwoche). Das Säuglingsalter betheiligte sich etwas weniger stark an der Gesammtsterblichkeit; es starben von je 10 000 Einwohnern, aufs Jahr berechnet 84 Säuglinge. Dagegen traten akute Erkrankungen der Athmungsorgane wieder häufiger zu Tage und endeten auch in einer gesteigerten Zahl von Fällen tödtlich. — Das Auftreten der Infektionskrankheiten blieb meist ein seltenes. Erkrankungen an Masern kamen nur vereinzelt, an Scharlach in beschränkter Zahl zur Meldung und in keinem Stadttheil in nennenswerther

im Parquet ein Gefühl frei aufathmender Freudigkeit, ähnlich wie auf der Bühne. Doch wollten wir nicht mäkeln, wenn Jemand behaupten wollte, dieses Gefühl sei weniger aus einer politischen Sympathie hervorgegangen, als aus der Sympathie der Menschlichkeit gegenüber den Unmenschen der Guillotinenherrschaft. Jedenfalls ist die Zeit vorüber, wo das radikale Pathos eines Heine und Börne mit dem Namen des „unbestechlichen Maximilian" und mit dem Schrecken des „Wohlfahrtsausschusses" deutsche Ohren kaptivirten konnte.

Im Großen und Ganzen ist es aber doch vorzugsweise der Bühnenkünstler Sardou gewesen, der mit Hülfe der vorzüglichen schauspielerischen Kräfte des Lessing-Theaters und der nicht minder vorzüglichen Regie des Herrn Anno den Erfolg davongetragen hat. Allerdings wird oft mit recht groben Mitteln gewirkt, und mehrere der glänzendsten Effekte verrathen einen bedenklichen Stich ins Melodramatische. Aber, wenn irgendwo, so ist gerade bei diesem Stoff eine solche Behandlung durch die Natur der Sache selbst herbeigeführt, beinahe entschuldigt. Eine streng realistische Wiedergabe der Vorgänge einer Zeit, in welcher hypnotische Verdumpfung und konvulsivische Erregtheit in seltsamen Kontrasten durcheinanderspielten, leitet unbermerkt zu dem Styl, welcher Sardou's jüngstes Produkt kennzeichnet.

In der Berechnung der Bühneneffekte, in dem, wenn auch wohl allzu lärmenden und gar ein bischen zwecklos polternden, aber außerordentlich wirksamen Arrangement der Aktschlüsse zeigt der Franzose eine überlegene Virtuosität. Prächtig geriethen die Volksszenen, Alles voller Lebendigkeit und besonders reizend durch die exakte Kostümtreue.

Die Liebesgeschichte zwischen dem Offizier Martial Hugon und der aus ihrem Klosterasyl vertriebenen Fabienne Lecoulteux, welche sich durch die Schilderung des Terreur im Haus und auf der Straße hindurchzieht, ist ziemlich banal äußerlich, mehr Rhetorik als Poesie, mehr mit dem Kopf als mit dem Herzen gearbeitet. Doch fehlen auch dieser Darstellung nicht die glücklichen Momente.

Schon in diesem Verhältniß war es begründet, daß der Liebhaber und die Geliebte (Herr Ranzenberg und Frau Petri) mit ihren Leistungen nicht an erster Stelle stehen konnten. In

zur Erwägung zu überweisen, dahin erweitert, sie zur Berücksichtigung zu überweisen. Sie hält die Beschwerde für vollkommen gerechtfertigt. Der Kommissar hat in der Kommission erklärt, daß der Anspruch der Petentin vollamtlich nicht festgestellt sei, aber die Petentin hat einen amtlichen Nachweis erbracht, in welchem diese Feststellung vorliegt und den sie auch den Akten des Falles niederlege. Die Petentin hat 1½ Millionen Kilogramm ausländischen Roheisens in Form von Fabrikaten wieder ausgeführt. Mit dieser Feststellung erschien der Kommission der Antrag auf Rückzahlung des Zolles von 1 ℳ pro Kilogramm, in Summa also 140 000 Mark, gerechtfertigt.

Abg. Müller (nl.): Die Dortmunder Union ist in einer Weise geschädigt worden, wie es selten vorkommt; sie hätte ihre Ansprüche mit gutem Recht noch höher stellen können. Sie hat sich aber bereit erklärt, um die Sache zu Ende zu führen, die Summe anzunehmen, welche von der Zollverwaltung festgestellt ist. Der Regierungsvertreter hat in der Kommission ohne jeglichen Nachweis die Behauptung aufgestellt, daß er nicht in der Lage sei, zu sagen, ob die in der Kommission niedergelegten Zahlen absolut richtig sind. Jetzt ist vom Referenten das Originalprotokoll überreicht worden und alle Zweifel sind vollständig gelöst. Ein besonderes Wohlgefallen hat die Provinzialsteuerdirektion ist nach zwei Jahren von Berlin aus als irrthümlich bezeichnet worden, und die Petentin wurde zur Nachzahlung des Zolles gezwungen. Als aber der Bundesrath vollständig klargestellt hatte, daß diese Berliner Entscheidung unrichtig sei, wurde seitens der obersten Steuerbehörde dieser obrigkeitlichen Entscheidung jede rückwirkende Kraft abgesprochen. Meine Freunde werden jetzt sämmtlich für die Rückzahlung von Neuem eintreten, und daß hohe Haus wird sich hoffentlich der Petentin anschließen.

Abg. Hultzsch (dkons.): Ich kann gleichfalls nur bitten, daß das Haus dem Vorschlage der Kommission beitritt. Aus der Verhandlung in der Kommission habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß der Petentin volle Gerechtigkeit zur Seite steht. Ich befinde mich in dieser Beziehung in vollem Einklang mit meinen Freunden, die nach wie vor für den Beschluß der Kommission eintreten werden, und ich hoffe, daß dies auch auf anderen Seiten des Hauses der Fall sein wird.

Abg. Hammacher: Es sprechen in der That durchschlagende Gründe für den Kommissionsbeschluß, die auch den Bundesrath von der Gerechtigkeit der Sache überzeugt haben. Das Verfahren der Steuerbehörde steht weder mit den Gesetzen noch mit der Billigkeit im Einklang. Besonders charakteristisch ist noch folgender Umstand: Es wird die Bedauptung aufgestellt, daß die Petentin, um die ungerechtfertigte Erhebung der Eingangszölle rückgängig zu machen, den Nachtweis beschreiten wolle, daß aber seitens der Ober-Steuerdirektion der Kompetenzkonflikt erhoben worden sei, und daß in Folge dessen das Verfahren eingestellt sei. Bei einer zweifelhaften Lage hätte man aber schon aus Anstandsrücksichten einer richterlichen Entscheidung nicht in die Arme greifen sollen. Man kann daraus erkennen, daß die Steuerbehörde Bedenken trägt, ihr Verfahren einer richterlichen Entscheidung zu unterstellen. Ein richterlicher Spruch wäre aber bei der vollständigen, ungerechten und ungesetzlichen Behandlung, wie sie hier vorliegt, dringend nothwendig.

Geheimer Finanzrath Schmidt: Der Erhebung des Kompetenzkonflikts mußte in diesem Falle stattgegeben werden. Es ist auch garnicht gewiß, daß die richterliche Entscheidung zu Gunsten der Petentin ausgefallen wäre. Ich muß erklären, daß die preußische Finanzverwaltung noch heute auf dem Standpunkt steht, den sie seit 12 Jahren unentwegt inne gehalten hat, daß das Verfahren gegenüber der Dortmunder Union durchaus gesetzmäßig ist und daß jedes andere Verfahren nicht möglich gewesen sein würde. Die Union konnte nicht nach Grundsätzen behandelt werden, die vor dem Jahre 1879 bestanden, oder nach solchen, die später einmal zur Geltung gelangen konnten. Gerade darauf kommt es in dieser Sache an. Die Ausführungsbestimmungen des Schlußprotokolls vom Jahre 1867, nach denen wir verfahren mußten, mußten auch der Union bekannt sein. Für die Verarbeitung des inländischen Eisens sind besondere Bestimmungen darin nicht gegeben, und daß für den Veredlungsverkehr bestimmte Eisen mußte vollständig als ausländisches betrachtet werden. Die Union durfte darüber auch garnicht im Zweifel sein. Seitens der Lokalbehörde in Dortmund, nicht seitens der Provinzialsteuerdirektion ist allerdings ein irrthümlicher Bescheid ertheilt worden, der aber nach zehn Monaten schon aufgehoben worden ist. Das nur kurze Zeit in Uebung gewesene Verfahren ist dann sofort inhibirt und das richtige Verfahren wiederhergestellt worden. Darauf erfolgten dann die verschiedenen Reklamationen. Es lag auch nicht in der Absicht des Bundesraths, die Bestimmungen zu verschärfen. Im Gegentheil, es sind ganz neue Grundsätze aufgestellt worden, und schon deshalb ist es nicht möglich, dem Beschluß des Bundesraths rückwirkende Kraft zu geben. Das Verfahren der preußischen Finanzverwaltung ist also vollständig gerechtfertigt. Anders liegt die Frage, ob aus Billigkeitsrücksichten der Petentin entgegenkommen werden konnte. Die Dortmunder Union vermag aber durchaus nicht den ihr zustehenden Anspruch genau zu fixiren. Im Jahre 1886 hat sie das verwendete ausländische Eisen auf 15 Millionen Kilogramm taxirt, dann der Steuerbehörde gegenüber auf 14 Millionen, bei der Untersuchung durch den Oberregierungsrath Walter hat sie sich bereit erklärt, mit der geringeren Summe aufreteten zu sein. In ihrer Klage hat sie das Quantum auf 16 Millionen bezeichnet und jetzt dem Reichstage gegenüber auf 15 Millionen. Also 5 verschiedene Angaben! Es ist also auch nicht möglich, aus Billigkeitsrücksichten den Wünschen der Union zu entsprechen. Den Antrag auf Berücksichtigung der Petition kann ich Ihnen deshalb keinesweges empfehlen. Ermogen ist die Sache aber schon recht häufig, zuletzt noch von der preußischen Regierung. Ich möchte deshalb anheimstellen, daß der Reichstag einem Antrage, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, nachgiebt.

Abg. Moeller (nl.) legt noch einmal dar, daß die Union mit dem, was sie gethan hat, dem entsprochen zu haben glaubte, was die Verwaltung verlangt. Die Union sei mit aller Vorsicht vorgegangen, habe das Regulativ zusammen mit dem Steuerdirektor festgestellt, und gleichwohl sei die Steuerbehörde gegen das Verfahren Einwendungen. Die Union verlange keine Berücksichtigung aus Billigkeitsgründen, sondern lediglich ihr Recht. Es sei unbegreiflich, daß die Behörde nicht vorgezogen hat, dem Rechtsweg zuzutreten.

Abg. Baumbach: Wenn der Steuerfiskus sich so sicher fühlte, wie der Regierungskommissar es darstellt, warum ließ er nicht den Zivilrichter entscheiden, sondern erhob den Kompetenzkonflikt? (Beifall.) Der Regierungskommissar beruft sich darauf, daß die Union 1887 ihren Protokoll von 1887 zugestimmt habe. Unter Widerspruch, wie sie die Steuerbehörde vollzogen hat, geht dem Bürger zuletzt auch die Geduld aus und er sagt zu Allem Ja!

Staatssekretair v. Boetticher: Zoll- wie Steuergesetzen sind nach Sage der Gesetzgebung nicht auf dem Rechtswege, sondern auf dem Verwaltungswege zu entscheiden. Wenn die Dortmunder Union nun gegen den Fiskus auf Erstattung des erhobenen Zolles klagte, so war es Pflicht der Steuerbehörde, den Kompetenzkonflikt zu erheben, um dadurch ein Präjudiz für die Zukunft zu schaffen, welches nach Lage der Gesetzgebung unzulässig ist. In dieser Beziehung trifft die Zollbehörde kein Vorwurf.

Abg. Hammacher: Es ist ein einleuchtender Unterschied zwischen der Sistirung eines Prozesses auf Grund des Kompetenzkonfliktes und dem Fall, daß der beklagte Fiskus in einem Prozesse den Einwand der Inkompetenz erhebt. Hätte die Steuerbehörde sich darauf beschränkt, die Kompetenz des Gerichtshofes zu bestreiten und wäre dann Zurückweisung der Klage erfolgt, so hätte ich die Sache nicht zur Sprache gebracht. Daß auf steuerlichem Gebiet auch richterliche Verfahren nicht Platz greift, bedauere ich.

Dem Vorschlage der Kommission gemäß wird die Petition zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber die Petition des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins in Leipzig und des deutschen Frauenvereins Reform in Weimar um Zulassung von Frauen zum Universitätsstudium, sowie um Zulassung zu den Universitätsprüfungen bezw. zum Studium der Medizin und zum ärztlichen Berufe beantragt die Petitionskommission Uebergang zur Tagesordnung. Die Abgg. Bebel und Schrader beantragen Ueberweisung zur Berücksichtigung, Abg. Harmening Ueberweisung zur Erwägung.

Abg. Schrader: Die Kompetenz des Reichs in beiden Fragen scheint mit zweifellos. Nach der Gewerbeordnung sind die Frauen ebenso berechtigt als der Mann, den ärztlichen Beruf auszuüben. Der Bundesrath hat auch eine Vorschrift erlassen sowohl über die ärztliche Prüfung selbst als über die ärztliche Vorprüfung. Das Reich hat also seine Kompetenz bereits selber ausgeübt. Nichtig ist allerdings, daß das Reich nicht in alle diejenigen Bestimmungen eingreifen darf, welche die Einzelstaaten über den Befähigungsnachweis getroffen haben. Das kommt aber nicht in Betracht. Auf Grund der Bestimmung der Gewerbeordnung wird sich schon ein Weg finden lassen, welcher den Frauen den Befähigungsnachweis ermöglicht. In Bezug auf die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium im Allgemeinen ist das Reich inkompetent in Bezug auf Elsaß-Lothringen kompetent. Nach der Prüfungsordnung des Bundesraths ist mit vollem Recht der eigentliche Schwerpunkt des Befähigungsnachweises auf die letzte Prüfung gelegt, und diese Prüfung am Krankenbett u. s. w. kann die Frau ohne Schwierigkeit ohne unter den jetzigen Verhältnissen ablegen. Anders steht es mit dem Postulat des Maturitätszeugnisses. So viel ich weiß, haben sich Gymnasien nicht bereit finden lassen, eine Frau einem Abiturientenexamen zu unterziehen. Der Besuch des Gymnasiums ist erfoderlich — zu untersetzen. Der Besuch eines ausländischen Universitäten dieselbe Berechtigung verleiht, als der Besuch inländischer Universitäten. Die Universität Zürich, den deutschen durchaus gleichartig und gleichwerthig, denn auch vielfach von Medizin studirenden Frauen besucht. Der Bundesrath könnte also in dieser Beziehung für die Frauen eine Ausnahmebestimmung treffen. Auch ständ gar nichts im Wege, daß der Bundesrath die Landesbehörden aufforderte, um jenem Reichsgesetz Geltung zu verschaffen, auch ihrerseits die Frauen zum Abiturientenexamen und in irgend einer Form zum Universitätsstudium zuzulassen. Schließlich könnten die Frauen auch in Straßburg, Metz oder sonst im Elsaß ihr Reifezeugniß erwerben. Die Bethätigung der Frauen zum ärztlichen Beruf ist jetzt allgemein anerkannt. In Deutschland, speziell in Berlin ist eine ganze Reihe weiblicher Aerzte auch erfolgreich thätig. Die weiblichen und männlichen Aerzte verkehren mit einander auf gutem Fuße, konsultiren mit einander, lurz behandeln einander als gleichwerthige Kollegen. Daß aber die Frauen in großen Zweigen der Heilwissenschaft, wie in der Behandlung von Frauen und Kindern, eine nützliche Thätigkeit entfalten können und entfalten ist zweifellos. Der Einwand, daß man den Frauen eine zu schwere Arbeit auflade, wiegt nicht schwer. Wir haben den Frauen bereits viel schwierigere Aufgaben überwiesen. Eine stark beschäftigte Schauspielerin hat mindestens einen ebenso anstrengenden und aufreibenden, ja vielleicht noch einen viel aufreibenderen Beruf als eine Aerztin. Wir können also unbedenklich den ersten Theil der Petitionen den verbündeten Regierungen zur Berücksichtigung überweisen. Gegen die Berechtigung der Frauen zum Besuch der Universitäten im Allgemeinen hat man allerlei Bedenken erhoben; man sagt, der Ton unter den Studenten sei nicht geeignet für die Frau. In Amerika und England, wo man gewiß mindestens ebenso viel auf gute Sitten hält, wie bei uns, studiren Frauen und Männer bereits zusammen, und ich habe von Professoren, die dort unterrichtet haben, gehört, daß ihnen die weiblichen Schüler ebenso angenehm sind, wie die Männer. (Heiterkeit.) Die Frauen sind in der Regel viel fleißiger. Auch der Frühschoppen und die Mensur spielt bei ihnen keine Rolle, wodurch ihnen sehr viel Zeit zum Studium bleibt. Es ist mir auch einmal vorgekommen auf englischen Universitäten, daß Frauen sogar bei Prüfungen den allerersten Rang eingenommen haben. Noch zuletzt hat in Cambridge eine Frau den ersten Preis bekommen bei der Prüfung in Mathematik. Der Verkehr in England zwischen jungen Männern und Frauen an den Universitäten und sonst ist ein sehr viel besserer als bei uns. Selbstverständlich würde die Zulassung zum Studium auch in anderen Fächern noch keineswegs die Zulassung der Frauen zu den Staatsanstalten involviren. Mit dem Einwurf, daß die Frau ins Haus gehört, hat diese Frage nichts zu thun. Die Zahl derjenigen Frauen, welche den ärztlichen Beruf ergreifen, ist überhaupt nicht groß, und wenn eine solche Frau sich demnächst verheirathen sollte, so würde sie viel mehr werth sein als diejenigen, welche in Nichtigkeiten ihr Leben verbringen. Mit einem Schritt ist hier allerdings nicht Alles zu erreichen. Aber es wohnt Sache der Erwägung des Reiches, ob nicht eine Resolution die Frauen zum Studium zugelassen werden dürfen. Die Straßburger Universität hat sehr gute Einrichtungen, sehr tüchtige Lehrer, und es herrscht dort ein sehr guter Ton, daß die Frauen dort sich am ehesten einleben könnten. Ich empfehle Ihnen also die Annahme unseres Antrages. (Beifall links.)

Abg. Harmening (dkr.): Wenn Sie sich nicht entschließen können, die Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, so bitte ich Sie, wenigstens zur Erwägung zu überweisen. Aber die mir hier beschäftigende, weite Kreise des Volkes interessirende Frage kann durch eine Ueberweisung zur Erwägung nicht aus der Welt geschafft werden. Ich hoffe, daß die Annahme eines der gestellten Anträge der Regierung Anlaß bieten wird, sich mit der Frage zu beschäftigen. Dann wurde gesagt, die Bestimmungen der Gewerbeordnung ständen an und für sich der praktischen Ausübung der Medizin durch Frauen nicht entgegen, thatsächlich seien sie aber durch die Organisation der Schule ausgeschlossen, deren Regelung der Kompetenz der Einzelstaaten anheimfalle. Da muß man eben die thatsächlichen Verhältnisse den rechtlichen entsprechend ändern. Soviel Einfluß hat das Reich auf die Einzelstaaten, daß diese Aenderungen ihrer Gesetze vornehmen in einem dem Wunsche der Reichsregierung entsprechenden Sinn, dafür könnte man jahrelche Beispiele anführen. Uebrigens ist das Reich kompetent für Alles, wofür es kompetent sein will. Wenn man sich jetzt noch nicht klar darüber ist, wie man die Sache praktisch anzuordnen habe, so spricht das nicht gegen die Ueberweisung zur Berücksichtigung, denn dann wird eben der praktische Weg gesucht werden müssen. Ich werde für den Antrag Rickert und Genossen stimmen. Sollte er aber abgelehnt werden so bitte ich Sie, die Petition, welche die Frau zum Universitätsstudium zulassen will, zur Erwägung zu überweisen. Sollte man aber auch das nicht belieben, so bitte ich, die Petition zur Zulassung zum Studium der Medizin zur Erwägung zu überweisen. In letzter Zeit ist außer der Schweiz noch Norwegen damit vorgegangen, und was Dänemarks kann, dürfte auch Straßburg und Berlin können. Dann machte man den Einwurf, daß durch gemeinschaftliches Studium von männlichen und weiblichen Studenten ein ungünstiger Einfluß in sittlicher Beziehung entstehen könnte. Wenn das aber der Fall sein sollte, so würde man doch einen Vorwurf nur den männlichen Studenten zu machen haben. Ich weiß nicht, wie die jetzigen Studenten sich dieser Frage gegenüber verhalten, hoffe aber, daß die Anwesenheit der Studentinnen auch auf sie sittlich bildend einwirken müsse. Noch einen Punkt bitte ich zu erwägen, nämlich den, daß die Aerzte sich bloß in großen Städten zusammendrängen, in kleineren Gegenden auf dem Lande aber fehlen. Haben wir weibliche Aerzte, so könnte bei den geringeren Ansprüchen, die die Frauen stellen, auch diesen Bedürfnissen Genüge geschehen.

Abg. Otterer: Ich bin weder für die Ueberweisung zur Erwägung, noch viel weniger für die zur Berücksichtigung, denn die Kompetenz des Reichstages und der Reichsverwaltung zur Lösung dieser Frage ist mir nicht erwiesen. Die ganze Tendenz bei der Schaffung der Gewerbeordnung läßt nicht darauf schließen, daß man an die Zulassung der Frauen zur Ausübung der Heilkunde dachte. Aber wäre es auch der Fall, so würde die Durchführung dieses Prinzips einen Eingriff in die Kompetenz der Einzelstaaten enthalten. Wollen Sie die Frauen zum Universitätsstudium zulassen, so müssen Sie sie auch zum Besuch unserer Gymnasien zulassen. Ich habe auch nicht, daß die Universität Straßburg sich so vom vom Abg. Schrader vorgeschlagenen Experiment berathen wird. Der Auffassung, daß das Reich so weit wie es will kompetent ist, muß ich direkt widersprechen. Die Kompetenz des Reiches ist durch die Verfassung genau abgegrenzt, und die Schulfragen fallen nicht darunter. Insofern hat die Regierung also ganz Recht, wenn sie diese Angelegenheit bisher ihrer Erwägung nicht unterzog. Abgesehen davon aber halte ich auch aus praktischen Gründen die Zulassung der Frauen zum Studium nicht für erwünscht. Es giebt zu geistreiche Frauen genug, die jeden wissenschaftlichen Beruf ausfüllen können, und vielfach könnte ein weiblicher Arzt auch erwünscht sein, aber wenn wir die Frauen zum Studium zulassen, so müssen wir sie auch zur Ausübung von Staatsämtern, Advokatur, Richteramt u. s. w. zulassen; und das würde doch gewaltige Umwälzungen hervorrufen. Wollen wir sie das nicht, so rufen wir ein Gleichberechtigkeitsproletariat hervor, welches, wenn es sein Ziel erreicht hat, sehr bedenklicher wird, als das schon vorhandene. Auch würde die Ueberfüllerung unserer Universitäten, die ja in den letzten Jahren nicht zugenommen hat, aber immer noch besteht, in der bedenklichsten Weise gesteigert werden. Sehen Sie doch nach Rußland, wo die studirten Frauen am unsittlichsten Tendenzen vertreten, die selbst von den am meisten links stehenden Mitgliedern dieses Hauses nicht gebilligt werden. Wollen Sie den Ausweg ergreifen, die Universität Straßburg allein den Frauen zugänglich zu machen, so würde darin einerseits eine Härte für die studirenden Frauen liegen, andererseits würde die Universität dadurch degradirt werden. Wenn Sie auf den bessernden Einfluß der Studentinnen auf die Studenten hinweisen, so bitte ich doch auch die Kehrseite der Medaille nicht außer Acht zu lassen. Aus allen diesen Gründen bin ich mit dem Verhalten der Kommission wohl zufrieden; sie erwies der Petition die Ehre eines schriftlichen Berichtes (Abg. Rickert: Hört, hört!), jawohl, mit diesem vorzüglichen schriftlichen Bericht erwies man der Petition eine Ehre (Abg. Rickert: Noch einmal!), und ich bin ganz damit einverstanden, daß Resultat einer so eingehenden Besprechung der Petition und das Resultat der Uebergang zur Tagesordnung ist.

Abg. Bebel (Soz.): Als es sich darum handelte, bei der Berathung über die Gewerbeordnung sämmtlichen Gewerbetreibenden ohne Rücksicht darauf, ob sie Gehilfen beschäftigen oder nicht, den Verkauf ihrer Waaren außerhalb der Stunden des Sonntags zu verbieten, und ebenso bei den Fortbildungsschulen haben die Herren Otterer und Genossen sich leicht über die Kompetenzbedenken hinweggesetzt, obwohl damit thatsächlich ein Eingriff in die Kompetenz der Einzelstaaten gemacht wurde. Hier hat man Kompetenzbedenken, weil die Sache der Partei nicht genehm ist. Wenn auch der Kommissionsantrag angenommen wird, so wird uns diese Frage doch noch öfter beschäftigen. Wärd der schriftliche Kommissionsbericht nicht existiren, so wäre es auch dasselbe, denn in dem Bericht steht lediglich wenig. Diese Frage ist nicht von Agitatorinnen aufs Tapet gebracht, sondern es handelt sich um eine große soziale Frage. Die Thatsache, daß wir nach der letzten Volkszählung weit über eine Million mehr weibliche als männliche Staatsbürger in Deutschland haben, zwingt die Frauen, sich ihren Beruf als Hausfrauen nicht erfüllen können, immer mehr, sich eine selbstständige Lebensstellung zu suchen. Und die Frage des Studiums betrifft zunächst nicht die Proletarierinnen, sondern gerade die Frauen der gebildeten Kreise. Diesen Frauen der Frauen wird von Jahrzehnt zu Jahrzehnt stärker der Vorwurf gemacht. Durch Uebergang zur Tagesordnung ist die Sache nicht erledigt. Die wahren Gründe gegen die Zulassung der Frauen zum Studium sind Kunkurrenzrücksichten auf die Männer und sogenannte Sittlichkeits- und Anstandsrücksichten behauptet des weiblichen Studiums. Die Konkurrenz ist heute auf vielen Gebieten das vernichtende Element, wir können sie nicht zurückweisen, wir müssen Mittel finden, die Vermehrung der Menschen zu verhindern. Ein großer Theil der jungen Männer widmet sich heute dem Studium nur, weil es so standesgemäß ist, für ein paar Jahre, hört aber keine Vorlesungen, um später als unfähige Leute in den Staats- und Kommunaldienst übergehen. Würde die weibliche Konkurrenz ihnen ein Stachel geben, sich mehr des Studiums zu befleißigen, so wäre das ein großer Vortheil. Sittlichkeits- und Anstandsgründe haben die Herren dagegen nicht, daß jährlich Tausende und Abertausende von Frauen berufsmäßig als Krankenpflegerinnen ausgebildet werden. Eine solche wird mindestens ebenso in alleriei intime Vorgänge des menschlichen Körpers eingeweiht, wie die Aerzte. Besonders die katholische Kirche brüstet sich ja damit, Mitglieder weiblicher Orden zu diesem delikaten und anstrengenden Beruf auszubilden. Je mehr die Samariterinnen mit Rücksicht auf die Opfer künftiger Kriege ausbilden müssen, um so weniger haben sie Veranlassung, sie nicht auch zum Studium zuzulassen. Uebrigens können Sie den Frauen selbst überlassen, was sie über diese Angelegenheit denken. Wenn der rohe Ton der Studenten gegen die Studentinnen sich soll, so sind die Studenten zu bedauern. Wäre es da nicht gerade besser, den rohen Ton der Studenten dadurch zu modifiziren, daß sie genöthigt würden, stets mit Angehörigen des anderen Geschlechts im gesellschaftlichen Verkehr zu stehen? In den Vereinigten Staaten Nordamerika's befinden sich ca. 3000 Aerztinnen in der Praxis, und 18 000 Studentinnen stehen auf Gymnasien und Universitäten mit männlichen Studenten im Verkehr, und das Verhältniß beider Geschlechter ist das allerbeste. Auch finden der Unterricht ist keinen Schaden eingetreten, im Gegentheil, im Wetteifer wirkt sogar auf das männliche Geschlecht nützlich. In der Schweiz ist durch den Ukas des russischen Kaisers den weiblichen Personen jetzt das Studium sehr erschwert, wohl aber haben sich, angeregt durch diese Maßnahmen, der russischen, jüdischen Schweizerinnen dem Studium der verschiedenen gelehrten Berufe zugewendet. Im höheren Lehrfach leisten diese Frauen ganz Ausgezeichnetes. In Zürich, Bern, Genf werden Sie überall sehen, daß in dem Studium der Frauen durchaus keine Gefahr liegt. Auch in Berlin haben sich vor wenigen Jahren Frauen zum Universitätsstudium zugelassen, sind aber gelassen z. B. in Leipzig, wo jetzt allerdings kultusministerielle Erlaubniß nothwendig ist, auf Grund deren aber auch jetzt noch zwei Köchter eines der ersten Professoren Medizin studiren. Es ist nur die Furcht vor der Konkurrenz um's alte Loof, der die freie Zulassung erschwert. Der Staat, der sich am meisten gegen weibliche Studenten gewehrt hat, ist Preußen. Charakteristisch ist aber, daß derjenige Minister, der bis heute im Amte war und der besonders die Frauen vom Studium zurückgedrängt hat, Herr von Goßler, nicht wußte, seine Toch

hat seine Erklärung im Namen der konservativen Partei abgegeben. Die Frage ist doch aber keine Parteifrage, und es ist traurig, wenn man sie dazu herabdrückt. Ich erinnere übrigens an Pöllnitz von Nathusius, einen Konservativen edelster Färbung, welcher durchaus den Frauen das Recht einräumen will, als Aerztinnen zugelassen zu werden. Die Frauen verlangen im Namen der Gerechtigkeit und des Schamgefühls, in gewissen Krankheiten von Aerztinnen behandelt zu werden; nicht selten lassen sie lieber eine Verschlimmerung der Krankheit über sich ergehen, als daß sie sich in solchen Fällen männlichen Aerzten anvertrauen. In Amerika, England, der Schweiz, Schweden, Italien sind Aerztinnen bereits in Thätigkeit. Die Königinnen von Italien und Rumänien haben eine Doktorin. Mißstände auf dem Zusammenleben von Studenten und Studentinnen auf deutschen Universitäten sind nirgends entstanden; ich berufe mich dafür insbesondere auf das Zeugniß des früheren englischen Gesandten in Berlin Andrew White, der 25 Jahre lang Präsident der Cornell-Universität in New-York gewesen ist. Nichts ist unbilliger als zu sagen, die Frau gehört ins Haus. Was machen Sie mit den Millionen Frauen, die heute beruflich thätig sind? Warum sollen die beiden Geschlechter hier nicht unter dieselben Bedingungen gestellt werden? Die Verschiedenheiten der Natur können allerdings durch die Gesetzgebung nicht beseitigt werden, aber es soll den Frauen nicht verwehrt werden, in die Berufe hineinzukommen, die ihnen gehören. Es kommt sehr bald die Zeit, wo aus der Minorität, in der wir uns heute befinden, eine Majorität geworden sein wird. (Beifall links.)

Abg. Wisser: Schon vor 2000 Jahren haben weibliche Aerzte für die sittliche und physische Gesundheit der Männer gewirkt. Auf dem flachen Lande sind weibliche Aerzte schon darum am Platze, weil hier die Frauen zu männlichen Aerzten am Wenigsten Vertrauen haben.

Abg. Harmening: Welche Frau ist emanzipirter, diejenige, welche mit der Reitpeitsche ein Pferd besteigt, oder diejenige, welche als Arzt am Krankenbette weilt? Für die letztere Emanzipation treten wir ein. (Sehr gut! links.) Verfassung und Gesetz lassen das Recht der Frauenpraxis nicht im Wege, und wenn es in dem Fall, so müsse die Verfassung geändert werden. Eine Parteifrage wäre dies höchstens für das Zentrum; es hat das Gefühl, daß hier ein Licht aufgehen will, und da hält es sich immer die Hand vor die Augen. Warum sollen die Frauen nicht Richterinnen werden, wenn sie die Befähigung dazu nachweisen. Es ist ein sehr wohlfeiler Gemeinplatz: die Frau gehört ins Haus. Daher wollen wir die Aerztinnen auch gar nicht nehmen. Nur die Unverheiratheten, welche keinen Mann finden oder suchen wollen — die heutige Debatte erwuthigt sehr wenig dazu (Heiterkeit) — werden sich vorwiegend dem ärztlichen Studium widmen. Man sagt, durch solche Bestrebungen befördere man die Umsturzideen. Wäre unser Antrag von Rechts gestellt, so würden Sie wahrscheinlich kein Bedenken haben. Ich bitte Sie, wenigstens den Antrag auf Ermägung anzunehmen.

Die Anträge Rickert-Bebel und Harmening werden abgelehnt — für den ersteren stimmen nur Freisinn, Volkspartei und Sozialdemokraten, für den letzteren auch die nationalliberalen Abg. von Bennigsen, v. Benda, Hammacher, Möller, Weiß, Pfähler, Günther und Röficke — und der Antrag der Kommission angenommen.

Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Rest der Etatsberathung, u. A. Panzerfahrzeuge, und zweite Lesung des Patentgesetzes.)

Französische Urtheile über deutsche Maler.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt ist es nicht ohne Interesse, das Urtheil zu hören, welches die zur Prüfung und Würdigung auf ihren künstlerischen Werth in der zur Pariser Weltausstellung des Jahres 1889 eingesandten deutschen Kunstwerke berufene internationale Jury abgegeben hat.

Dieses Urtheil findet sich in einem längeren, das künstlerische Gestaltungsvermögen und die Technik der deutschen Maler kurz beleuchtenden Gutachten verzeichnet, welches der Vorsitzende der Jury, A. Picard, Generalinspekteur des ponts et chaussées und Sektionschef im Handelsministerium, kürzlich erstattete. In demselben heißt es:

„Der Reine, den Deutschen überwiesene Saal enthielt nur 24 Zeichnungen resp. Aquarelle und 64 Gemälde. In München wie in Berlin arbeitet man, das ist leicht ersichtlich, ernsthaft mit Methode und mit Ausdauer und bemüht sich, eine moderne deutsche Kunst zu schaffen im Genre des auch von Frankreich gepflegten Naturalismus. Vorher Spitze dieser Richtung steht der geniale, phantasiereiche Meister A. Menzel, ein Künstler von scharfer Beobachtungsgabe, mit charakteristisch ausgeprägtem Griffel, der nach der Art von Meissonnier und Albrecht Dürer mit der Lebhaftigkeit des französischen Geistes die Kraft und Macht deutscher Imagination verbindet. Er hat nur einige kleine Skizzen unserer Ausstellung gesandt; aber man wird an dem „Bettelmönch", der von ihm gemalt ist, die außerordentliche Kraft des Ausdrucks, die in der Physiognomie liegt, bewundern und darnach den Einfluß beurtheilen, den ein so kräftiger und doch feiner Pinsel auf die Kunstrichtung seines Landes ausübt.

Die Werke von den deutschen Meistern haben insbesondere durch den kraftvollen Farbenton, der über ihnen liegt, die Aufmerksamkeit aller Besucher gefesselt. Es sind dies Liebermann aus Berlin, Leibl, Uhde, Kühl aus München. Sie bewegen sich, ohne untereinander aufzugehen, in neuen Bahnen, die sowohl den wissenschaftlichen, als den poetischen Anschauungen der deutschen Künstler entsprechen. Liebermann ist der wahre Vertreter dieses Genres, das er mit einer gewissen Zähigkeit und mit Härte des Pinsels kultivirt. Liebermann hat eine besondere Vorliebe für holländische Sujets. In der ganzen Serie seiner Studien, wie z. B. in dem „Hofe des Invalidenhauses und des Waisenhauses zu Amsterdam", in den „Netze flickenden Schiffersfrauen" und dem „Holländischen Schuhmacherladen" läßt er in lichten Farbentönen auch die unschönen, ja unästhetischen Bewegungen seiner Frauengestalten, deren knochige Gesichter, zerlumpte Kleider und stumpfsinnige Gesichter zu sehr in den Vordergrund treten. Dagegen entgehen ihm die Feinheiten des holländischen Geschmackes, namentlich die Weichheit und Zartheit in den Uebergängen, die pittoreske Szenerie, das harmonische Verschmelzen der Farbentöne.

Bei den bayerischen Malern, in erster Linie bei Fritz Uhde, tritt eine leichtere, sich wenizer an bestimmte Schulen lehnende Manier, die Leben und Bewegung selbst hervor. Ebenso wie dieser Künstler ist auch Kühl ein häufiger Gast in unseren jährlichen Ausstellungen. Seine „Kartenspieler" und auch seine „Waisen" sind uns in angenehmster Erinnerung. Er hat einen etwas weicheren Kompositionsstil als Menzel, und etwas Milderes als dieser. Ferner außerdem eine bemerkenswerthe Zartheit und Gewandtheit der Farbengebung. Am wenigsten Verwandtschaft mit der französischen Schule hat Leibl. Er hat eine ausgesprochene Vorliebe für sein Heimathland und läßt sich nur wenig von seiner Phantasie beeinflussen. Er malt mit Vorliebe Bauern und Bäuerinnen und Porträtbilder, die befreundeten Personen. In seiner Konzeption herrscht große Strenge und peinliche Gewissenhaftigkeit im Festhalten an der Regel vor. Sein „Jäger am See", ein im hohen Grade durch Naturwahrheit und Charakteristik ausgezeichnetes Bild, ist gleichwohl für den französischen Geschmack zu trocken, zu nüchtern, und zeugt von Gewissenhaftigkeit und Pedanterie in der Auffassung. Einen hohen Grad von Kunstfertigkeit offenbart Leibl in dem schönen Gemeindild die „Dachauer Frauen" in schwarzen mit rothen Bändern verzierten Kleidern, mit der hohen Frisur, die im Innern ihrer Gemächer nebeneinander sitzen. Dies sind nächst den Gemälden Liebermann's die bemerkenswerthesten Bilder der deutschen Kollektion, wo man außerdem noch eine Schöpfung unserer modernen Berliner Maler, wie Otte, Becker, Firle, Hermann Petzhow, Claus Meyer, einen geschickten Nachahmer der alten Holländer, dann Müller, einen talentvollen Landschaftsmaler, und noch einige Künstler, wie Van Stetten, Keller, Skarbina und Fräulein Dora Hitz findet. Diese Letzteren haben eine der französischen Kunst sehr verwandte Richtung eingeschlagen.

Kolonialles.

* Das Komité für den Wissmann-Dampfer erläßt einen Aufruf, in dem es u. A. heißt: „Der Wissmann-Dampfer ist in wenigen Tagen vollendet; die Sicherung, daß er sachgemäß zum See gelange, kann aber nur dadurch gegeben werden, daß wir zu den bereits gesammelten Beiträgen von jetzt 200 000 ℳ ein weiteres Kapital in gleicher Höhe der Sache geopfert wird. Opfern in der Ueberzeugung, daß es hier gilt, einem deutschen Manne, der sein Leben für sein Vaterland zu thun vergönnt war, den Weg zu bahnen, auf dem er erneut für Kaiser und Reich arbeiten will. Möge es Deutschland gelingen, auch in solchem Vorgehen durch friedliche Arbeit für Kultur und Christenthum sich die Vormachtstellung im Herzen des dunkeln Erdtheils zu erringen und zu bewahren. Beiträge werden erbeten und sind heraus der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin W., Lützow. 35; die Norddeutsche Bank, Konto: Major v. Wissmann, Hamburg; die Vorstände der Abtheilungen der deutschen Kolonialgesellschaft; das Bankhaus J. D. v. Reckinghausen, Köln. Anfragen sind zu richten an die Herren Ferdinand Ditens, Hamburg, oder Dr. Timotheus Fabri, Hamburg.

Vermischtes.

Paris. Der Mittfastentag (4. März) ist hier das große Fest der Wäscherinnen und des Personals der Markthallen, die allsährlich den Umzug Mi Wagen jeder Größe und jeder Gestalt mit Fahnen, Draperien, Blumengewinden schmücken und sich in mehr oder minder geschmackvollen Verkleidungen hineinsetzen. Es ist Sitte, daß jedes öffentliche Waschhaus und jede Markthalle eine „Königin" ernennt, die dann bald als Feres und bald als „Amerikanerin", in den „Netze flickenden Schiffersfrauen" und dem „Holländischen Schuhmacherladen" läßt er in lichten Farbentönen auch die unschönen, ja unästhetischen Bewegungen seiner Frauengestalten, deren knochige Gesichter, zerlumpte Kleider und stumpfsinnige Gesichter zu sehr in den Vordergrund treten. Dagegen entgehen ihm die Feinheiten des holländischen Geschmackes, namentlich die Weichheit und Zartheit in den Uebergängen, die pittoreske Szenerie, das harmonische Verschmelzen der Farbentöne.

Bei den bayerischen Malern, in erster Linie bei Fritz Uhde, tritt eine leichtere, sich weniger an bestimmte Schulen lehnende Manier, die Leben und Bewegung selbst hervor. Ebenso wie dieser Künstler ist auch Kühl ein häufiger Gast in unseren jährlichen Ausstellungen. Seine „Kartenspieler" und auch seine „Waisen" sind uns in angenehmster Erinnerung. Er hat einen etwas weicheren Kompositionsstil als Menzel, und etwas Milderes als dieser. Ferner außerdem eine bemerkenswerthe Zartheit und Gewandtheit der Farbengebung. Am wenigsten Verwandtschaft mit der französischen Schule hat Leibl. Er hat eine ausgesprochene Vorliebe für sein Heimathland und läßt sich nur wenig von seiner Phantasie beeinflussen. Er malt mit Vorliebe Bauern und Bäuerinnen und Porträtbilder, die befreundeten Personen. In seiner Konzeption herrscht große Strenge und peinliche Gewissenhaftigkeit im Festhalten an der Regel vor. Sein „Jäger am See", ein im hohen Grade durch Naturwahrheit und Charakteristik ausgezeichnetes Bild, ist gleichwohl für den französischen Geschmack zu trocken, zu nüchtern, und zeugt von Gewissenhaftigkeit und Pedanterie in der Auffassung. Einen hohen Grad von Kunstfertigkeit offenbart Leibl in dem schönen Gemeindild die „Dachauer Frauen" in schwarzen mit rothen Bändern verzierten Kleidern, mit der hohen Frisur, die im Innern ihrer Gemächer nebeneinander sitzen. Dies sind nächst den Gemälden Liebermann's die bemerkenswerthesten Bilder der deutschen Kollektion, wo man außerdem noch eine Schöpfung unserer modernen Berliner Maler, wie Otte, Becker, Firle, Hermann Petzhow, Claus Meyer, einen geschickten Nachahmer der alten Holländer, dann Müller, einen talentvollen Landschaftsmaler, und noch einige Künstler, wie Van Stetten, Keller, Skarbina und Fräulein Dora Hitz findet. Diese Letzteren haben eine der französischen Kunst sehr verwandte Richtung eingeschlagen.

Kolonialles.

* Das Komité für den Wissmann-Dampfer erläßt einen Aufruf, in dem es u. A. heißt: „Der Wissmann-Dampfer ist in wenigen Tagen vollendet; die Sicherung, daß er sachgemäß zum See gelange, kann aber nur dadurch gegeben werden, daß wir zu den bereits gesammelten Beiträgen von jetzt 200 000 ℳ ein weiteres Kapital in gleicher Höhe der Sache geopfert wird. Opfern in der Ueberzeugung, daß es hier gilt, einem deutschen Manne, der sein Leben für sein Vaterland zu thun vergönnt war, den Weg zu bahnen, auf dem er erneut für Kaiser und Reich arbeiten will. Möge es Deutschland gelingen, auch in solchem Vorgehen durch friedliche Arbeit für Kultur und Christenthum sich die Vormachtstellung im Herzen des dunkeln Erdtheils zu erringen und zu bewahren. Beiträge werden erbeten und sind heraus der Deutschen Kolonialgesellschaft, Berlin W., Lützow. 35; die Norddeutsche Bank, Konto: Major v. Wissmann, Hamburg; die Vorstände der Abtheilungen der deutschen Kolonialgesellschaft; das Bankhaus J. D. v. Reckinghausen, Köln. Anfragen sind zu richten an die Herren Ferdinand Ditens, Hamburg, oder Dr. Timotheus Fabri, Hamburg.

Vermischtes.

Paris. Der Mittfastentag (4. März) ist hier das große Fest der Wäscherinnen und des Personals der Markthallen, die allsährlich den Umzug Mi Wagen jeder Größe und jeder Gestalt mit Fahnen, Draperien, Blumengewinden schmücken und sich in mehr oder minder geschmackvollen Verkleidungen hineinsetzen. Es ist Sitte, daß jedes öffentliche Waschhaus und jede Markthalle eine „Königin" ernennt, die dann bald als Feres und bald als „Amerikanerin", in den „Netze flickenden Schiffersfrauen" und dem „Holländischen Schuhmacherladen" läßt er in lichten Farbentönen auch die unschönen, ja unästhetischen Bewegungen seiner Frauengestalten, deren knochige Gesichter, zerlumpte Kleider und stumpfsinnige Gesichter zu sehr in den Vordergrund treten. Dagegen entgehen ihm die Feinheiten des holländischen Geschmackes, namentlich die Weichheit und Zartheit in den Uebergängen, die pittoreske Szenerie, das harmonische Verschmelzen der Farbentöne.

Bei den bayerischen Malern, in erster Linie bei Fritz Uhde, tritt eine leichtere, sich weniger an bestimmte Schulen lehnende Manier, die Leben und Bewegung selbst hervor. Ebenso wie dieser Künstler ist auch Kühl ein häufiger Gast in unseren jährlichen Ausstellungen. Seine „Kartenspieler" und auch seine „Waisen" sind uns in angenehmster Erinnerung. Er hat einen etwas weicheren Kompositionsstil als Menzel, und etwas Milderes als dieser. Ferner außerdem eine bemerkenswerthe Zartheit und Gewandtheit der Farbengebung. Am wenigsten Verwandtschaft mit der französischen Schule hat Leibl. Er hat eine ausgesprochene Vorliebe für sein Heimathland und läßt sich nur wenig von seiner Phantasie beeinflussen. Er malt mit Vorliebe Bauern und Bäuerinnen und Porträtbilder, die befreundeten Personen. In seiner Konzeption herrscht große Strenge und peinliche Gewissenhaftigkeit im Festhalten an der Regel vor. Sein „Jäger am See", ein im hohen Grade durch Naturwahrheit und Charakteristik ausgezeichnetes Bild, ist gleichwohl für den französischen Geschmack zu trocken, zu nüchtern, und zeugt von Gewissenhaftigkeit und Pedanterie in der Auffassung. Einen hohen Grad von Kunstfertigkeit offenbart Leibl in dem schönen Gemeindild die „Dachauer Frauen" in schwarzen mit rothen Bändern verzierten Kleidern, mit der hohen Frisur, die im Innern ihrer Gemächer nebeneinander sitzen. Dies sind nächst den Gemälden Liebermann's die bemerkenswerthesten Bilder der deutschen Kollektion, wo man außerdem noch eine Schöpfung unserer modernen Berliner Maler, wie Otte, Becker, Firle, Hermann Petzhow, Claus Meyer, einen geschickten Nachahmer der alten Holländer, dann Müller, einen talentvollen Landschaftsmaler, und noch einige Künstler, wie Van Stetten, Keller, Skarbina und Fräulein Dora Hitz findet. Diese Letzteren haben eine der französischen Kunst sehr verwandte Richtung eingeschlagen.

Gerichtshalle.

th. Drei schwere Unglücksfälle, welche den Tod von Menschen zur Folge gehabt haben, beschäftigten gestern kurz hintereinander die erste bezw. dritte Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. Der erste Fall, in welchem sich der Bierverleger Hallmann und der Kutscher Knuth wegen fahrlässiger Tödtung zu verantworten hatten, ist wieder eine jener leider so häufigen, kleine Kinder nicht ohne sorgfältige Ueberwachung auf die Straße zu lassen. Es war am 13. Oktober, als die beiden Angeklagten mit einem der belannten Bierstaschenwagen die Skalitzerstraße entlang fuhren. Der Ausblick von dem Kutscherstuhe dieser Wagen ist durch die Seitentheile bekanntlich sehr behindert. Als der Wagen dicht an dem Hausportal auf dem Kreuzungspunkte des Gitschiner Ufers mit der Britzerstraße war, hörte Hallmann plötzlich den Angstruf: „Ach Gott, das Kind!" Er hielt sofort an, sah, daß ein kleines zweijähriges Kind unter den Wagen geratben war, und sprang vom Wagen, indem er dem Kutscher Knuth die Leine zuwarf. Als er damit beschäftigt war, das Kind, welchem ein Rad über die Beichen gegangen war, hervorzuholen, zog das Pferd plötzlich an, ein zweites Rad ging dem Kinde über den Kopf und zermalmte denselben, so daß der Tod sofort eintrat. Die Angeklagten, welchen dieser traurige Unglücksfall zur Last gelegt wurde, vermochten jedoch nachzuweisen, daß sie keine Schuld daran trugen. Die Augenzeugen bekundeten nämlich, daß das Kind plötzlich schnell über den Straßendamm gelaufen, um bei dem Wagen vorbeizukommen, und daß es auf diese Weise selbst direkt in sein Unglück hineingerathen sei. Die Angeklagten mußten deshalb freigesprochen werden.

Der zweite Unglücksfall ist als eine direkte Folge des wahnwitzigen Fahrens eines Kutschers zu betrachten. Der Kutscher Ernst Ferd. Schultze hat am 20. November mit einem zweispännigen Wagen vom Schlesischen Bahnhof kommend, in die Andreasstraße hinein. Er machte sich dabei zweier Uebertretungen schuldig, indem er einerseits in scharfem Trabe fuhr und andererseits auf der linken Seite kurz um die Ecke bog. In demselben Augenblick passirte die 5jährige Tochter des Schuhmachers Grosse, die Kinder retteten sich vor dem herannahenden Wagen, fuhr durch einen Sprung auf den Bürgersteig, die Frau dagegen wurde von dem Wagen erfaßt und so schwer verletzt, daß sie ihr Leben einbüßte. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängniß.

In dem dritten Falle handelt es sich um einen unglücklichen Zufall. Zu der Parteijubiläum Maschinenfabrik gehört eine Tischlerei, welche unter der Leitung des Tischlermeisters Teuschler steht. Am 1. Oktober waren die Tischler Valentin Kluge, Hermann Töpfer und Oskar Reinicke damit beschäftigt, vom Holzboden dort bearbeitete Hölzer mittelst eines Flaschenzuges in einen anderen Arbeitsraum zu befördern. Um Hölzer von größerer Länge durch die Treppe hinab getragen werden, die Angeklagten benutzten aber aus Bequemlichkeit die Winde. In dem Augenblick, als eine Anzahl von Holzstücken zum welche eine Kette gewunden war, sich in der Schwebe befand, ging unten ein Arbeiter vorbei, zwei Hölzer lösten sich durch einen Zufall aus der Kette und fielen herab, so daß den Arbeiter mit der scharfen Kante auf den Kopf. Derselbe hatte großen Blutverlust, ging aber ganz wohlgemuth zum Arzt, der ihm vergeblich anrieth, in ein Krankenhaus zu gehen. Bald darauf war der Verletzte eine Leiche. Wie die Obduktion ergab, war der Tod die Folge eines Schädelbruches und Blutentzündung in die Schädelhöhle. Der Staatsanwalt erachtete den Angeklagten Kluge für den Unglücksfall verantwortlich, weil derselbe den beiden anderen Angeklagten vorgesetzt war und es unterlassen hatte, irgend welche Schutzvorrichtung anzubringen. Der Gerichtshof erkannte nur den Kluge für verantwortlich und verurtheilte denselben zu 2 Monaten Gefängniß.

th. Wegen unbefugter Nachbildung von Werken der bildenden Kunst stand gestern der Kunsthändler Robert Wustrow vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hat eine Kollektion fast sämmtlicher in den öffentlichen Verkehr gebrachter Photographieen der Kaiserin in verkleinertem Maßstabe zu einem Gruppenbild zusammengestellt und verkauft. Eine Anzahl der Originale stammt aus dem Atelier des Hof-Photographen Prätn, und ist diesem von der Kaiserin durch Kabinettschreiben die alleinige Ermächtigung zur Herstellung und Vervielfältigung der Bilder ertheilt worden. Die Erben des inzwischen verstorbenen Hof-Photographen Prätn fanden sich durch die Geschäftsprazis des Angeklagten geschädigt und stellten den Strafantrag, wobei sie gleichzeitig als Nebenkläger auftraten und durch ihren Vertreter, Rt.-A. Stadthagen, im gestrigen Termine eine Entschädigung von 400 ℳ forderten. Der Staatsanwalt hielt es für zweifellos, daß das vom Angeklagten hergestellte Gruppenbild nicht die Bezeichnung eines selbstständigen künstlerischen Werkes verdiene, sondern nur eine mechanische Nachahmung sei. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 200 ℳ, lehnte dagegen ab, auf eine Entschädigungssumme zu erkennen, und verwies den Nebenkläger in dieser Beziehung auf den Weg der Zivilklage.

th. Die etwas ungestüme Art, in welcher einem Arbeitgeber von Seiten der Arbeiter eine Lohnforderung vorgetragen wurde, hat den Steinträgern Kraatz, Schadlitzki und Stiebl eine Anklage wegen Nöthigung zugezogen. Der Maurermeister Schubert, welcher einen Neubau ausführte, war an einem Sonnabend bei der Lohnzahlung mit dem Kolonnenführer Grüber, welcher die Lohnliste der Steinträger zu vertreten hatte, in Differenzen gerathen. Herr Schubert bestritt die Richtigkeit der Abrechnung und behauptete, daß 100 ℳ zu viel gefordert würden, was Grüber aber bestritt. Letzterer verständigte die ihm unterstellten Arbeiter von der Weigerung des Meisters, den Lohn zu zahlen, und nunmehr drängten die Arbeiter ungestüm auf Schubert ein und es fielen sehr derbe Reden. Der Maurermeister Schubert erklärte sich bereit, den Betrag von 100 ℳ an einer bestimmten Stelle zu deponiren, bis die Differenz aufgeklärt sein würde, die Steinträger waren aber damit keineswegs zufrieden, sondern umringten den Meister und dessen Polier und bedrohten die drei Angeklagten wiederholt gebroht haben, daß der Meister nicht aus der Laube herauskommen und Schläge zu erwarten haben würde, wenn er auf seiner Weigerung, die 100 ℳ zu bezahlen, beharren sollte. Der Meister will dem auch durch diese Drohung genöthigt worden sein, das Geld herauszuzahlen. Der Gerichtshof hielt eine Schuld des Schadlitzki nicht für erwiesen, verurtheilte jedoch die beiden anderen Angeklagten mit Rücksicht auf ihre mehrfachen Vorstrafen auf Grund ähnlicher Gewaltsakte zu je einem Monat Gefängniß.

Dresden. Der Naturprediger, Lieutenant a. D. Johannes Guttzeit, hat in dem Kampfe gegen die herrschende Aerztemode einen neuen Sieg zu verzeichnen. Der Anzug Guttzeit's besteht aus einem weißwollenen, mit einem Gurt am Körper befestigten Obergewande, wollenen Kniestrümpfen und einem grünen Blätterkranze, den er auf dem unbedeckten Haupte trägt. In dem Tragen eines solchen Anzuges wollte die Polizeidirektion das Vergehen des groben Unfugs erblicken und verbot dem Naturprediger bei Lage dort zu reden. Das Schöffengericht sprach den Anzug nicht anstößig, hielt auch den Träger desselben nicht für verantwortlich, wenn um seinetwillen die neugierige Menge einen Auflauf verursache, und sprach den Angeklagten kostenlos frei. In Folge Berufung der Staatsanwaltschaft verhandelte hierauf das Landgericht als Berufungsgericht in dem Falle am letzten Freitag. Es theilte im Wesentlichen die Auffassung des Schöffengerichts, führte auch in den Urtheilsgründen aus, daß die von der herrschenden Mode abweichende Tracht der Ruderer und Radfahrer ꝛc. nirgends Anstoß erregt. Die Berufung wurde daher verworfen und das freisprechende Urtheil bestätigt. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Der Strafsenat des Oberlandesgerichts gewann, wie die „Magdeb. Ztg." schreibt, nach eigener Anschauung des in der oben beschriebenen Tracht erschienenen Angeklagten die Ueberzeugung, daß Guttzeit's Anzug geeignet sei, Andere zu belästigen. Demgemäß hob der Strafsenat das zweitinstanzliche Urtheil auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung von Handbreite zurück, welches sich nunmehr auch dem Urtheile des Schöffengerichts anschloß und deshalb am 7. d. Mts. abermals mit Guttzeit's phantastischer Tracht zu beschäftigen hatte. In längerer Rede führte Guttzeit aus, daß er aus gesundheitlichen, ökonomischen und ästhetischen Gründen zum Tragen seines Anzuges bestimmt werde. Seine geringen Einkünfte — Guttzeit bezieht als Lieutenant a. D. eine monatliche Pension von 40 ℳ — gestatteten ihm nicht, sich der herrschenden theuren Modetracht, die eine Karikatur der Sitte sei, anzuschließen. Seine reformatorischen Bestrebungen sollten von den Behörden nicht unterdrückt, vielmehr unterstützt werden, dann werde die wirthschaftliche Lage des Volkes sich bald bessern und eine Abnahme der vielen Verbrechen eintreten, die zum wesentlichen Theil eine Folge der Genußsucht seien. Guttzeit's überzeugungsvolle Beredtsamkeit schien auf die Richter Eindruck gemacht zu haben. Nach längerer Berathung wurde die Berufung des Staatsanwalts verworfen, und triumphirend verließ Guttzeit wiederum als freigesprochener das Gerichtsgebäude.

Handel und Gewerbe.

* Durch das zwischen Griechenland und Frankreich in Kraft getretene provisorische Handelsabkommen hat Griechenland der französischen Einfuhr folgende Begünstigungen gewährt:

1. Zollfreiheit für Weine (Art. 144 des griechischen Zolltarifs),
2. Ermäßigung der Zölle auf Spitzen, Blonden und sonstige im Art. 190 des griechischen Tarifs aufgeführte Gegenstände um 75 pCt.
3. fünfzigprozentige Ermäßigung der Zölle auf Sammete, seidene Peluche und Chenille (Art. 193 a. u. b) und auf Parfümerieen (Art. 90).

Diese Zollherabsetzungen und Zollermäßigungen stehen auf Grund des Meistbegünstigungsrechts auf der deutschen Einfuhr in Griechenland.

Das Abkommen soll vorläufig bis zum 1. Februar k. J. Gültigkeit haben.

Submissionen im Auslande.

Niederlande. 16. März. Het Bestuur van den Polder zu Pavendrecht (Provinz Zuid-Holland): Lieferung und Aufstellung zweier neuer Dampfkessel. Bedingungen käuflich für 50 Cents bei dem Buchhändler van Bentum in Gouda. — Auskunft ertheilt Ingenieur van Paal in Gouda.

Türkei. Ohne Datum. Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Konstantinopel. Bau der Eisenbahn von San Giovanni-di-Medua nach Ferlowitz über Scutari und Pristreno, 242 Kilometer. Näheres an Ort und Stelle.

Brasilien. 19. Juli. Magistrat von Belem (Para) Gasbeleuchtung der Stadt. Näheres bei der brasilianischen Gesandtschaft in London, 35 Piccadilly.

British India. 1) 16. März, Mittags. Mr. E. 2. Marvat, Sekretair der Bengal and North Western Railway Company, Gresham House, 237 Old Broadstreet, London. Lieferung von Schienen, Weichen ꝛc. Lastenheft für 10 Sh. — 2) 19. März, Uhr. Mr. A. P. Dunstan, Sekretair der Calt Jodda Railway Company, London, E. C. Nicholas Lane. Lieferung von Portlandzement und Terpentin.

Handel und Industrie.

* Aus der Bank von England flossen 81 000 Pfd. St.

* Schlesische Boden-Kredit-Aktienbank. In der ordentlichen Generalversammlung vom 7. März cr. wurde die vorgelegte Bilanz genehmigt, die Dividende auf 6 pCt. für das Jahr 1890 festgesetzt und der Verwaltung Decharge ertheilt. Der aus dem Aufsichtsrath in Folge Ablaufs der Amtsdauer ausscheidende Herr Rittergutsbesitzer v. Bernuth wurde wiedergewählt.

* Osnabrücker Bank. Nach dem Geschäftsbericht für 1890 hat die Bank im genannten Jahre mit einem vollgezahlten Aktienkapital von 600 000 Mark gearbeitet und die Resultate waren günstige und auch lohnende Verwendung gefunden. In Folge wesentlich höherer Zinseneinnahmen ist die Bank in den Stand gesetzt, trotz eines ungünstigen Ergebnisses des Effektenkontos, auch für 1890 und auf das vollgezahlte Aktienkapital eine Dividende von 8 pCt., wie in den beiden Vorjahren, zu vertheilen.

* Niedersächsische Bank. Nach dem uns vorliegenden Bericht des Vorstandes desjenigen für die in 1890 erzielte Reingewinn mit 467 197 ℳ (— 12 634 ℳ). Durch Dividende des vorjährigen Vortrags von 5307 ℳ erhebt sich die disponible Summe auf 472 434 ℳ. Davon sollen 360 000 ℳ als 6proz. Dividende vertheilt werden, 36 082 ℳ erfordern die Tantièmen, zum statutenmäßigen Reservefonds gelangen 40 442 ℳ (darunter 20 000 ℳ Extradotation), zur gesetzlichen Reserve 23 357 ℳ Abschreibungen auf Bankgebäude und Mobilien werden in Höhe von 11 000 ℳ vorgenommen und 1553 ℳ sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die statutenmäßige Reserve enthielt inkl. obiger Zuwendungen am 31. Dezember 276 690 ℳ, die gesetzliche 100 111 ℳ, zusammen 376 801 ℳ gleich 6,28 pCt. des Aktienkapitals.

* Koburg-Gothaische Kreditgesellschaft in Koburg. Dem Bericht über das Jahr 1890 zufolge betrug der Ertrag der Bankfabrikation nach Abzug aller Lasten und Abschreibungen nur einen Nettogewinn von 140 962 ℳ aus. Demselben tritt der Gewinnvortrag von 1889 mit 131 098 ℳ hinzu, und es stehen demgemäß 272 061 ℳ zur Verfügung der Generalversammlung. Es wird beantragt, 5 pCt. Dividende zu vertheilen und den Rest von 67 013 ℳ auf neue Rechnung vorzutragen. Die Berlin-Wiesbadener Terrain-Aktiengesellschaft in Berlin, bei welcher die Gesellschaft mit ungefähr einer Million Aktien betheiligt ist, wird auf Grund erfolgter Bauherstellenverkäufe voraussichtlich einen Gewinn von 6 pCt. für 1890 zur Vertheilung bringen. Wir haben, bemerkt der Bericht, von diesem Erträgniß nur den auf unsere Bank entfallenden nicht unbeträchtlichen Antheil, welcher von 600 000 ℳ eingezahlten Gewinnantheil in unser Gewinn- und Verlustkonto eingestellt, während wir den Gewinn auf die ins Konsortium gegebenen Stücke erst nach Auflösung desselben verrechnen werden. Der Schiefergrube Fröhliches Thal bei Lehesten in Thüringen, Buchwerth 300 000 ℳ, ergab für 1890 einen Bruttogewinn von 34 124 ℳ, welcher von 600 000 ℳ eingezahlten Gewinnantheil in unser Gewinn- und Verlustkonto eingestellt, während wir den Gewinn auf die ins Konsortium gegebenen Stücke erst nach Auflösung desselben verrechnen werden. Der Schieferbruch

• Türkische Defence-Anleihe. Der Vertrag bezüglich der Konvertirung der Defence-Anleihe ist vom türkischen Finanzminister und Edgar Vincent unnmehr unterzeichnet worden. Die erste Emission des Theilbetrages von 400 000 Pfd. findet noch im Laufe des März statt, während die weiteren Emissionen in acht Monatsraten zu je 100 000 Pfd. erfolgen.

• Rheinisch-Nassauische Bergwerks-Aktiengesellschaft in Stolberg. Der Aufsichtsrath hat die für 1890 zu vertheilende Dividende auf 7 pCt. gegen 5½ pCt. im Vorjahr festgesetzt

• Schlesische Aktiengesellschaft für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb. Das Resultat des Jahres 1890 betreffend, so stellt sich der Gesammtgewinn auf 6 337 520 ℳ (+ 1 567 889 ℳ) davon ab: für Unkosten, Steuern und Kursverluste auf Effektenkonto (Pfandbriefe und Staatsanlethen) 231 369 ℳ, für Amortisation 850 000 ℳ (gegen 900 000 pro 1889), und bleibt ein Gewinnsaldo von 5 256 150 ℳ (+ 1 472 690 ℳ). Die Reservefonds I und II werden mit je 262 807 ℳ dotirt und kommt nach Abzug der Tantièmen eine Dividende von 18 pCt. gegen 13 im Vorjahre zum Vorschlag, so daß ein Ueberrest von ca. 81 000 ℳ verbleibt.

• Cassel er Straßenbahn. Im Februar cr. wurden 6953 ℳ vereinnahmt, gegen 10 100 ℳ im Februar 1890.

• Nordstern-, Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft zu Berlin. Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1890 weist einen Ueberschuß nach von 492 393,30 ℳ, gegen 402 774,86 ℳ im vergangenen Jahre. Die Generalversammlung ist für den 25. April in Aussicht genommen und werden Direktion und Aufsichtsrath die Verstheilung über den Ueberschuß in der Weise beantragen, daß 116 250 ℳ oder 93 ℳ pro Aktie als Dividende an die Aktionaire gezahlt werden, gegen 105 000 ℳ resp. 84 ℳ pro 1889, 334 766,37 ℳ als Gewinnantheil der Versicherten enfallen, gegen 285 915,15 Mark pro 1889, und 25 717,39 ℳ der Gewinnreserve überwiesen werden.

• Nordstern, Unfall- und Alters-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft. Auch bei dieser Gesellschaft weist der Rechnungsabschluß einen steigenden Ueberschuß nach im Betrage von 113 376 Mark 74 ₰ gegen 95 510 ℳ 7 ₰ pro 1889, dessen statutgemäße Vertheilung sie Zahlung der Maximaldividende von 60 ℳ pro Aktie an die Aktionaire gestattet bei Ebbdung der Kapitalreserve um 11 318 ℳ 47 ₰, der Risikoreserve um 16 349 ℳ 16 ₰ und Zahlung einer Dividende von 5 pCt. an die am Gewinn betheiligten Versicherten.

Generalversammlungen.

— Disconto-Gesellschaft in Berlin. Ordentliche Generalversammlung am 10. April cr., Nachm. 4 Uhr, in Berlin.

— Preußische Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft. Ordentliche Generalversammlung am 15. April cr., Nachm. 2 Uhr, in Berlin.

— Mitteldeutsche Kreditbank. Ordentliche Generalversammlung am 3. April cr. in Frankfurt a. M.

— Bank für Rheinland und Westfalen. Ordentliche Generalversammlung am 10. April cr. in Köln.

— Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft. Ordentliche Generalversammlung am 28. März cr., Vorm. 10 Uhr.

— Bielefelder Aktiengesellschaft für mechanische Weberei. Ordentliche Generalversammlung am 1. April cr. in Bielefeld.

— Schlesischer Bankverein. Ordentliche Generalversammlung am 9. April cr. in Breslau.

— Ungarische Escompte- u. Wechselbank. Ordentliche Generalversammlung am 26. März cr. in Budapest.

— Preußisches Leihhaus. Ordentliche Generalversammlung am 6. April cr., Vormittags 10½ Uhr, in Berlin.

— Chemische Fabrik Oranienburg. Ordentliche Generalversammlung am 28. April cr., Vorm. 11 Uhr, in Berlin.

— Mainzer Straßenbahn-Aktiengesellschaft. Ordentliche Generalversammlung am 31. März cr. in Mainz.

Dividenden.

— Kaiserl. Ottomanische steuerfreie privilegirte 4proz. Staats-Anlethe vom Jahre 1890. Die am 1. (13.) März cr. fälligen Koupons Nr. 1 werden von da ab bei Herrn S. Bleichröder und der Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin eingelöst.

— Kaiserl. Ottomanische steuerfreie konsolidirte 4proz. Staats-Anlethe vom Jahre 1890. Die am 1. (13.) März cr. fälligen Koupons Nr. 2 werden von da ab bei Herrn S. Bleichröder und der Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin eingelöst.

— Bayerische Hypotheken- und Wechselbank. Der am 1. April cr. fällige Dividendenkoupon Nr. 6 der Aktien wird von jetzt ab mit 103 ℳ bei der Süddirektion in Berlin ausgezahlt.

— Berliner Bank. Die für das Jahr 1890 auf 8 pCt. oder 80 ℳ pro Aktie festgesetzte Dividende gelangt sofort bei der Gesellschaftskasse und Herren F. W. Krause u. Co. Bankgeschäft in Berlin zur Auszahlung.

— Aachener Disconto-Gesellschaft. Die für das Jahr 1890 auf 5½ pCt. festgesetzte Dividende wird von jetzt ab bei der Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin ausgezahlt.

— Hypothekenbank in Hamburg. Die für das Jahr 1890 auf 8 pCt. festgesetzte Dividende wird mit 60 ℳ pro Aktie von jetzt ab bei der Deutschen Bank und dem Bankhause Jacob Landau in Berlin ausgezahlt.

— Kredit- u. Sparbank zu Leipzig. Die für das Jahr 1890 auf 8 pCt. festgesetzte Dividende wird mit 80 ℳ für die alten Aktien und mit 52 ℳ für die neuen Aktien von jetzt ab bei der Kasse in Leipzig ausgezahlt.

— Schlesische Bodenkredit-Aktienbank. Die Einlösung des Dividendenschein Nr. 8 erfolgt mit 36 ℳ von jetzt ab, sowie der am 1. April cr. fälligen Zinskoupons vom 17. März cr. ab in Berlin bei den Berliner Handelsgesellschaft, den Bankhäusern Jacob Landau, Robert Warschauer u. Co. und S. Z. Landsberger.

— Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft. Die für das Jahr 1890 auf 206 ℳ pro Aktie festgesetzte Dividende wird vom 11. März cr. ab bei der Kasse der Gesellschaft in Berlin eingelöst.

— Magdeburger Rückversicherungs-Aktiengesellschaft. Die für das Jahr 1890 auf 45 ℳ pro Aktie festgesetzte Dividende gelangt sofort bei der Stadtdirektion der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft in Berlin zur Auszahlung.

— Kurfürstendamm-Gesellschaft. Auf das Aktienkapital von 8 Millionen Mark kommt ein weiterer Betrag von 12½ pCt. oder 125 ℳ pro Aktie von jetzt ab bei der Deutschen Bank und der Berliner Handelsgesellschaft in Berlin zur Auszahlung.

— Breslauer Stadt-Anletheschein. Die am 1. April cr. fälligen Zinsscheine werden von da ab in Berlin bei dem Bankhause Jacob Landau und bei dem Herren S. Z. Landsberger eingelöst.

Verloosungen.

— Wiener Rudolf-Stiftung 10-fl.-Loose. Die nächste Ziehung findet am 1. April statt. Gegen den Kursverlust von ca. 28 ℳ pro Stück bei der Auslooslung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französischestraße 12, die Versicherung für eine Prämie von 1 ℳ pro Stück.

Verkehrs-Nachrichten.

• Norddeutscher Lloyd in Bremen. Letzte Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der New-York und Baltimore-Linien: Schnelldampfer „Werra", Bremen, 9. März 8 Uhr Nachm. in Bremerhaven. Schnelldampfer „Spree", Bremen, 4. März 2 Uhr Nachm. von New-York. Schnelldampfer „Aller", Bremen, 7. März 3 Uhr Nachm. von New-York. Schnelldampfer „Lahn", New-York, 6. März 6 Uhr Vorm. in New-York. Schnelldampfer „Ems", New York, 2. März 6 Uhr Nachm. von Southampton. Schnelldampfer „Havel", New-York, 5. März 3 Uhr Nachm. von Southampton. Schnelldampfer „Eider", New-York, 8. März 6 Uhr Nachm. von Southampton. Schnelldampfer „Fulda", New-York, 10. März von Bremerhaven. „Nürnberg", Bremen, 25. Februar von Baltimore. „München", Bremen, 5. März von Baltimore. „Stuttgart", Baltimore, 5. März in Baltimore. „Hermann", Baltimore, 28. Februar Lizard passirt. Dresden", Baltimore, 6. März von Bremerhaven. — Der Bassil- und La Plata-Linien: „Leipzig", Bremen, 8. März in Antwerpen. „Frankfurt", Rigo, Bremen, 25. Februar von Buenos Aires. „Berlin", La Plata, 24. Februar in Montevideo. „Baltimore", Brasilien, 20. Februar in Bahia. „Oldenburg", La Plata, 7. März in Rio. „Hannover", Rio, La Plata, 4. März von Rio. „Graf Bismarck", Brasilien, 6. März von Lissabon. — Der Linien nach Ostasien und Australien: „Bayern", Bremen, 9. März in Suez. „Neckar", Ostasien, 26. Februar in Shanghai. „Sachsen", Ostasien, März in Colombo. „Preußen", Ostasien, 8. März von Southampton. „Hohenzollern", Bremen, 6. März von Port Said. „Hohenstaufen", Bremen, 4. März von Adelaide. „Kaiser Wilhelm II.", Australien, 7. März in Adelaide. „Braunschweig", Australien, 10. März von Suez.

• Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft. „Amazonas", 24. Februar in Bahia. „Argentina", 27. Februar in Bahia. „Bahia", 1. März in Hamburg. „Bisgrano", 2. März in Pernambuco. „Camphnas", 18. Februar in Pernambuco. „Ceará", 25. Februar von Bahia nach Hamburg. „Cintra", segelfertig nach dem La Plata. „Curityba", 20. Februar in Hamburg. „Cuyabera", 1. März in Rio de Janeiro. „Damburg", 21. Februar nach dem La Plata, 6. März St. Vincent. „Itaparica", 6. März in Montevideo. „Lissabon", 9. März in Hamburg. „Montevideo", 26. Februar nach Brasilien, 4. März von Lissabon. „Olinda", 18. Februar von Bahia nach Hamburg, 25. März von Lissabon. „Paraguassu", 10. März in Hamburg. „Paranagua", 20. März nach Brasilien. „Patagonia", 22. Februar in Hamburg. „Pernambuco", 17. Februar nach Brasilien, 26. Februar Lenerife. „Petropolis", 22. Februar in Montevideo. „Porto Alegre", 3. März nach dem La Plata. 4. März Dover. „Rosario", 5. März nach Brasilien, 7. März Dover. „San Nicolas", 18. Februar in Hamburg. „Santos", 21. Februar nach Brasilien, 28. Februar von Lissabon. „Situca", 2. März von Bahia nach Hamburg. „Uruguay", 7. März von Pernambuco nach Hamburg. „Valparaiso", 16. Februar von Bahia nach Hamburg. „Wan Bilan Bremerhaven. Nächste Expeditionen: Nach Pernambuco, Rio de Janeiro und Santos (via Lissabon) 11. März: Dampfer „Curityba", Kapt. A. Birch. Nach Bahia, Rio de Janeiro und Santos (via Lissabon) 18. März: Dampfer „Patagonia", Kapt. J. G. v. Holten. Nach Rio de Janeiro und Santos via San Miguel (Azoren) 23. März: Dampfer „Lissabon", Kapt. P. C. Holm. Nach Pernambuco, Rio de Janeiro und Santos (via Lissabon) 25 März: Dampfer „Bahia", Kapt J. Behrmann. Nach Bahia, Rio de Janeiro und Santos 1. April: Dampfer „Wallaroosa", Kapt. H. Schreiner. Schnelldampfer nach Brasilien gehende Dampfer nehmen Güter für Paranagua, Santa Catharina, Antonina Rio Grande do Sul und Porto Alegre in Durchfracht via Rio de Janeiro. Nach Montevideo, Buenos Aires, Rosario und San Nicolas (via Azoren und Rio) 20. März: Dampfer „San Nicolas", Kapt. A. Siepermann. (via Madeira) 1. April: Dampfer „Olinda", Kapt. H. Schütterow. 10. April: Dampfer „Uruguay", Kapt. H. Mühlmann. Dampfer „San Nicolas", 20 März von hier, nimmt Ladung für Tergeira und Fayal (Azoren). Dampfer „Lissabon", 23. März von hier, für San Miguel (Azoren). Die Expeditionen nach Brasilien finden jetzt wöchentlich, jeden Mittwoch Abend, statt, und zwar nach Lissabon, Rio de Janeiro und Santos jeden Mittwoch, nach Pernambuco und Bahia abwechselnd jeden zweiten Mittwoch. — Passagiere und Post nach Bahia werden mit jedem Dampfer genommen.

Handelsregister des königlichen Amtsgerichts I.

Deutsche Magnesit-Werke: Zu Frankenstein in Schlesien ist eine Zweigniederlassung errichtet. — Gustav Parkte u. Comp.: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Gesellschafter Parkte setzt das Geschäft fort. — Molenaar u. Co.: Sämmtliche Kommanditistinnen sind ausgeschieden, die bisherigen persönlich haftenden Gesellschafter setzen das Geschäft als offene Handelsgesellschaft fort. Dem Julius Leuchtenberg und dem Otto Kayser ist Kollektivprokura ertheilt. — J. S. Heller zu Guben mit Zweigniederlassung zu Berlin: Gesellschafter Otto Hermann Heinrich Heller ist ausgeschieden. Die Firma ist dem Kfm. und Fabrikbes. Max Richard Emil Heller zu Guben übertragen worden. Kfm. Georg Hermann Julius Heller ist als Gesellschafter eingetreten. — Eduard Schmahl u. Co.: Gesellschafter Fabrik. Eduard Schmahl und Fritz Feller. — Robert Meyer: Inh. der Schlächter Robert August Meyer. — A. Bibeau: Inh. Kfm. Armand Bibeau. — Export-Hand-Adreßbuch-Verlag W. J. Schmidt u. Nachfolger: Dem Paul Friedrich Richard Neumann ist Prokura ertheilt. — Gelöscht: Emil Krotoschiner.

Konkurse.

Hiesige: Manufakturwarenhändler Hermann Robert, Franseckstr. 35 b, Gläubigerversammlung 31. März, 10 Uhr Vorm.; Juwelier Johann Christian Rudolf Fricke, Charlottenstr. 32 a, früher Friedrichstr. 64, Gläubigerversammlung 26. März, 10½ Uhr Vorm.

Auswärtige: Kfm. Adolf Eischtigel, Berlinchen; Kfm. Johann Diedrich Steffen, Schweter-außenreich bei Brake; Kfm. Bernhard Unger, Bunzlau; Kfm. Johann Albert August Kühne, Dresden; Deltik. Heinrich Gottlob Schnabel, Halle a/S.; Bäck. Ludwig Dietz, Heilbronn; Hotelw. Alexander Latowski, Königsberg; Bäck. Max Josseph Wagner, Müllen; Gutsb. Jakob bei Sichtenstein; Tischl. Moritz Oskar Rüdiger, Plauen; Schiffseigner Julius Herrmann, Roßlau; Kfm. Alois Binder jun., Straubing; Bauer Johann Georg Reißzing, Echterdingen bei Stuttgart; Frau Auguste Reinack, geb. Salbrenner, Inhab. eines Galant.-Gesch. in Weimar; Wirt. Hdlr. Wilhelm Steinmeyer, Witten.

Wasserstands-Berichte.

Rhein bei Mannheim, 10 März	. . .	2,90
" bei Köln, 10 März	. . .	3,75
Main bei Frankfurt 10. März	. . .	2,38
Oder b. Breslau, 10 März O.-P.	+ 6,80, U.-P.	+ 4,37
Warthe bei Posen, 10. März	. . .	+ 4,74
Weser bei Bremen, 10. März	. . .	+ 1,40
Saale b. Calbe, 11 März O.-P.	2,36, U.-P.	3,69
Elbe bei Aussig, 9 März	. . .	4,48
" bei Dresden, 11. März	. . .	+ 3,44
" bei Magdeburg, 11. März	. . .	+ 4,47

Marktberichte.

Marktpreise von Berlin am 10 März 1891. (Nach Ermittelung des königlichen Polizeipräsidiums.) Richtfrei per 100 Kilogr. 3,80—4,50 ℳ, Heu per 100 Kilogr. 4,20*)—5,40 ℳ, Erbsen, gelbe zum Kochen 24,00—40,00 ℳ, Speisebohnen, weiße, per 100 Kilogr. 25,00—40,00 ℳ, Linsen per 100 Kilogr. 30,00—56,00 ℳ, Kartoffeln, per 100 Kilogr. 6,25 bis 8,12 ℳ, Rindfleisch von der Keule per 1 Kilogr. 1,20—1,60 ℳ, Rindfleisch, Bauchfleisch, per 1 Kilogr. 1,00—1,30 ℳ, Schweinefleisch per 1 Kilogr. 1,10 bis 1,60 ℳ, Kalbfleisch per 1 Kilogr. 1,00—1,60 ℳ, Hammelfleisch per 1 Kilogr. 1,00—1,60 ℳ, Butter per 1 Kilogr. 2,00—3,00 ℳ, Eier per 60 Stück 2 80—5,00 ℳ, Karpfen per 1 Kilogr. 1,00—2,20 ℳ, Aale per 1 Kilogr. 1,20—2,80 ℳ, Zander per 1 Kilogr. 1,00—2,40 ℳ, Hechte per 1 Kilogr. 1,00—1,80 ℳ, Barsche per 1 Kilogr. 0,70—1,60 ℳ, Schleie per 1 Kilogr. 1,20—2,40 ℳ, Pleie per 1 Kilogr. 0,60—1,40 ℳ, Krebse per 60 Stück 3,00—10,00 ℳ

Königsberg, 10. März. Weizen fest, loco 202—203 ℳ bez. — Roggen besser, loco inländ. 168 ℳ bez. — Gerste unverändert, loco 142 bis 145 ℳ bez. — Hafer höher, loco — ℳ bez. — Erbsen unverändert, loco — ℳ bez. — Bohnen unverändert. — Wicken unverändert, loco 115 bis 140 ℳ bez. — Thymothemsaat loco — ℳ bez. — Spiritus pco Konsumsteuertrist 67,00 ℳ Gd., nicht kontingentirt 47,00 ℳ Gd.

Danzig, 10. März. Weizen. Auch heute Weizen in fester Tendenz und wurde inländischer Weizen theilweise höher und Transit 1—2 ℳ höher gehandelt. Bezahlt wurde für inländischen 195 bis 208 ℳ. Termine: April-Mai — ℳ bez., Juni-Juli — ℳ. Regulirungspreis 203 ℳ. — Roggen fester. Bezahlt ist inländischer 168—170 ℳ. Termine: April-Mai — ℳ Br., 170 ℳ Gd., Mai-Juni 170 ℳ Br., 169 ℳ Gd., Juni-Juli — ℳ, September-Oktober 153 ℳ Br., 154 ℳ Gd. — Regulirungspreis 170 ℳ. — Gerste ist ge handelt inländischer — ℳ. — Erbsen — ℳ bez. — Weizenkleie 4,40 ℳ gehandelt. — Spiritus kontingentirter loco 67 ℳ Gd., kurze Lieferung 66 ℳ Gd., per März-Mai 66 ℳ Gd., nicht kontingentirter loco 47 ℳ Gd., kurze Lieferung 47 ℳ Gd. per März-Mai 47 ℳ Gd.

Posen, 11. März. Spiritus loco ohne Faß, 50er 67.70 bo. 70er 48.00, bo. bo. mit Verbrauchsabgabe von 70 ℳ und darüber —,—, per März 50er — bo. 70er — Kündigung: — Liter. Tendenz: höher — Prachtwetter.

§§ Posen, 10. März. (Original-Wollbericht). Die Geschäftsstille, welche seit Anfang dieses Jahres das ständige Wollgeschäft beherrschte, hat durch das Eintreffen mehrerer größerer Fabrikanten und Händler während der letzten 14 Tage einen wesentlichen Umschwung zum Besseren erfahren. Die Käufer legten im Allgemeinen eine rege Kauflust an den Tag, und da auch Lagerinhaber im Verkauf entgegenkommend waren, so gingen die Umsätze bei befestigender Tendenz leicht von statten. Man verkaufte an schlesische Händler und märkische Fabrikanten gegen 400 Zentner feinere Rückenwäschen und 350 Zentner chemisch gewaschener Wollen, ferner nach Schweden gegen 400 Zentner bessere Gerberwollen à 130—133 ℳ. Von ungewaschener Wolle und ungewaschener Lammwolle erwarb ein hiesiger und ein schlesischer Wäscher ca. 800 Zentner. Bei diesen Verkäufen stellt sich eine Preisverbesserung von 2 bis 3 ℳ gegen Anfang dieses Jahres heraus. In der Provinz, wo die Bestände schon fast gänzlich geräumt sind, ist ebenfalls Mehreres von den besseren Tuchwollen an auswärtige Großhändler verkauft worden. Hier kamen in letzter Zeit kleine Partieen aus der Provinz heran. Das hiesige Lager beträgt jetzt noch ca. 3500 Zentner Rückenwäschen und 1500 Zentner Schmugwollen. Im Kontraktgeschäft ist es noch ruhig. Spinnereien bestehen auf vorjährige Wollmarktspreise, während Händler bis 10 ℳ niedrigere Gebote machen. Wie wir hören, sollen in den letzten Tagen einige Posten bekannter Dominien von Händlern in der Provinz, den jetzigen Preisen Rechnung tragend, kontraktlich gekauft worden sein. Unsere hiesigen Großhändler halten sich von Kontraktabschlüssen noch vollständig fern.

Breslau, 11. März. Spiritus per 100 Liter 100 pCt. exkl. 50 ℳ Verbrauchsabgabe per März 67.70, bo. 70 ℳ Verbrauchsabgabe per März 48.80 per April-Mai 48.80 per Juni-Juli 49,50. — Roggen per März 180,00, per April-Mai 179,00, per Mai-Juni 178,00. — Rüböl loco per März 60,00, per April-Mai —,—. — Zink unfaßlos. — Wetter: Prachtvoll.

Stettin, 11. März. Getreidemarkt. Weizen niedriger, loco 195—203 ℳ per März —, per April-Mai 206,00, per Mai-Juni 208,00. — Roggen matt, loco 170—177, per März-April —,—, per April-Mai 179,50, per Mai-Juni 177.50. — Pomm. Hafer loco 142 bis 148. — Rüböl behauptet, loco — ℳ, per April-Mai 61,50, per September-Oktober 62,50. — Spiritus fest, loco ohne Faß per 100 Liter Konsumsteuer 69,20, mit 70 ℳ Konsumsteuer 49,50, per April mit 70 ℳ Konsumsteuer —,—, per April-Mai mit 70 ℳ Konsumsteuer 49,30, per August-September mit 70 ℳ Konsumsteuer 49 60 — Petroleum loco 11,40

Pitz, 11. März. Nachmittags 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 21,50, do. fremder loco 23,00 per März 21,50, per Mai 21,95, per Juli —,—. — Roggen hiesiger loco 18 00 fremder loco 20,25, per März 18,80, per Mai 18,85, per Juli —,—. — Hafer loco hiesiger 16,75, fremder 17.00. — Rüböl loco 63,50, per Mai 62,50, per Oktober 64,50

Magdeburg, 11 März. Landweizen 195 bis 202, Weißweizen — ℳ, glatter engl. Weizen 192—202 ℳ. Rauhweizen 180—186 ℳ, Roggen 175—180 ℳ. Chevaliergerste 166—180 ℳ. Landgerste 160—166 ℳ. Hafer 140—158 ℳ für 1000 Kilogramm.

Magdeburg, 11. März. Zuckerbericht. Kornzucker exkl., von 92 pCt. 18 60 Kornzucker exkl. 88 pCt. Nendem. 17 70 Nachprodukte exkl. 75 pCt. Rendement 15,10. Stetig. Brotraffinade I. 28,50 Brotraffinade II. —,—. Gem. Raffinade mit Faß 28,25. Gem. Melis I mit Faß 26,75. Rubig. Rohzucker I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per März 14,00 bez., 14,05 Br., per April 13,95 bez., 13,97½ Br., per Mai 13,97½ bez., 14,00 Br., per Juni 14,02½ bez., 14,05 Br. Fest.

Hamburg, 11. März, Nachmittags Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer neuer 134—200 ℳ. Roggen loco ruhig mecklenburgischer loco neuer 135—190, russischer loco ruhig, 132 bis 136. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig — Rüböl (unverzollt) fest loco 61. — Spiritus still, per März 35½ Br., per April-Mai 35½ Br., per per Juli-August 36½ Br., per September-Oktober 36½ Br. Kaffee fest. Umsatz 3000 Sack. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6 60 Br., per März — Br., per August-Dezember 6,85 Br., — Gd. — Wetter: Regen, sehr neblig.

Bremen, 11. März. Petroleum. (Schlußbericht.) Rubig Standard white loco 6,45 Br.

Mannheim, 11. März. Nachmitt. 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen per März 21,40, per Mai 21,95, per Juli 22,20, per November 20,70. — Roggen per März 18,75, per Mai 18,60, per Juli 18,20, per November 17,15. — Hafer per März 15,90, per Mai 16,50, per Juli 16,75, per November 15,10. — Mais per März 14,50, per Mai 14,50, per Juli — per November 15,75.

Pest, 11. März. Vormittags 11 Uhr. Produktenmarkt. Weizen loco ruhig, per Frühjahr 8,38 Gb., 8,40 Br., per Mai-Juni 8,24 Gb., 8,26 Br., pr. Herbst 7,92 Gb., 7,94 Br. Hafer per Frühjahr 7,00 Gb., 7,02 Br., per Herbst 6,14 Gb. 6,16 Br. — Mais per Mai-Juni 6,15 Gb., 6,17 Br. — Kohlraps per August-September 14,20 bis 14,30. — Wetter: Sonnenschein, Eisgang.

Paris, 11. März. Nachmittags. (Schlußbericht.) Rohzucker 88° fest, 36,00. — Weißer Zucker fest, Nr. 3 pr. 100 Kilogramm per März 38,75, per April 39,00, per Mai-Juni 9 62½, per Oktober-Januar 36,00.

Havre, 11. März, Vormitt. 10 Uhr 30 Min. Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Zeigler u. Komp.) Kaffee good average Santos per März 108 25, per Mai 106 75, per September 102,75. Behauptet.

Lyon, 7. März. Seide. Rubig. Stationair.

Amsterdam, 11. März, Nachmitt. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unverändert, per März 239, per November 236. — Roggen loco geschäftslos, bo. auf Termine flau, per März 171, per Mai 172—171, per Mai 165—168—167, per Oktober 155 bis 156—155—154. — Raps per Frühjahr —.— Rüböl loco 34, per Mai 32¾, per Herbst 33¼.

Antwerpen, 10. März. Wollauktion. Angeboten wurden 1927 Ballen Buenos Ayres-, 33 B. Montevideo-, 119 B. Cxtertos, 296 B. Australier, davon verkauft 875 B. Buenos Ayres-, 18 B. Montevideo-, 119 B. Cxtertos, 85 B. Australier. Geringe Auswahl, Käufer ziemlich zahlreich; Preise 5 pCt unter Januar-Verkäufen.

London, 11. März, Nachmittags. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 19800, Gerste 3590, Hafer 31 510 Qrtr. Weizen fest, behauptet. Roggen ruhig, russischer ½ Sh. höher gehalten; russischer Hafer stramm. Uebrige Artikel stetig, ruhig.

Liverpool, 10. März Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Stetig. Mibdl. amerikanische Lieferungen: März-April 4⁴⁰/₆₄ Käuferpreis, April-Mai 4⁴¹/₆₄ do., Mai-Juni 4½ do., Juni-Juli 4¹⁵/₁₆ Werth, Juli-August —, August-September 5⁰⁰/₆₄ Käuferpreis, September-Oktober 4⁶³/₆₄ do., Oktober-November 5⁰⁰/₆₄ d. Werth.

Glasgow, 11. März Vormittags 11 Uhr 5 Min. Roheisen. Mixed numbres warrants 45 sh. 4½ d. Rubig.

Glasgow, 11. März. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbres warrants 44 sh. 10 d

Petersburg, 10 März, Nachmittags 1 Uhr 30 Min. Produktenmarkt. Talg loco 43,00, per August —,—. Weizen loco 11,00. Roggen loco 7.50 Hafer loco 4,50 Hanf loco 40,00 Leinsaat loco 12,00. — Wetter: Schnee.

New-York, 10 März. Abends 6 Uhr. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 8¾, do. in New-Orleans 8¾. Petroleum 7.) pCt. Abel Test in New-York 7,50 Gd., do. in Philadelphia 7,50 Gd. Rohes Petroleum in New-York 7,10, do. Pipe line Certificates pr. April 76½. Stetig. — Schmalz loco 6,12, do. (Rohe u. Brothers) 6,40. Zucker (Fair refin. Muscovados) 5¼. Mais (New) per April 64. Rother Winterweizen loco 114½. Kaffee (Fair Rio) 19¾. Mehl 4 Doll. 05 ₰. Getreidefracht 2. Kupfer per April 13,90 nom. Weizen per März 113¾ per April —,—, per Mai 109¾, per Juli 105¾. Kaffee Rio Nr. 7 ordinairy low per April 17,77, per Juni 17,42

New-York, 10. März, Der Werth der in der verganganen Woche ausgeführten Produkte betrug 8 629 376 Dollars gegen 8 100 048 Doll. in der Vorwoche.

*) Der am 7. d. Mts. angegebene niedrigste Preis von „Heu" beträgt nicht, wie irrthümlich angegeben 2, sondern 4 ℳ

Die Fürstin der Seifen. 4481

Wollt Ihr ein kräftiges Parfum, erlesen weich, Nehmt Congoseife fanft bekannt in aller Reich; Die Seife herrlich ist, vollkommen, ohne Gleichen, Sie macht die sprödʼ steʼpaut zum reinsten Weißerdleichen.

Carl Aist — F. v. Studentenpfeifen — Kais. Wilhstr. 2. 4479

Die Königlich Rumänische Hofverwaltung zeigt hiemit abermals an, daß sie unter keinerlei Vorwand Sendungen von Waaren, Büchern, Bildern, verwandten Werken und sonstigen Gegenständen, welche als Geschenke oder zur Verehrung dargebracht sind, annehmen kann. Sie erklärt sich übrigens für allfällige Verluste zurückschicker Objekte nicht verantwortlich und überläßt es den Eigenthümern für die Zurückerlangung derselben zu sorgen. 3596

Tages-Kalender

vom 12. März.

Konzerte: Konzerthaus, Karl Meyder-Konzert. **Aquarium.** — **Circus G. Schumann,** Friedrich Karl-Ufer. Große Vorstellung.

Ausstellungen: Ditomar Untzhitz, Charlottenstraße 59. Elektrischer Schnellseher. — Urania, Invalidenstraße 57/62, Sternwarte. — Eduard Schulte, Kunstausstellung, Unter den Linden 4a. — Kunst-Ausstellung des Vereins Berliner Künstler, Wilhelmstr. 92. — Castan's Panoptikum, Friedrichstraße 165, Ecke Behrenstraße. — Passage-Panoptikum, Passage. — Kaiser-Panorama, Passage. 1 Tr. — Sedan-Panorama am Bahnhof Alexanderplatz. — National-Panorama, Herwarthstraße 4. — Nordland-Panorama, Wilhelmstraße Nr. 10. — Jerusalem-Panorama am Bahnhof Thiergarten.

Vereine: Christlicher Verein junger Männer, Wilhelmstraße 34. 4 Uhr: Religiöse Versammlung mit nachfolgender geselliger Vereinigung. 6 Uhr: Turnen für Bäcker. 8½ Uhr: Biblische Besprechung der kaufmännischen Abtheilung. Vereinigung Arends'scher Stenographen. Kegeln. — Berliner Ostend-Klub, Rüdersdorferstr. 45. 8½ Uhr: Versammlung mit Damen. — Sektion Berlin des D. und Oe. Alpenvereins, Anhalter Bahnhof. 7½ Uhr: Sitzung. — Konservativer Bürgerverein der Hauptbezirk Vorstadt, A. Keller's Salon, Bergstr. 68. 8½ Uhr: Vereinsversammlung.

Inserate.

Danksagung.

Für die so reichlich gestossenen Gaben auf unsere Bitte für die schwerkranke, ältere Dame sagen wir allen edlen Gebern unsern herzlichsten Dank. Gleichzeitig können wir mit Freuden mittheilen, daß in Folge dieser Gaben und durch Gottes Gnade der Zustand der Kranken sich erheblich gebessert hat.

O. Grohswald (als Hauswirth), Goebenstraße 22, I. **A. Praetorius,** Pfarrer emer., Kirchdachstr. 9. 4488

Zur Einsegnung

Vorzüglichdauerhafte, ungefärbte **schwarze Seidenstoffe,** bewährt im Tragen, welche weder brechen noch krausen: **schwarzseid. Merveilleux Meter 2,90,** 3,90 u. 4,90 M. **schwarzseid. Piqué Meter 3,75,** 4,75 u. 5,35 M. empfiehlt

H. Lissauer, Berlin

W. Markgrafenstr. 57

Eingang aller Neuheiten à la mode u. halbsaid. Frühjahrsstoffen

Proben u. Preisliste franco 3175

4032 **Kunst-Grabdenkmäler.**

Unser Detail-Geschäft **(Specialität. Figuren)** befindet sich jetzt **Mauerstr. 94,** Ecke Friedrichstr.

Vanelli & Co., aus Carrara.

92

Zum **Osterfeste**

bitte ich meine geehrten

Kunden

doch baldigst kommen zu wollen. Besonders in

Knaben-Paletots
Mädchen-Paletots
Knaben-Pyjacks
Mädchen-Jackets
kleine Baby-Mäntel

in weiß, marineblau, roth sind alle **Neuheiten** fertig und können die geehrten Herrschaften in den letzten Tagen vor dem Fest bei dem enormen Andrange wirklich nicht so gut bedient werden als wie jetzt.

Arnold Müller,

93. Leipziger Strasse 93.

Für Branntweine.

Viele Möbel, welche vermiethet hatte (fast neu), verk., um damit zu räumen, zu ganz bill. Preisen. Theilz. gestattet ℳ darunter Büffels, Paneelsopha, Trüm. 70., Ausziehtt. 14., Bücher-, Kleider-u. Waschschrind., Herrenschreibtisch 45., Garnit., Rohrsett 28., Waschtoil., Küchenmöb., Tepp. u. s. w. Leipziger Str. 56 I (am Spittelm.) 4512

Im **Kindergärtnerinnen-Seminar** beginnt am 2. April ein neuer **halbjähriger** Kursus. Anmeldungen wird gern u. billige Pension nachgewiesen. Das Seminar verschafft den Schülerinnen Stellung. Anmeldungen bei der Vorsteherin **Alma Schulz, 55 Joffenerstraße 55,** p. 2938

Gewissenhafte liebevolle Pflege und Erziehung finden Kinder vom 3. bis 12. Jahre in gebildeter Familie, in der Nähe der Bülowstraße. Pensionspreis incl. Wäsche und Nachhilfe in den Schularbeiten monatlich 35 ℳ. Gefl. Adressen unter **„G. F. 9."** Exped. d. Ztg. niederzul. 4367

Offene Stellen.

Wir suchen für d. Nachmittagstunden e. Beamten z. Erledigung d. einf. Buchführung. Schriftl. Anerbietungen m. Bedingungen erbeten. 4484
Luisenstr. 30. **Boas & Hesse,** Buchhandlung.

Ein Gärtner, unverh., 30 Jahre alt, ev., in jeder Branche der Gärtnerei erfahr., firm im französisch. Obstbaumschnitt, guter Schütze, gedienter Jäger, selbstthätig, sucht für 1. April dauernde Stellung. Briefe mit Gehaltsangaben unter **W. R. 100** Postamt 20 Berlin N. niederzulegen. 4497

Als Privatwächter erfahren, gestützt auf gute Empfehlungen, suche anderweitig Stellung. Gefäll. Off. bei **Hübscher,** Rittterstr. 118. 4428

Zur gefälligen Beachtung.

Für Massage und Heilgym

Allerhöchsten Kriegsherrn zu sichern, wie ihnen eine lobende Anerkennung für das Exerzieren zu Theil geworden war. An der Spitze der Gardefüsiliere ritt der Kaiser alsdann zur Stadt zurück. An der Ecke der Linden und Friedrichstraße nahm der Allerhöchste Kriegsherr noch den Vorbeimarsch der beiden ersten Bataillone in Sektionskolonne ab und führte dann das Alexanderbataillon bis zum Schloß, wo dieses vor dem Abrücken nach seinem Kasernement gleichfalls noch einmal defilirte.

(Eisenbahnen.) Nach der im Reichs-Eisenbahnamt aufgestellten, gestern im „R.- und St.-Anz." veröffentlichten Nachweisung, der auf deutschen Eisenbahnen — ausschließlich Bayerns — im Monat Januar d. J. beim Eisenbahnbetriebe (mit Ausschluß der Werkstätten) vorgekommenen Unfälle waren im Ganzen zu verzeichnen: 37 Entgleisungen und 7 Zusammenstöße auf freier Bahn, 50 Entgleisungen und 52 Zusammenstöße in Stationen und 306 sonstige Unfälle (Ueberfahren von Fuhrwerken, Feuer im Zuge, Kesselexplosionen und andere Ereignisse beim Eisenbahnbetriebe, sofern bei letzteren Personen getödtet oder verletzt worden sind). Bei diesen Unfällen sind im Ganzen, und zwar größtentheils durch eigenes Verschulden, 386 Personen verunglückt, sowie 112 Eisenbahnfahrzeuge erheblich und 311 unerheblich beschädigt. Von den beförderten Reisenden wurden 5 getödtet und 38 verletzt, und zwar entfallen: je eine Tödtung auf die königlich württembergischen Staatseisenbahnen, auf die großherzoglich badischen Staatseisenbahnen und auf die Verwaltungsbezirke der königlichen Eisenbahndirektionen zu Breslau, zu Köln (linksrh.) und zu Hannover, 18 Verletzungen auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahndirektion zu Breslau, sechs Verletzungen auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahndirektion zu Berlin, fünf Verletzungen auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahndirektion zu Erfurt, vier Verletzungen auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahndirektion zu Elberfeld, zwei Verletzungen auf den Verwaltungsbezirk der königlichen Eisenbahndirektion zu Hannover und je eine Verletzung auf die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen und auf die Verwaltungsbezirke der königlichen Eisenbahndirektionen zu Oldenburg und zu Köln (rechtsrh.). Von Bahnbeamten und Arbeitern im Dienst wurden beim eigentlichen Eisenbahnbetriebe 56 getödtet und 249 verletzt, von Steuer- u. s. w. Beamten 1 getödtet und 3 verletzt, von fremden Personen (einschließlich der nicht im Dienst befindlichen Bahnbeamten und Arbeiter) 17 getödtet und 17 verletzt. Außerdem wurden bei Nebenbeschäftigungen 44 Beamte verletzt. Von den sämmtlichen Unfällen beim Eisenbahnbetriebe entfallen auf: A. Staatsbahnen und unter Staatsverwaltung stehende Bahnen (bei zusammen 33 479,90 Kilom. Betriebslänge 339 393 930 gefoderten Achskilometern) 415 Fälle, davon sind verhältnißmäßig, d. h. unter Berücksichtigung der geförderten Achskilometer und der im Betriebe gewesenen Längen, in den Verwaltungsbezirken der königlichen Eisenbahndirektionen zu Köln (rechtsrh.), zu Berlin und zu Erfurt die meisten Unfälle vorgekommen. B. Privatbahnen (bei zusammen 26 283,33 Kilom. Betriebslänge und 26 323 313 geförderten Achskilometern) 37 Fälle, davon sind verhältnißmäßig auf der Krefelder Eisenbahn, auf der Hessischen Ludwigsbahn und auf der Lübeck-Büchener Eisenbahn die meisten Unfälle vorgekommen.

* Für die Veröffentlichungen der in Preußen konzessionirten Lebensversicherungs-Gesellschaften über ihre Geschäftsergebnisse trifft eine an den hiesigen Polizeipräsidenten und abschriftlich an die Regierungspräsidenten ergangene Verfügung des Ministers des Innern vom 9. Februar erhebliche Aenderungen. Zunächst wird erklärt, daß die Rechnungsvorlagen zu einem erheblichen Theile bisher nicht mit genügender Klarheit und Uebersichtlichkeit erfolgt sind, welche erforderlich ist, um nicht allein dem Fachmann, sondern dem betheiligten Publikum erkennbar zu machen, welches die jetzige Finanzlage der betreffenden Anstalt ist und ob die letztere vertrauenswürdig erscheint. Dies gilt sowohl von den Jahresrechnungen, Bilanzen und Geschäftsübersichten, welche durch den „Reichs-Anzeiger" zur Veröffentlichung gelangen, wie von den Jahresberichten, welche nur der Aufsichtsbehörde und den in den Generalversammlungen erscheinenden Betheiligten vorgelegt zu werden pflegen. Um in dieser Beziehung eine größere Gleichmäßigkeit und Klarheit herbeizuführen, ordnet der Minister an, daß die Gewinn- und Verlustrechnung nach bestimmten Kategorien aufzustellen ist; ferner soll die Bilanz über genau festgestellte Punkte Auskunft geben; auch wird eine Vorlage jeder künftigen Uebersicht von dem Geschäftsbetriebe ist nach einem vorgeschriebenen Formulare aufzustellen; für den Jahresbericht werden neben den Erläuterungen sämmtlicher Einnahme- und Ausgabe-Posten Nachweisungen über Zahl, Zugang, Abgang der Versicherungen 2c. vorgeschrieben. Von diesem Jahresbericht soll jedem preußischen Versicherten wieder stets verlangt, ein Druckexemplar gegen Erstattung der Druck- und Portokosten verabfolgt werden. Alle diese Bestimmungen kommen für die Aufstellung der Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1891 in Anwendung.

* Aus Anlaß eines Spezialfalles hat der Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten im Einverständniß mit dem Finanzminister die königlichen Regierungspräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die auf Grund des § 11 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 13. November 1875, betreffend die Prüfung der Apothekergehülfen, nach Beendigung dieser Prüfung von der Prüfungskommission auszufertigenden Zeugnisse über die Qualifikation der geprüften Lehrlinge zur Abwartung einer Apothekergehilfen-Stelle der Gemeinschaftur unterworfen sind. Es ist diese Gehülfenprüfung ein erstes Staatsexamen, welches der Apothekerlehrling abzulegen hat, und das darüber ertheilte Zeugniß kein vorbereitendes, sondern ein selbstständiges — und darum nicht stempelfreies — amtliches Attest in Privatangelegenheiten. Dagegen sind die Entlassungszeugnisse, welche von den Lehrherren den Apothekerlehrlingen nach Beendigung der vorgeschriebenen Lehrzeit ausgestellt werden und von den Physikern mit zu unterzeichnen sind, ebenso wie die Servirzeugnisse der Apothekergehülfen stempelfrei. Ob der Stempel von 1,50 ℳ für die erstgedachten Zeugnisse zugleich mit den Prüfungsgebühren oder erst bei der Ausbändigung des Gehülfenzeugnisses einzuziehen sein wird, soll, wie der Kultusminister in dem fraglichen Erlaß bemerkt, dem Ermessen der Regierungspräsidenten überlassen bleiben.

Breslau, 10. März. In der gestrigen ersten Sitzung des Provinziallandtages erfolgte die Uebergabe des Modells des Ehrenschildes, welchen die Provinz dem Herzog von Ratibor anläßlich seines 50jährigen Herzogsjubiläums gestiftet hatte. Graf v. Stolch wies im Namen des Landtages auf die langjährige Thätigkeit des Herzogs als Vorsitzenden des Provinziallandtages hin und sprach den Wunsch aus, daß es dem Herzog noch lange vergönnt sein möge, seine Kräfte zum Wohl der Provinz zu nützen. Der Herzog von Ratibor erwiderte: „Ich bin tief gerührt von den wiederholten Zeichen der Anerkennung, welche meine schwachen Leistungen bei der Versammlung gefunden haben. Ich weiß wohl, daß meine Leistungen weit hinter meinem guten Willen zurückgeblieben sind; aber ich kann verschern, daß, so lange ich einen Athem habe und im Stande bin, die Interessen der Provinz zu vertreten, ich dies immer mit der größten Freude thun werde. Gott hat mir bis jetzt Gesundheit geschenkt und es mir vergönnt, viele Jahre lang an der Spitze dieser hochansehnlichen Versammlung zu stehen. Es hat mir dies immer zur größten Freude und Ehre gereicht, und es war mir stets eine der größten Annehmlichkeiten und Freuden meines Lebens, dem Landtage vorzusitzen. Es wird mir auch ferner zur Ehre gereichen, in gleicher Weise wie bisher mit Eifer für die Provinz zu wirken, so lange Sie mich an dieser Stelle sehen wollen und Gott mir Kraft verleiht, dazu im Stande zu sein. Ich danke Ihnen nochmals herzlich für den erneuten Beweis Ihrer Anerkennung."

Kreseld, 10. März. In der Sitzung der Handelskammer am 2. d. MS. wurde, der „Rheinisch-Westf. Ztg." zufolge, mitgetheilt, daß die vertraulliche Anfrage des Herrn Handelsministers Frhrn. v. Berlepsch bezüglich der vertragsmäßigen Lieferung von Kohlen seitens rheinisch-westfälischer Kohlengruben nach vorgängigen Ermittelungen durch die Handelskammer dahin beantwortet worden ist, daß den im Januar laut gewordenen Klagen der Industrie über Verzögerungen in den Kohlenlieferungen lediglich der herrschende Wagenmangel zu Grunde gelegen hat.

Aachen, 11. März. Nach der „K. Z." wäre der von der Stadt Aachen erbotte Kaiserbesuch anläßlich der Rheinreise Sr. Majestät bis jetzt nicht in Aussicht genommen.

Braunschweig, 10. März. Zur Sonntagsruhe sprach sich die hiesige Handelskammer gutachtlich dahin aus, daß die Geschäfte in der Stadt Braunschweig Sonntags um 1 Uhr, auf dem Lande um 4 Uhr zu schließen seien, daß die Schließung sich aber auch auf solche Geschäfte zu erstrecken habe, deren Inhaber ohne Gehülfen arbeiten.

Straßburg, 10. März. Das „Elsäß. Journ." erklärt die Mittheilung, daß die Abgeordneten Winterer und Ditsch und die übrigen Protestler und Klerikalen bei der Abstimmung über den Adreßentwurf im Landesausschuß den Saal verlassen hätten, für unrichtig.

Kirchliche Nachrichten.

* Die „N. Ev. Kirchenztg." hatte zu der Berufung des hannoverschen Lutheraners Barkhausen an die Spitze des Ober-Kirchenraths bemerkt, „man hoffe, daß es dem neuen Präsidenten gelingen werde, eine gewisse Belebung zu den Kirchen der neuen Provinzen anzubahnen". Dazu wird der „Magdeb. Ztg." geschrieben: „Man vermuthet in kirchlichen Kreisen, daß die Berufung D. Barkhausen's, eines geborenen Hannoveraners, mit Plänen im Zusammenhange stehe, welche darauf gerichtet sein sollen, durch Einrichtung eines konfessionell lutherischen Oberkirchenrats im Evangelischen Ober-Kirchenrath die Leitung der lutherischen Landeskirchen der neu erworbenen Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein, Kurhessen 2c., welche bisher dem Kultusminister obliegt, auf den Evangelischen Ober-Kirchenrath zu übertragen."

Aus deutschen Garnisonen.

Cassel, 10. März. Wie nach der „Magdeb. Ztg." verlautet, haben sich die Räumlichkeiten des Schlosses Friedenstein in Gotha zu einem kaiserlichen Hauptquartier während der Manöver des 4. und 11. Armeekorps nicht als geeignet erwiesen; daher würde das Hauptmanöver beider Korps in der Nähe von Eschwege gehalten und dementsprechend das Hauptquartier des Kaisers in Cassel errichtet werden.

Marine und Schiffahrt.

* S. M. Kanonenboot „Iltis", Kommandant Korvettenkapitain Ascher, ist am 10. März in Shanghai eingetroffen und beabsichtigt am 20. desi. Mts. nach Footchow in See zu gehen.

* In Hamburg wird am 18. März d. J. mit einer Seeoffiziers-Prüfung und am 6. April d. J. mit einer Seeschifferprüfung für große Fahrt begonnen werden.

Provinzial-Zeitung.

W **Stalmierzyce,** 10. März. Heute Vormittag spielte sich an unserer Grenze ein Akt der Uebergabe eines politischen Verbrechers seitens der preußischen Behörde an die russische ab. Der Gefangene wurde der Droschke von Ostrowo in Begleitung eines Gendarmen und zweier russischen Detektivs gefesselt hierher befördert. An der „rogatka", d. h. Grenzkette, wurde derselbe von der russischen Polizei von Neuem gefesselt, nachdem der Verbrecher vom Landrathe des hiesigen Kreises, Frhrn. v. Lützow, der russischen Behörde übergeben war. Im Zollhäuschen auf russischem Boden, in welches sich der Landrath begab, geschah die nochmalige Fesselung des Falles. — Seit einigen Tagen herrscht hier vollständiges Frühlingswetter, welches unter orkanmäßigem Sturme mit einem Gewitter bei schneebedeckten Feldern seinen Anfang genommen hat. Das Gewitter währte zwar nicht lange, doch hatte es bedeutenden Schaden im Gefolge.

mn. **Königs-Wusterhausen,** 11. März. Die Reparatur der Notteknal-Schleuse ist vollendet und die Schleuse seit Montag für die Schifffahrt wieder geöffnet.

Tauen (Westfalen), 10. März. Am 7. d. Abends 10 Uhr, fand, wie die „N. Pr. Ztg." mittheilt, in dem östlichen Theile der Zeche „Monopol" eine Explosion schlagender Wetter statt. Einer der Bergleute blieb sofort todt und konnte der Leichnam nicht geborgen werden. Fünf andere wurden, schwer verbrannt, unter großen Gefahren gerettet; einer unter ihnen ist schon verschieden.

Literarisches.

* Bei dem täglich wachsenden Interesse für ferne, vor wenigen Jahren beinahe noch unbekannte Länder und Völker, welches, seitdem Deutschland in die Reihe der Kolonialpolitik treibenden und Kolonien besitzenden Nationen eingetreten ist, über den früher eng begrenzten Kreis der Fachgelehrten hinaus auch weitere Schichten erfaßt hat, werden Werke, in denen uns ein abgerundetes ethnographisches Bild von Völkerstämmen geboten wird, die heute kaum dem Namen nach bekannt, morgen schon wieder bei dem Zerfetzungsprozeß, dem jetzt sämmtliche Naturvölker ausgesetzt sind, von der Erde verschwinden können, stets mit größter Freude und wohlverdienter Anerkennung begrüßt werden. Eine solche Arbeit liefert uns Hofrath Dr. A. B. Meyer, der unermüdlich thätige und die Schätze der seiner Leitung anvertrauten Sammlungen in geradezu musterhafter Weise verarbeitende Direktor des Königl. Anthropologisch-Ethnographischen Museums in Dresden. Als achte der mit Unterstützung der Generaldirektion der königlichen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft aus dem Ethnographischen Museum von Dr. Meyer herausgegebenen Publikationen liegt uns heute das Prachtwerk vor: A. B. Meyer und A. Schadenberg: die Philippinen. I. Nord-Luzon. Mit 18 Tafeln in Lichtdruck und sechs Holzschnitten. Dresden 1890. Verlag von Stengel u. Mackert. Dieser Band, in welchem ausschließlich im Dresdener Museum befindliche Gegenstände dargestellt und kritisch bearbeitet sind, findet seine Ergänzung in dem gleichzeitig erschienenen „Album von Philippinen-Typen Nord-Luzon" mit über 600 Abbildungen im Lichtdruck, ebenfalls herausgegeben und im Verlag von Stengel u. Mackert erschienen, von A. B. Meyer und A. Schadenberg. Dr. Meyer hat die Philippinen vor nunmehr langen Jahren besucht; A. Schadenberg hat sich deren wissenschaftliche Erforschung zur Lebensaufgabe gestellt. In den vorliegenden Bänden, denen noch ein früher erschienenes von A. B. Meyer verfaßtes „Album von Philippinen-Typen I." beigerechnen ist, wird der Leser Alles zusammengestellt finden, was über die verschiedenartigen Nord-Luzon bewohnenden Stämme (Negritos, Ingtanen, Banaos, Ginanenen, Ilipanen, Galingat, Apayaos, Igoroten 2c.) überhaupt bekannt ist. Abgesehen davon ermöglichen es vier Hunderte von Originalphotographieen, die nicht nur Bilder dieser beinahe ganz unbekannten Wilden als Individuen, oder in Gruppen bei häuslicher und Feldarbeit, beim Spiel oder zum Kriege gezupft, dabei deren Häuser und Dörfer bringen, sondern zumal solche, welche deren Abzeichen, Waffen, Geräthe, Schmuckgegenstände, Hausgeräthe u. s. w. darstellen, dem Ethnologen, diese Naturvölker in ihren Erzeugnissen ebenso zu studiren, als ob er die Originale in Händen hätte. Die Verfasser haben sich durch dieses Werk um die Länder- und Völkerkunde hoch verdient gemacht. Hoffentlich erringt dasselbe auch in den weiteren Kreisen des lesenden und solche Prachtwerke kaufenden (!) Publikums die ihm gebührende Anerkennung.

d'A. Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild. Die uns vorliegenden Lieferungen 121, 122, 123, 124 und 125 enthalten das 18. und 19. Heft zum zweiten Band: Ungarn, und das 14., 15. und 16. Heft von „Kärnten und Krain" und bringen für das Land der Stephanskrone zunächst in der 121. Lieferung, die Beiträge, denen noch ein früher erschienenes von A. B. Meyer verfaßtes „Album von Philippinen-Typen I." beigerechnen ist, wird der Leser Alles zusammengestellt finden, was über die verschiedenartigen Nord-Luzon bewohnenden Stämme (Negritos, Ingtanen, Banaos, Ginanenen, Ilipanen, Galingat, Apayaos, Igoroten 2c.) überhaupt bekannt ist. Abgesehen davon ermöglichen es vier Hunderte von Originalphotographieen, die nicht nur Bilder dieser beinahe ganz unbekannten Wilden als Individuen, oder in Gruppen bei häuslicher und Feldarbeit, beim Spiel oder zum Kriege gezupft, dabei deren Häuser und Dörfer bringen, sondern zumal solche, welche deren Abzeichen, Waffen, Geräthe, Schmuckgegenstände, Hausgeräthe u. s. w. darstellen, dem Ethnologen, diese Naturvölker in ihren Erzeugnissen ebenso zu studiren, als ob er die Originale in Händen hätte. Die Verfasser haben sich durch dieses Werk um die Länder- und Völkerkunde hoch verdient gemacht. Hoffentlich erringt dasselbe auch in den weiteren Kreisen des lesenden und solche Prachtwerke kaufenden (!) Publikums die ihm gebührende Anerkennung.

d'A. Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild. Die uns vorliegenden Lieferungen 121, 122, 123, 124 und 125 enthalten das 18. und 19. Heft zum zweiten Band: Ungarn, und das 14., 15. und 16. Heft von „Kärnten und Krain" und bringen für das Land der Stephanskrone zunächst in der 121. Lieferung, die Beiträge des bekannten Schriftstellers Eugen Szentkláray der Kolonisation Südungarns durch Deutsche, ihre Sitten und Gebräuche betreffend. Man erfährt hieraus, daß die erste Massenauswanderung der Deutschen aus den Jahren 1722 bis 1727 datirt, während die zweite durch das „Kolonisationspatent vom 25. Februar 1763" abschloß, und die dritte unter Kaiser Joseph II. als die bedeutsamste Epoche der deutschen Besiedelung von Südungarn betrachtet werden kann. Die Fortsetzung der vornehmlich landschaftlichen und kulturellen Schilderung der großen ungarischen Tiefebene wird in der 124. Lieferung geboten, indem der Verfasser, Franz Badics das geistige Leben und Treiben der Krone Ungarns in anschaulicher und interessanter Weise vorführt. Am interessantesten in dieser Lieferung gestaltet sich die Beschreibung des Lebens jener Einwohner, welche als eingewanderte Dalmatiner bezeichnet Herzegowzen unter dem Namen Bunyerácsen einen Menschenschlag bilden, der sich weder zu den Magyaren noch zu den Serben zählen läßt. Die zahlreichen Abbildungen in den vorerwähnten Lieferungen sind von den hervorragenden ungarischen Künstlern Julius Hary, Karl Tsierna, Bela Spanyi, Szturmai, Gregusz und Roscorics ausgeführt. Die Lieferungen 122 und 123 bringen interessante Themen aus dem Kroatande Kroatien, indem Professor Dr. Karl Julius Schröer das Land Croatien und seine Bewohner behandelt, während die Herren Johann Franke und Johann Fils die Architektur, Malerei und Plastik in Kroatien Ersterer das Mittelalter, Letzterer die Renaissance und Neuzeit besprechen. Leider sind die meisten Denkmäler auf diesen Gebieten der Zerstörungswuth barbarischer Horden zum Opfer gefallen und mißverstandene Renovirungen früherer Jahre haben die letzten Spuren zeitlicher Charakteristik bei vielen Werken gänzlich verwischt. Als Beispiele für die nunmehr weit hinter uns liegende Periode künstlerischen Schaffens werden im Bilde angeführt: die Basilika St. Peter bei Bigaun, der Chor der Kirche zu Ehrengruben (von Professor Victor Lunz), das Christusbild an dem Kirchlein zu Bodeschitsch bei Veldes und Himmel und Hölle aus dem Jüngsten Gerichte in der Kirche zu Krtina bei Aich (von Karl von Siegl). Die Darstellung der Kunstentwicklung Krains während der Renaissance und der Neuzeit ist ebenfalls durch Abbildungen illustrirt, worunter ein sehr interessantes Skulpturwerk aus der Uebergangszeit von der Gothik zur Renaissance, das in der Kirche zu Dvor bei Billichgrätz befindliche steinerne Portal, eine hervorragende Stelle einnimmt. Auf die Abbildung eines Deckengemäldes im Museum Rudolfinum in Laibach, die Beschützerin des Landes „Carniolia" findet sich in diesem Hefte, es ist dies das Werk eines jüngst verstorbenen einheimischen Künstlers, des Professors Johann Lubic. Am Schlusse dieser Lieferung (123.) beginnt Gustav Pirc die Schilderung der Land- und Forstwirthschaft, Jagd und Fischerei in Krain, welcher interessante Gegenstand in der 125. Lieferung seine Fortsetzung findet. An denselben schließt sich sodann der dortige „Bergbau und Hüttenbetrieb" von Johann Norak und „Industrie, Handel und Verkehr" des Landes Krain von Johann Murnik an. Die in diesen drachtvollen Schilderungen harmonisch sich findenden Illustrationen sind zumeist von dem ausgezeichneten Künstler Hugo Charlemont, doch müssen auch die farbigen Kostümbilder, Volkstrachten aus Kärnten und Krain darstellend, Meisterstücke der chromoxylographischen Ausführungsmethode, als sehr bemerkenswerthe Zugaben des großartig angelegten Werkes, „Die österreichisch-ungarische Monarchie in Wort und Bild" bezeichnet werden. Die noch weiterhin erschienene 126. und 127. Lieferung, welche uns mit dem Süden dieser Monarchie und mit der schönen Adria bekannt machen, heben wir zur näheren Besprechung auf, bis der ganze Band „Küstenland und Dalmatien" vorliegen wird.

Während des Drucks eingetroffene Depeschen.

Breslau, Mittwoch 11. März. Die Leiche des in San Remo verstorbenen Ober-Bürgermeisters Friedensburg ist heute Abend hier eingetroffen und vom Bahnhof nach dem Rathhaus überführt worden, wo dieselbe aufgebahrt wird. Die feierliche Beisetzung findet morgen Vormittag 11 Uhr statt.

Hamburg, Mittwoch 11. März. Der gesammte Vorstand des Hamburger Rennklubs hat sein Amt niedergelegt, weil die heutige Generalversammlung die Herren Münchmeyer und Kaemmerer, die an Stelle des verstorbenen Herrn Reimann und des ausgetretenen Herrn Amsinck in den Vorstand kooptirt waren, nicht bestätigte, sondern in geheimer Wahl Amsinck und Beit zu Vorstandsmitgliedern wählte. Es soll eine außerordentliche Generalversammlung zur Neuwahl des Vorstandes einberufen werden.

München, Mittwoch 11. März. Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent nahm Nachmittags im Thronsaale die von Zöglingen der hiesigen Volksschulen dargebrachte Ovation herzlich dankend entgegen und wohnte sodann der Vorstellung der „Puppenfee" bei, welche für etwa 1500 Knaben und Mädchen aus den Volksschulen im Hoftheater veranstaltet war. Se. königl. Hoheit wurde bei seinem Eintritt von dem anwesenden Publikum und dem Orchester enthusiastisch begrüßt. Sämmtliche Abendblätter bringen Festartikel und Huldigungsgedichte. Die Plätze und Straßen sind festlich geschmückt, die öffentlichen und fast alle privaten Gebäude sind prächtig dekorirt. Von Nah und Fern treffen Vereine und Deputationen in großer Anzahl hier ein. In den Straßen wogt trotz des mit Schnee gemischten Regens eine dicht gedrängte Menschenmenge.

München, Mittwoch 11. März, Abends. Se. königl. Hoheit der Prinzregent richtete heute Nachmittag an den Ministerpräsidenten von Crailsheim ein Danksckreiben für die ihm von dem Gesammtministerium überreichte Glückwunschadresse, in welchem es heißt, er nehme mit Befriedigung wahr, daß dem Ministerium, gemäß seiner landesväterlichen Absichten, die Wahrung aller ideellen und materiellen Interessen des bayerischen Volks am Herzen liege. An den Aufgaben des Reiches nehme Bayern mit aufrichtiger Bundestreue stets den regsten Antheil. Die freundschaftlichen Beziehungen zu den auswärtigen Staaten seien fest begründet. Im Lande mehre sich der innere Frieden. Was zur Ausgleichung der sozialen Gegensätze geschehen könne, werde vom Staate gern vorgekehrt und unterstützt. Die Kirche walte, von der Verfassung geschützt, ihres heiligen Amtes. Die Parität werde gewahrt. Die Wissenschaft, die Kunst, ihre Rechtsprechung, das Verkehrswesen, die Landwirthschaft, die Industrie, das Handwerk, das Kunsthandwerk, die finanzielle Lage, das Heer seien in befriedigendstem Zustande und in steter Weiterentwickelung. Er wünsche, die Grundsätze, die zu dem Allem geführt, von der Regierung auch ferner beibehalten zu sehen; er habe volles Vertrauen zu der gesammten Staatsverwaltung und wolle solches veröffentlicht wissen. — Bei dem Mittags stattgehabten Empfange der bayerischen Standesherren wurde der Stattalter von Elsaß-Lothringen, Fürst von Hohenlohe, vom Prinz-Regenten besonders ausgezeichnet. — Der heute Abend von sämmtlichen Musikkorps der Garnison ausgeführte Zapfenstreich verlief bei großem Menschenandrang glänzend.

Wien, Mittwoch 11. März. Anläßlich des Geburtsfestes des Prinz-Regenten Luitpold gab der hiesige Gesandte, Graf von Brapp-Steinburg, heute ein Diner, an welchem zahlreiche hier lebende bayerische Staatsangehörige theilnahmen. Der Gesandte brachte einen Toast auf den Prinz-Regenten aus.

Wien, Mittwoch 11. März. Das Gremium der Wiener Kaufmannschaft beschloß, der Resolution der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer, betreffend den österreichisch-deutschen Handelsvertrag, sich vollinhaltlich anzuschließen und benachrichtigt die Regierung von diesem Beschlusse.

Graz, Mittwoch 11. März. Bei der hiesigen Reichsraths-Stichwahl wurde Hoffmann (dtschnat.) gegen Carneri (lib.) gewählt; die Handelskammer wählte Ludwig (dtschnat.). Demnach verloren die Deutschliberalen zwei Mandate an die Deutschnationalen.

Paris, Mittwoch 11. März. Nach einer Meldung des „Temps" aus Tunis ist in Menzel bei Gabes die Synagoge eingestürzt, wobei eine größere Anzahl Kinder verschüttet wurde. Bisher werden vier Leichen unter den Trümmern aufgefunden.

Brüssel, Mittwoch 11. März. In der heutigen zweiten Sitzung der Zentralsektion der Kammer erklärte der Führer der progressistischen Linken, Janson, er sei im Prinzip ein Anhänger des allgemeinen Stimmrechts, stimme aber den Vorschlägen der Regierung zu. Buls von der Linken ist ebenfalls für die Vorschläge der Regierung, jedoch mit Ausnahme der proportionalen Vertretung der Parteien in der Kammer. Frère-Orban von der gemäßigten Linken ist der Ansicht, daß man sich zunächst über eine bestimmte Form der Revision des Einwernehmen setzen müsse, und schlägt vor, für die Kommunal- und Provinzialwahlen sofort das Prinzip des Besitzes eines Grundstücks zur Anwendung zu bringen.

Arras, Mittwoch 11. März. Elfjundert Arbeiter haben in den Bergwerken von Bruay die Arbeit niedergelegt.

London, Mittwoch 11. März. Das Unterhaus nahm einstimmig in zweiter Lesung die von Jeffe Collings eingebrachte Vorlage an, durch welche die Lokalbehörden ermächtigt werden, Land anzukaufen und dasselbe als Maiereien in einem fünfzig Acker nicht übersteigenden Umfang an verkaufen oder in Parzellen bis zu 10 Acker Umfang zu verpachten. Das Schatzamt soll den Lokalbehörden die dafür erforderlichen Gelder vorstrecken, die für die Ausführung des Gesetzes erforderlichen Kosten sollen aus den Lokalabgaben bestritten werden. Die Regierung hatte sich im Prinzip für die Vorlage ausgesprochen.

London, Mittwoch 11. März. Eine über Mexiko eingegangene Depesche des „Reuter'schen Bureaus" aus Jquique meldet, die chilenische Regierung hätte in einem der leitenden Insurgentenführer Friedensvorschläge erhalten.

Rom, Mittwoch 11. März. Der Herzog von Aosta erlitt heute bei der Rückkehr vom Schießübungsplatze bei Nettuno durch das Scheuwerden seines Pferdes eine leichte Verletzung der linken Schulter, konnte aber, hierher zurückgekehrt, an der königlichen Tafel Theil nehmen.

Rom, Mittwoch 11. März. Deputirtenkammer. In Beantwortung einer Interpellation Barzilai's erklärte der Ministerpräsident Rudini, er habe keine Kenntniß von angeblichen, für Italien belebigenden Akten der österreichischen Behörden. Auch die österreichische Regierung wisse nichts davon. Die Regierung lege einen so großen Werth auf eine dauernde Erhaltung der Freundschaft mit Oesterreich-Ungarn, daß sie dies selbst mit Verlust der Regierungsgewalt bezahlen würde. Barzilai, der seine Informationen aus offiziösen österreichischen Blättern geschöpft zu haben behauptete, forderte den Ministerpräsidenten auf, Genugthuung zu verlangen. Rudini erwiderte, er werde sich informiren und nöthigenfalls Genugthuung verlangen. Barzilai nahm diese Antwort zur Kenntniß.

Rom, Mittwoch 11. März. Deputirtenkammer. In Fortgang der Sitzung begründeten die Deputirten Brinetti und Cavallotti Interpellationen in Betreff des Vorgangs in Massaua und befürworteten die Einleitung einer hierauf bezüglichen parlamentarischen Untersuchung. Ministerpräsident Rudini erklärte, gegen Livraghi sei wegen Verleumdung, Diebstahls und Todtschlags Anklage erhoben. Mit einer Untersuchung seien der Generalprokurator Armi, der General Driguel und die Deputirten Bianchi, Cambray-Digny, Ferrari und Martini betraut. Ueber die Kosten für diese Untersuchung lege er hiermit einen Gesetzentwurf vor. Die angeordnete Untersuchung werde den Fortgang des Prozesses nicht behindern, sich vielmehr über die Handlungen der Regierungsbeamten jeden Ranges und jeder Stellung erstrecken, die Untersuchung werde zeigen, ob die Angelegenheit vor die ordentlichen Gerichte zu bringen sei. Nach diesen Maßnahmen der Regierung halte er den Antrag auf Einleitung einer parlamentarischen Untersuchung für verspätet. Brinetti und Cavallotti erklärten sich durch die Antwort des Ministers befriedigt. Colaianni brachte darauf aber den Antrag auf Einleitung einer parlamentarischen Untersuchung ein. Rudini sprach sich gegen die Dringlichkeitnahme desselben aus. Crispi erklärte, er wolle der von der Regierung beschlossenen Untersuchung Beifall; er würde auch einer parlamentarischen Untersuchung zugestimmt haben, wenn dieselbe von der Regierung und der Kammer angenommen worden wäre. Anlangend seine auswärtige Politik, so erwarte er Gerechtigkeit von der Zeit und werde sich darauf beschränken, die Thatsache richtig zu stellen. Colaianni zog darauf seinen Antrag zurück.

Lissabon, Mittwoch 11. März. Eine Depesche aus Guinea berichtet, die gegen die Eingeborenen abgesandten Truppen seien bei Bissago zurückgeworfen worden; ein Offizier solle getödtet sein. Der Ministerrath hat sich gestern Abend mit der Angelegenheit beschäftigt.

Belgrad, Mittwoch 11. März. In der Skupschtina beantragte Kibarak (liberal) die Aufhebung der Gesandtschaften in Bukarest und Athen, verlangte dagegen die Errichtung neuer Konsulate in Mittel-Serbien und Macedonien.

Belgrad, Mittwoch 11. März. Der „Narodni nesnik" meldet, der König Alexander werde sich Ende Oktober c. in Begleitung des Regenten Ristic und des Ministerpräsidenten Pasic nach Petersburg begeben, um der silbernen Hochzeit des Kaisers und der Kaiserin beizuwohnen, und dort mit dem Fürsten von Montenegro zusammentreffen.

Belgrad, Mittwoch 11. März. Die Skupschtina hat mit 86 gegen 12 Stimmen das Budget endgültig angenommen.

Frankfurt a. M., 11. März, Abends. Effekten-Sozietät. (Schluß.) Kreditaktien 271¼, Franzosen 217¼, Lombarden 114, Galizier —, Egypter —,— 4 proz. ungar. Goldrente 93,70, 1880er Russen —,—. Gotthardbahn 153,90, Diskonto-Kommandit 204,00, Dresdner Bank 154,10, Laurahütte 125,10, Gelsenkirchen 161,00. Abgeschwächt.

Hamburg, 11. März. Abendbörse. Oesterr. Kreditaktien 271,50, Oesterr. Staatsbahn 544,50, Lombarden 285,00, Russ. Noten 240,00, Diskonto-Gesellschaft 204,00, Laurahütte 124,70, Packetfahrt 161,90, Dynamit Trust-Aktien 150,00, Dortmund-Gronau 106,10 (gefragt). Abgeschwächt.

Wien, 11. März, Abends 5 Uhr 40 Min. Abendbörse. Ungar. Kreditaktien 358,35, Oesterr. Kreditaktien 308,00, Franzosen 246,00, Lombarden 129,75, Galizier 213,25. Nordwestbahn Elbethalbahn 223,25, Oesterr. Papierrente 92,25, do. Goldrente 110,30, 5 proz. ungarische Papierrente 101,90, 4 proz. do. Goldrente 104,85, Marknoten 56,42½, Napoleons 9,13, Banknoten 117,50, Tabakaktien 156,00, Alpine Montan 95,40, Unionbank 247,50, Länderbank 230,90.

(Fortsetzung des redaktionellen Theils Seite 5.)

Charakteristiker, dessen Vorträge selbst den verdiffensten Hypochonder aufrütteln und zum Lachen zwingen müssen. Gleich bei seinem ersten Auftreten erzielte er denn auch eine grenzenlose Heiterkeit im ganzen Hause.

* Aus dem Winterturnier der „Berliner Schachgesellschaft" ging als erster Preisträger Herr stud. Teichmann hervor, während die Herren Horatio Caro, Wallbrodt und Rannefurth, der Sieger von Manchester, um den 3. bis 4. Preis zu stechen haben. — Herr Wallbrodt wird Dienstag, 17. d. M., Abends 8 Uhr, im Gesellschaftshause der Berliner Schachgesellschaft, Bellevueстraße 20 (Restaurant Schillergarten), eine Simultanvorstellung von ca. 30 Partieen geben, an der sich Jeder betheiligen kann.

* Der dritte Volkunterhaltungsabend, der am Sonntag im Fremdsaalt stattfand, war von mehr als 3000 Personen besucht und verlief in der schönsten Weise. Der Chor des Mokh'schen Konservatoriums eröffnete den Abend. Andere musikalische Gaben schlossen sich an. Den Höhepunkt erreichte das Interesse bei den Demonstrationen des allerneuesten vervollkommneten Edison'schen Phonographen. Den Schluß bildete die theatralische Aufführung von „Kurmärker und Picarde".

* Heute findet in der Philharmonie die Soirée des Vereins der Freimäurer mit darauf folgendem Tanz statt. Die hervorragendsten Künstler der königlichen Oper und königlichen Kapelle haben ihre Mitwirkung zugesagt, und der Abend dürfte sich besonders durch die Aufführung von Offenbach's „Verlobung bei der Laterne" zu einem äußerst interessanten gestalten. Der Eintrittspreis ist auf 3 ℳ festgelegt.

* Priv

Warum und Weil

Warum hat sich die große, in Berlin erscheinende, für den Politiker wie die Familie gleich werthvolle Tages-Zeitung „Deutsche Warte“ entschlossen, den Abonnements-Preis auf **monatlich 50 Pfg.** zu ermäßigen?

Weil sie eine **Massenverbreitung** anstrebt und durch ihre monarchisch freimüthige, parteilose aber nicht farblose Richtung einen veredelnden und aufklärenden Einfluß ausüben will. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle, Lindenstr. 53. 4198

Chemische Wasch-Anstalt
Reinigung
Jeder Art von unserer Branche
Herren- und Damen-Garderobe, Teppichen, Gardinen
Fabrik Tudlin
Möbelstoffen und Decorationsstoffe
Hauswäsche
Gardinen-, Spitzen- und Handschuh-Wäsche.
Fabrik: CHARLOTTENBURG, Lützow 5.
Fernsprech-Anschluss No. 8287.
Aufträge von Auswärts werden prompt effectuirt.

Imprägnirungs-Anstalt für feuersicheres Imprägniren von Theater-Gewebe, Holz-Fußleisten u. s. w. Stoffe und Garderoben werden ebenfalls auf Wunsch wasserdicht imprägnirt

BERLIN:
Friedrichstrasse 63, Central-Gesellsch.
Potsdamerstr. 125b, an der Brücke.
Belle-Alliancepl. 11a, an der Friedrichstr.
Alexanderstrasse 71, am Alexanderplatz.
Oranienstrasse 165, am Oranienplatz.
Rosenthalerstr. 40, am Hackeschen Markt.
Rathenowerstr. 10a, Moabit.
Chausseestr. 4.
In obigen Filialen werden Aufträge, sowie Bestellungen angenommen zur freien Abholung von
Hauswäsche
Garderobe, Teppichen etc.

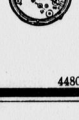
3981

Schlesische Uhrenfabrikation:
Einzige Taschen-Uhren-Fabrik Preußens.

Gebrüder Eppner,

Fabrik für: **Taschenuhren, Stutzuhren, Regulator-Uhren, Schiffs-Chronometer, Thurmuhren und Wächter-Control-Uhren**

Lager: Berlin, 34. Charlottenstrasse 34.
Werkstatt für Reparaturen. 4480



Tillmans & G. Olm,
Tischlermeister.

Möbel und Decorationen.

Uebernehmen vollständige Wohnungseinrichtungen in reicher und einfacher Ausführung, sowie jede Arbeit für inneren Ausbau. 3288

Musterlager: Leipzigerstr. 43, Ecke Markgrafenstr.
Fabrik: Köpenickerstrasse 127.

Crystall! **Paul Sass,** **Glas!**
Berlin W., 95. Leipziger-Strasse 95.
Ersten Special-Geschäft in Crystall und Glas.
Specialität: Ausstattungen,
Compl. Crystall-Trinkgarnituren, 6 Dtzd. Gläser, von 24,00 Mk. an.
Grösstes Lager in
Bowlen-, Bier- u. Liquer-Servicen, Tafelaufsätzen, Fruchtschalen, Competièren u Teller etc., **Römer, Humpen, Vasen** etc.
Blumenrinnen zur Decoration der Tafel. 4486
Probegläser sende auf Wunsch franco.

Natürlicher
Biliner Sauerbrunn!
Altbewährte Heilquelle. Vortrefflichstes, diätetisches Getränk.
Depôts in allen Mineralwasser-Handlungen. 3710
Brunnen-Direction in Bilin (Böhmen).

Anglo-Continentale
(vormals Ohlendorff'sche) Guano-Werke.
Ordentliche Generalversammlung der Actionaire
am Dienstag den 7. April 1891, Nachmittags 2½ Uhr, im Bureau der Gesellschaft, Ferdinandstr. 56, Hamburg. 4487

Tages-Ordnung:
1. Vorlegung des Jahresberichtes und der Bilanz.
2. Neuwahl von zwei Mitgliedern des Verwaltungsraths.

Die Inhaber von Actien, welche in dieser General-Versammlung ihr Stimmrecht ausüben wollen, erhalten Eintrittskarten, Wahlzettel und Stimmzettel unter Beifügung der ihnen nach § 26 des Statuts zukommenden Stimmenzahl, am 4. und 6. April, Vormittags 9—1 Uhr,
in **Hamburg:** gegen Vorzeigung ihrer Actien bei den Herren Dres Stockfleth, Bartels & Des Arts, Gr. Bäckerstraße 13.
in **Berlin:** gegen Hinterlegung ihrer Actien bei dem Bankhause S. Bleichröder,
in **Frankfurt a. M.:** gegen Hinterlegung ihrer Actien bei der Filiale der Bank für Handel und Industrie.

Hamburg, den 7. März 1891. **Der Verwaltungsrath.**

Bayerische Notenbank.

Wir geben bekannt, daß die Dividende pro 1890 laut Beschluß unserer Generalversammlung vom Heutigen auf 9 pCt. festgesetzt wurde. Demnach gelangt der Coupon Nr. 15 unserer Interims-Scheine:
Lit. A. für eine Actie mit ℳ 22. 50 ₰
„ B. „ zehn Actien „ „ 225. — „
zur Einlösung.

Die Einlösung erfolgt vom 11. d. Mts. ab, und zwar hier bei der Hauptbank, auswärts bei unseren sämmtlichen Filialen und Agenturen.

München, den 10. März 1891. 4482
Die Direction.

Rittergutsverkauf.

Ein im Glogauer Kreis in Schlesien, ½ Meile von der nächsten Eisenbahnstation gelegenes schuldenfreies Rittergut mit 3300 Mrg., als 1500 Mrg. in guter Kultur befindliche Felder, 600 Mrg. Wiesen, 500 Mrg. gut bestandener Wald, Rest Torfmoor, Hutung und Wege. Diese schuldenfreie Besitzung ist besonderer Verhältnisse wegen mit dem reichlichen lebenden und todten Inventar von der auswärts lebenden Besitzerin für den billigen Preis von 560 000 ℳ bei 250 000 ℳ Anzahlung sofort zu verkaufen. Der Gebäudezustand ist durchweg gut. Herrschaftliches Wohnhaus, vom Park und Gemüsegarten umgeben, enthält einen großen Saal und 20 Zimmer. Jagd ebenfalls sehr gut. Bei einigermaßen guter Bewirthschaftung ist der Nettoertrag 28—31 000 ℳ jährlich, ohne hierbei die Benutzung des Schlosses, der Jagd und andere Annehmlichkeiten zu berechnen. 4513

Näheres ertheilt die
Handelsbank zu Dresden
Abtheilung B.
Pragerstraße 33 I.

Neueste höchste Auszeichnung:

Ehrendiplom Köln 1890. 1481

En gros. **Palmen** En detail.
Blühende Topfpflanzen, prachtvolle Rosen, Azalien etc.
in grosser Auswahl empfiehlt billigstens 3206
Witzell, Behrenstr. 12, Eingang Kanonierstr.

Die nährenden, leicht löslichen Bestandtheile des Johann Hoff'schen Malzextract-Gesundheitsbieres stehen in einem für die Gesundheit des menschlichen Körpers außerordentlich vortheilhaften Verhältniß.

Besitz i. M., 26. August 1890.
Die letzte Sendung Ihrer Malzpräparate hatte wieder meinen vollen Beifall und hat mich recht gestärkt und gekräftigt, da ich nur Flüssiges genießen darf. **Dr. Triemel, prakt. Arzt.**
4485

Berlin, 2. Februar 1891. A. d. Apostelkirche 3.
Meiner Tochter ist ärztlicherseits zur Hebung ihres Appetits und Kräftigung ihres geschwächten Körpers Ihr Malzextrakt-Bier verordnet worden und haben wir auch schon nach dem Genuß einiger Flaschen einen durchaus befriedigenden Erfolg wahrgenommen . . . . . (Folgt Bestellung.) **Frau Hauptmann v. Plehwe.**

. . . . . Ich war schwer erkrankt, Ihr Malzextrakt-Bier hat bereits bei mir Wunder gethan und hoffe ich daher, daß die Fortsetzung dieser Kur solches noch mehr bewerkstelligen wird. **Oberst v. Rohr in Berneuchen.**

Alleiniger Erfinder der Johann Hoff'schen Malz-Fabrikate ist Johann Hoff, Hoflieferant der meisten Fürsten Europas, in Berlin, Neue Wilhelmstrasse 1. 466

Preise: 13 Flaschen Malz-Extrakt-Gesundheitsbier 7,30 ℳ, versandgemäß verpackt 8,80 ℳ, 28 Flaschen 17,60 ℳ, 34 Flaschen 20,90 ℳ, 58 Flaschen 33,30 ℳ, 120 Flaschen 68 ℳ — Konzentrirtes Malz-Extrakt à Flasche 3 ℳ, 1,50 ℳ und 1 ℳ. Malz-Gesundheits-Chokolade, I. à Pfd. 3,50 ℳ, II. à Pfd. 2,50 ℳ. Eisen-Malz-Chokolade, I. à Pfd. 5 ℳ, II. à Pfd. 4 ℳ. (Bei allen Chokoladen von 5 Pfd. an **Rabatt.**) Malz-Chokoladen-Pulver à 1 ℳ und ½ ℳ pro Büchse. Brust-Malz-Bonbons in Kartons à 80 und 40 ₰. Brust-Malz-Zucker in Tafeln à 40 ₰.

C. H. BURK, STUTTGART. **Prämirt: Brüssel 1876, Stuttgart 1881. Porto Alegre 1881. Wien 1883.**

Burk's Arznei-Weine.

Von vielen Aerzten empfohlen. In Flaschen à 100, 200 u. 700 Gramm. Die grossen Flaschen eignen sich wegen ihrer Billigkeit zum Kurgebrauch.

Burk's Pepsin-Wein. *(Pepsin-Essenz.)* Verdauungs-Flüssigkeit. Deutlich bei schwachem oder verdorbenem Magen, Sodbrennen, Verstopfung, bei den Folgen übermässigen Genusses von Spirituosen etc. In Flaschen à M. 1.—, M. 2.— und M. 4.50.

Burk's China-Malvasier, ohne Eisen, ohne, selbst von Kindern gern genommen. In Flaschen à M. 1.—, M. 2.— und M. 4.—

Burk's Eisen-China-Wein, wohlschmeckend und leicht verdaulich. In Flaschen à M. 1.—, M. 2.— und M. 4.50.

Mit edlen Weinen bereitete Appetit erregende, allgemein kräftigende, nervenstärkende und Blut bildende diätetische Präparate von hohem, stets gleichem und garantirtem Gehalt an den wirksamsten Bestandtheilen der Chinarinde (Chinin etc.) mit und ohne Zugabe von Eisen.

Man verlange ausdrücklich: Burk's Pepsin-Wein, Burk's China-Wein u. s. w. und beachte die Schutzmarke, die jeder Flasche beigelegte gedruckte Beschreibung, sowie meinen auf jeder Etiquette befindlichen Namenszug.

Detailverkauf nur in Apotheken, zu gleichen Preisen in ganz Deutschland. *L. H. Burk* 1395

Bayerische Notenbank.

Netto-Bilanz per 31. December 1890.

Activa.			Passiva.		
Casse:			**Grundkapital**		7 500 000 —
Der Bestand an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund fein zu ℳ 1392,— gerechnet	—	—	**Reservefonds:**		
Der Cassenbestand und zwar an:			a) Bestand am Schluß d. Vorjahres	1 382 503 96	
a) coursfähigem deutschen geprägten Gelde . . . Gold	34 487 195 —		b) gesetzlich vorgeschriebene Dotirung pro 1890	121 002 99	1 503 506 95
Silber	599 220 —		Specialreservefonds:		
	35 016 415		a) für Personalzulagen	623 955 62	
b) Reichskassenscheinen	115 565		b) für Banknotenanfertigung	98 202 —	
c) eigenen Noten	7 311 900		c) für Leistung an den Staat	26 000 —	748 157 62
d) Reichsbanknoten	2 799 800 —		**Delcredere-Conto**		128 337 39
e) Noten anderer Banken	595 600 —	45 839 280 —	**Banknoten-Emission** und zwar:		
Der Bestand an Silber in Barren und Sorten	—	—	Eigene Noten emittirt à ℳ 100,—	129700000 —	
Wechselbestände:			hievon ab laut § 5 der R.-B.-G. aus dem Verkehr gezogene	59 700 000 —	70 000 000 —
a) Platzwechsel abzüglich Rückzinsen	30 461 117 32		**Guthaben der Giro- und Conto-Corrent-Gläubiger**		6 661 948 23
hievon bis 15. Januar 1891 fällig ℳ 7 549 807,50.			**Betrag der Depositen** und zwar:		
b) Rimessenwechsel auf deutsche Plätze abzüglich Rückzinsen	7 319 412 94		a) der verzinslichen 1% Depositen ohne Aufkündigung	40 030 —	
hievon bis 15. Januar 1891 fällig ℳ 583 715,94.			b) der verzinslichen 2½ Depositen ohne Aufkündigung	—	
c) Wechsel auf außerdeutsche Plätze:			c) der verzinslichen 3% Depositen mit dreimonatl. Aufkündigung	1 000 —	
auf London . . . ℳ 198 277,44			d) der unverzinslichen Depositen	—	41 030 —
auf Holland . . . 20 571,51	218 848 95	37 999 379 21	**Betrag der schuldigen Depositenzinsen**		263 71
Lombardforderungen:			Dividenden-Rückstände		2 140 —
a) auf Gold	—		**Betrag der zu entrichtenden Notensteuer**		2 164 83
b) auf Effecten der in § 13 Ziffer 3 Buchstabe b, c, d des Reichsbankgesetzes bezeichneten Art	1 775 894 —		**Reingewinn**	983 544 05	
c) auf andere Effecten	—		ab: Reservefonds, schon oben eingesetzt ℳ 121 002 99		
d) auf Waaren	67 000 —	1 842 894 —	Specialreserve für Personalzulagen . 23 500 —		
bis 31. December 1890 anfallende Zinsen	—	10 125 59	Specialreserve für Banknotenanfertigung 50 000. —		
Effectenbestand an:			Specialreserve für Leistung an d. Staat 26 000. —	220 502 99	
a) discontirten Werthpapieren	16 901 82			763 041 06	
b) eigenen Effekten:			hievon zur Vertheilung		724 040 72
Thlr. 20 000,— 4% Bayer. Präm.-Anleihe ℳ 81 493,33			**Gewinn-Uebertrag auf 1891**		39 000 34
3½% Pfandbriefe der Bayer. Hypoth.- und Wechsel-Bank . . . 241 121,53			Verbindlichkeiten aus weiter begebenen im Inlande zahlbaren Wechseln . . . ℳ 616 579.90		
3½% Münchener Stadtanlehen . . . 239 769,23					
3½% Deutsche Reichsanleihe . . . 242 500,—	804 884 09				
c) Effekten des Reservefonds	—	821 785 91			
Conto-Corrent-Guthaben:					
Incasso und Giro-Guthaben		512 546 31			
Betrag der fälligen aber unbezahlt gebliebenen Wechsel und Lombardforderungen		68 087 53			
Grundstücke		256 491 24			
4483	ℳ	87 350 589 79		ℳ	87 350 589 79

Gewinn- und Verlust-Conto pro 31. December 1890.

Soll.			Haben.		
Regie-Spesen inclusive Steuer und Notentransportkosten		428 062 19	Gewinn-Uebertrag von 1889		41 099 19
Abschreibung auf Immobilien		10 000 —	Wechsel-Erträgnisse		1 585 790 06
Mobilien		4 825 13	Lombard-Erträgnisse		80 366 07
Bezahlte Zinsen auf 1 und 3 % Depositen	263 71		Diverse Erträgnisse		25 639 57
Schuldige Zinsen hierauf	319 08	582 79			
Delcredere-Conto		50 000 —			
Provisions- u. Zinsen-Conto		183 823 84			
Giro-Zinsen-Conto		60 807 41			
Verlust auf Effecten		9 034 65			
Betrag der zu entrichtenden Notensteuer		2 164 83			
Verbleibt Gewinn		983 544 05			
		1 732 844 82			1 732 844 82
4½% Dividende aus ℳ 7 500 000		337 500 —	Vortrag des Gewinn-Saldo		983 544 05
20% Reservefond aus ℳ 605 014,93		121 002 99			
Statutenmäßige Tantième an den Aufsichtsrath	20 000 —				
Vertragsmäßige Tantième an die Direction	29 040 72	49 040 72			
4½% Superdividende		337 500 —			
Special-Reserve für Personalzigens		23 500 —			
Reserve für Banknotenanfertigung		50 000 —			
Rücklage für die Leistung an den Staat		26 000 —			
Gewinn-Uebertrag auf 1891		39 000 34			
	ℳ	983 544 05		ℳ	983 544 05

Nachdruck wird nicht honorirt. **Die Direktion.**

Verkaufe
1 Paar Wagenpferde, kastanienbraun ohne Abzeichen, 6 und 7 Jahr alt, gesund u. garant. fehlerfr. Schweifträger, schöne Haltung, flotte Gänger, gut gefahren, kinderfromm ohne Untugend. Preis 3000 ℳ
4313 **von Steinaecker, Lauban i/Schles.**

Dr. med. W. Griesel, Specialarzt
für Harn- und Unterleibsleiden, **Wilhelmstr. 56,** neben der Leipzigerstraße. Sprechst. 10—2, 5—7. 4212

Vermiethungen.

Schleiermacherstr. 14, eine herrschaftliche Wohnung, 4 Zimmer incl. Erker, großer Balkon, Bad ꝛc. zum **1. April** zu vermiethen. Näheres beim Wirth. 18

Neuenburgerstr. 32 II. Et., 5 Zimm. ꝛc. zum 1. April f. 1260 ℳ 4492

Steglitzerstr. 19, nahe der Potsdamerstraße, Vorderwohnungen, 1. u. 2. Et., 3 Stub., Küche, Nebengel., Hinterzimmer u. d. Garten, zum 1. April. 4509

Knesebeckstr. 3, 5 Min. Station Zoologischer Garten, hochersch. Wohn., III. Et., 3 Zimmer, Zubeh., neuester Bauordnung, sofort sehr billig zu vermiethen. 4511

Michaelkirchplatz 18, herrsch. I. und II. Et. Näh. im Cigarrenladen. 4253 4500

Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt Berlin SW., Wilhelmstr. 32. Redakteur: Pindter in Berlin. Verantwortlich für Deutsches Reich: C. Sielsen; für Ausland: Kurt Trost; Lokales, Mannigfaltiges und Vermischtes: L. W. Wende. Handel und Industrie, sowie für die Sonntags-Beilage: H. Hanke; für den Inseratentheil: A. Goetz; sämmtlich in Berlin.